

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Wortprotokoll der 20. Sitzung

Öffentlicher Sitzungsteil

Arbeitsgruppe 3 **Entscheidungskriterien sowie Kriterien** **für Fehlerkorrekturen**

Berlin, den 23. März 2016, 10:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Raum E 200

Vorsitz:

- Prof. Dr. Armin Grunwald
(Sitzungsleitung)
- Michael Sailer
(Sitzungsleitung zeitweise)

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1	Seite 6
Begrüßung	
Tagesordnungspunkt 2	Seite 6
Beschlussfassung zur Tagesordnung	
Tagesordnungspunkt 3	Seite 8
Kopftext B-Optionen (Kapitel 5.4 Endbericht) (K-Drs./AG 3-108)	
Tagesordnungspunkt 4	Seite 9
Tiefe Bohrlöcher (Kapitel 5.4.3 Endbericht) (K-Drs./AG 3-111)	
Tagesordnungspunkt 5	Seite 15, 59
Anforderungen an Behälter (Kapitel 6.7 Endbericht) (K-Drs./AG 3-93b, K-Drs./AG 3-107)	

Tagesordnungspunkt 6 Anhörung „Arbeits- und Organisationspsychologie“ für den Zweck der Endlagerung hoch radioaktive Abfälle, Prof. Dr. phil. habil. Oliver Sträter, Universität Kassel Fragerunde und Diskussion zu Konsequenzen aus der Anhörung (K-Drs./AG 3-13)	Seite 40
Tagesordnungspunkt 7 Methodik für vorläufige Sicherheitsuntersuchungen (Kapitel 6.5.1 Endbericht) (K-Drs./AG 3-96a, K-Drs./AG 3-106)	Seite --
Tagesordnungspunkt 8 Auswertung zu den Sicherheitsanforderungen Des BMU 2010 (Kapitel 6.5.1 Endbericht) (K-Drs.(AG 3-86, K-Drs./AG 3-99, K-Drs./AG 3-112)	Seite 62
Tagesordnungspunkt 9 Prozess- und Endlagermonitoring (Kapitel 6.4.6 Endbericht) (K-Drs./AG 3-97, K-Drs./AG 3-97a)	Seite 68
Tagesordnungspunkt 10 Umgang mit Gebieten, für die in der Phase 1 des Standortauswahlverfahrens nicht ausreichend geowissenschaftliche Daten vorliegen (K-Drs./AG 3-94, Diskussion in 23. Sitzung der Kommission am 14. März 2016, K-MAT 53, K-MAT 43, K-Drs./AG 3-115)	Seite 92

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Tagesordnungspunkt 11 **Seite 81**

Sozioökonomische Potentialanalyse
(Kapitel 6.5.7 Endbericht)
(K-Drs./AG 3-100)

Tagesordnungspunkt 12 **Seite --**

Anforderungen an Forschung und Technologie
(Kapitel 6.8 Endbericht)

Tagesordnungspunkt 13 **Seite 105**

Geologische Abwägungskriterien sowie Ausschluss-
und Mindestkriterien
(K-Drs./AG 3-91c, K-Drs./AG 3-109,
K-Drs./AG 3-110, K-Drs./AG 3-116)

Tagesordnungspunkt 14 **Seite --**

Verschiedenes

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Teilnehmer:

Dr. Detlef Appel
Dr. h.c. Bernhard Fischer
Prof. Dr. Armin Grunwald
Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann /
Sabine Rosenbaum
Dr. Ulrich Kleemann
Prof. Dr. Georg Milbradt
MR Helmuth von Nicolai
Michael Sailer
Dr. Markus Trautmannsheimer
Ute Vogt
Dr. Thomas Pick
Dr. Axel Kern

MinDirig Peter Hart	BMUB
Dr. Ingo Böttcher	BMUB
Fr. Kwiaton	BfS

RD Holger Wirth	
DP Dr. Volkmar Bräuer	BGR
DP Dr. Holger Völzke	BAM

Dr. Lutz Katzschmann	TLUG
----------------------	------

Gast:
Prof. Dr. phil. habil. Oliver Sträter,
Universität Kassel

(Beginn der Sitzung: 9:32 Uhr)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ich wünsche allen Anwesenden einen guten Morgen und begrüße Sie ganz herzlich zur 20. Sitzung der Arbeitsgruppe 3.

Tagesordnungspunkt 1 **Begrüßung**

Ich begrüße die Mitglieder der Kommission, die benannten Stellvertreter - Stellvertreterinnen haben wir heute nicht -, die Vertreter der Bundesministerien und Bundesbehörden.

Insbesondere möchte ich heute Herrn Dr. Katzschmann von der - ich lese es genau vor - Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie begrüßen; als Vorsitzender des Direktorenkreises ist er auch der Leiter der Staatlichen Geologischen Dienste.

Des Weiteren begrüße ich Herrn Professor Völzke von der Bundesanstalt für Materialforschung und Materialprüfung; Sie sind uns vertraut durch die Anhörung und sind heute extra zu dem Kapitel über Behältertechnologien zu uns gekommen. Herzlichen Dank für Ihre Bereitschaft, hier mitzuwirken.

Ich begrüße auch die Öffentlichkeit und freue mich, dass Sie sich trotz der, sagen wir, nicht ganz günstigen Zeit wenige Tage vor Karfreitag und Ostern die Zeit nehmen, den heutigen Tag mit uns zu verbringen.

Wie immer weise ich zu Anfang darauf hin, dass hier ein Audiomitschnitt erstellt wird. Dafür brauche ich Ihr Einverständnis. Hat jemand etwas dagegen? Das ist hoffentlich nicht der Fall. - Es ist wirklich nicht der Fall. Herzlichen Dank.

Bitte stellen Sie wie üblich Mobilfunktelefone und entsprechende Geräte leise. Damit können wir jetzt auch schon anfangen.

Tagesordnungspunkt 2 **Beschlussfassung über die Tagesordnung**

Bei der Tagesordnung für heute gibt es einige Änderungen, die wir als Vorsitzende hier vorschlagen, einige Änderungen sind einfach auch notwendig. Kurz der Überblick: Der wesentliche Zweck der Sitzung ist heute wie auch in zwei Wochen und auch in drei Wochen die Diskussion und möglichst weitgehende Verabschiedung von Texten für den Endbericht, sodass wir in den nächsten Wochen, den nächsten ein bis zwei Monaten, dann eben auch unsere Arbeit hoffentlich weitestgehend beenden können.

Das ist ja manchmal so: Unser Zweck ist es letztlich, uns als Arbeitsgruppe dadurch überflüssig zu machen, dass wir Erfolg haben. Wenn wir Erfolg haben und im Konsens alle Fragen, die an uns gestellt werden, beantwortet haben werden, dann haben wir uns überflüssig gemacht. So langsam sehe ich diesen Zeitpunkt auch näherkommen.

Heute werden wir eine ganze Reihe von Texten besprechen; dazu sind in den letzten ein bis zwei Wochen jede Menge Dokumente verschickt worden, ins Internet eingestellt worden; draußen liegen auch Ausdrucke bereit. Ich hoffe, dass Sie den Überblick nicht verloren haben; hilfreich ist jedenfalls, dass in den Tagesordnungspunkten immer auch die Drucksachennummern dabei stehen. Das hilft uns dann in der Navigation durch die Papierstapel, und es hilft dann auch, die richtigen Verhältnisse zwischen Tagesordnungspunkten und Drucksachennummern herzustellen.

Jetzt am Vormittag haben wir drei Tagesordnungspunkte zu drei Texten. Wir werden dann so gegen kurz vor zwölf eine kleine Pause machen, und gegen zwölf Uhr wird Herr Professor Sträter hier einen Vortrag halten. Wir wollen uns noch einmal mit dem Thema des selbsthinterfragenden Systems befassen, einem Thema, das wir vor mindestens einem Jahr oder

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

anderthalb Jahren angefangen hatten, was aber dann liegen blieb, weil vieles andere notwendig war. Dieses Thema muss aber noch zu einem guten Abschluss gebracht werden. Wir werden uns für dieses Thema heute mit Herrn Sträter - Vortrag plus Diskussion - etwa anderthalb, höchstens zwei Stunden nehmen, und danach wäre eine richtige Mittagspause angesagt, also etwa eine halbe Stunde, wenn es unbedingt sein muss, auch 35 Minuten.

(Heiterkeit)

Danach werden wir mit den Texten fortfahren.

Bei den Texten gibt es jetzt Änderungen: Es entfallen zwei Tagesordnungspunkte, einmal der Punkt 7, Methodik für vorläufige Sicherheitsuntersuchungen. Da gibt es zwar Texte, die von Herrn Kudla und Herrn Wenzel stammen; da aber beide heute nicht hier sein können, macht es nicht viel Sinn, das heute zu diskutieren.

Der zweite entfallende Punkt ist Tagesordnungspunkt 12, Anforderungen an Forschung und Technologie. Hier ist ein Basispapier, ein Diskussionspapier, in Niedersachsen in Arbeit. Das wurde aber bisher nicht vorgelegt. Ich weiß, dass es schon weitgehend existiert; aber es liegt uns noch nicht vor, deswegen können wir es auch nicht diskutieren.

Als Vorsitzende würden wir noch gerne einen Tausch vornehmen und die Punkte 10 und 11 vertauschen. Der Hintergrund ist hier sehr pragmatischer Art: Am 4. April wird die nächsten Kommissionssitzung sein, die Kommission braucht Futter, sprich Texte, die aus den Arbeitsgruppen zur Diskussion auf der Kommissionsebene freigegeben werden, und da haben wir mit dem Punkt 11, Sozioökonomische Potenzialanalyse eine sehr gute Chance, ein weiteres Papier sozusagen hier loszuwerden und an die Kommission weiterzureichen, während der Punkt 10 eher erst einmal eine Diskussion

betrifft, die noch nicht unmittelbar in ein Kommissionspapier führt.

Bei dem Tagesordnungspunkt 13, Geologische Abwägungskriterien sowie Ausschluss- und Mindestkriterien, ist es fraglich, wie weit wir dort schon einsteigen können; das wird von der Geschwindigkeit unserer Bearbeitung der anderen Punkte abhängen. Auf jeden Fall wird das ein Hauptthema in der nächsten Sitzung am 6. April sein und sollte dann auch zusammen mit dem ganzen Prozess bis wirklich zur Einlagerung und zum Verschluss soweit abgeschlossen werden, dass am 6. April ein Papier hier verabschiedet werden kann, das dann, ich glaube, am 18. April in der Kommission beraten werden kann.

Gibt es dazu Bemerkungen? - Herr Appel.

Dr. Detlef Appel: Ja, zu dem Tagesordnungspunkt 13. Das Thema ist ja immer ein bisschen kurz gekommen, und vieles ist andiskutiert, aber noch nicht zu Ende diskutiert; es gibt kleine Arbeitsgruppen, die an Einzelproblemen sind. Ich würde darum bitten, dass wir unter dem Tagesordnungspunkt diesen Status, was so geschieht, noch einmal zusammenzustellen versuchen, damit man sich dann gegebenenfalls noch den einen oder anderen Punkt zusätzlich aufhalsen kann, der bisher noch nicht so abgedeckt ist, bzw. dass wir darüber sprechen, wer das dann tut, wer die Arbeit macht.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herzlichen Dank, Herr Appel, das ist in der Tat höchst berechtigt. Dieser Punkt hat in sich ja auch eine sehr große Komplexität, auch dadurch, dass viele Papiere und Kommentare in unterschiedlichen Formen vorliegen. Mir wäre es ein Anliegen, wenn wir heute vielleicht nicht nur den Status besprechen, sondern vielleicht auch einige Bereiche, die inhaltlich in einem großen Konsens sind, dann doch auch schon einmal weitgehend verabschieden könnten, sodass wir am 6. April uns auf die verbleibenden

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Konfliktfelder konzentrieren könnten. Dann wäre ich besonders froh, heute um 17:50 Uhr. Aber ein Status ist das Minimum, Herr Appel.

Gibt es weitere Bemerkungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann machen wir es jetzt so, wie besprochen, und steigen ein mit

Tagesordnungspunkt 3
Kopftext B-Optionen

Nur zur Erinnerung: Es geht hier darum, dass die Optionen der Kategorie B in sich sehr heterogen sind, und wegen dieser Heterogenität einen adäquaten Vortext bekommen, der eben dann in die Diskussion dieser drei B-Optionen einführt. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Der Diskussionsstand beim letzten Mal und auch schon Andeutungen beim vorletzten Mal, als wir über die Langzeitzwischenlagerung und Transmutation diskutiert haben, haben ja gezeigt, dass die ursprünglich von uns angedachte Figur, die besagt, alle B-Optionen würden gleichartig behandelt, nicht funktioniert. Das Kapitel 5.4 lassen wir trotzdem mit den drei Optionen stehen. Der Vortext soll den Unterschied verdeutlichen. Wichtig ist, dass die Überschrift geändert wird; denn wir haben bisher ja gesagt: „Optionen zur weiteren Beobachtung und ggf. Erforschung“. Der jetzige Diskussionsstand kann ja maximal sein - ich unterstelle jetzt einmal, dass wir bei den tiefen Bohrlöchern in die Richtung diskutieren, diese Option etwas genauer zu verfolgen -; aber bei den beiden anderen war die Aussage, sie verfolgen wir nicht so genau. Insofern passt die Überschrift, die wohl aus einem uralten Inhaltsverzeichnis stammt, nicht mehr.

Wir haben natürlich den Text redigiert, Armin Grunwald und ich, also insofern kann man jetzt nicht sagen, wir hätten ja etwas verbessert, was wir hätten tun sollen, das müssen Sie jetzt sagen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Der Text liegt Ihnen vor, es handelt sich um eine Seite, und die rufe ich jetzt einfach auf; dieser Text steht jetzt zur Diskussion an. Gibt der Text das wieder, was hier in der Arbeitsgruppe diskutiert worden ist, ist der Text genügend resistent gegen mögliche Missverständnisse, fehlt etwas? - 3, 2, 1! Jetzt kommt etwas, Herr Appel, Herr Fischer.

Dr. Detlef Appel: Zumindest ich habe verstanden, worum es geht und was die Kernaussagen sein sollten; deswegen will ich inhaltlich mich gar nicht weiter dazu äußern. Ich habe nur einige redaktionelle Anmerkungen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Bei redaktionellen Anmerkungen würde ich empfehlen, dass sie direkt an uns kommen und wir das dann weiterverarbeiten. Es gibt immer wieder einmal auch redaktionelle Anmerkungen, die aber doch einen versteckten inhaltlichen Bezug haben, wo also der Verdacht besteht, manchmal reichen ja Formulierungsänderungen, um Dinge in ein anderes Licht zu rücken. Wenn so etwas dabei ist, sollten wir es hier diskutieren; aber wenn es rein redaktionell ist, dann nicht.

Dr. Detlef Appel: Da habe ich einen Punkt, und zwar bezieht sich das auf Formulierungen unter den Spiegelpunkten in den Zeilen 15 und 16; sie treten vielleicht woanders auch noch auf. In diesem Zusammenhang taucht der Begriff „Methode“ für Aktivitäten auf, die sonst als Option oder ähnlich bezeichnet werden. Ich würde dafür plädieren, bei den ursprünglichen Bezeichnungen zu bleiben; denn Methoden gehören dazu noch viele.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das halte ich sofort für begrüßenswert und würde das auch unterstützen. Gibt es zu diesem Punkt andere Positionen? - Nein. Dann machen wir das so und bleiben bei derselben Bezeichnungsweise Option. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich war bei dem Punkt, den Sie schon angesprochen haben, Herr Sailer, was wir mit der Überschrift machen: Ich denke einmal, das sind natürlich alle drei Themen, die irgendwo in der öffentlichen Diskussion als Optionen, oder wie auch immer man das benennen sollte, sind. Ich gebe Ihnen recht, dass wir die nicht alle gleichwertig unter Beobachtung und Erforschung stellen. Aber dass es eben Optionen sind, die in der öffentlichen Diskussion stattfinden, sollte irgendwo in der Überschrift zum Ausdruck kommen. Dass wir eben letztendlich daraus ableiten, dass wir sie nicht weiter betrachten, kommt ja aus dem Text heraus. Insofern wäre aus meiner Sicht jetzt der Vorschlag, das mit einer entsprechenden Formulierung dann auch so in die Überschrift hineinzunehmen.

Ansonsten würde ich die Anmerkung, die, glaube ich, hier vom Autor selber gemacht worden ist, aufgreifen, die Logik der anschließenden Texte auch in der Auflistung am Anfang niederzulegen; damit ist das aus meiner Sicht dann auch besser lesbar.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Herzlichen Dank, Herr Fischer; das finde ich sehr plausibel.

Gibt es dazu weitere Stellungnahmen? - Das ist nicht der Fall. Dann gehen wir in diese Richtung weiter. Herzlichen Dank, damit scheint jetzt dieser Vortext akzeptiert zu sein. Letzte Chance für Widersprüche oder Verbesserungsvorschläge! 3, 2, 1! Jetzt geht es etwas schneller. Herzlichen Dank, damit ist dieser Text mit den beiden Interventionen angenommen. Das wird von uns entsprechend verarbeitet und geht dann am 4. April in die Kommission. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt schon erledigt. Diese Geschwindigkeit werden wir allerdings nicht aufrechterhalten können.

(Heiterkeit)

Nun kommen wir zu

Tagesordnungspunkt 4 **Tiefe Bohrlöcher**

Dieser Punkt geht auf eine Anhörung zurück. Auf Basis der Anhörung wurde ein erster Textentwurf gemacht, der hier schon einmal ausführlich diskutiert worden ist. Die Diskussion hat dann zu einer deutlichen Überarbeitung und auch Erweiterung dieses Textes geführt. Dieser Text liegt Ihnen vor, und ich glaube, nicht erst seit gestern Nachmittag, sondern das ist schon ein paar Tage her, sodass Sie hoffentlich auch Zeit hatten, sich mit diesem Text zu befassen.

Er steht jetzt zur Diskussion an, und ich frage zunächst einmal generell nach Ihrem Eindruck - das wäre eine erste Runde -, und in einer zweiten Runde sollten wir dann von vorne nach hinten einfach die Absätze durchgehen. Dann werde ich jeweils fragen, wo es noch Beratungsbedarf gibt. Die Schlussfolgerung bedarf hier einer besonders sorgfältigen Beratung; das ist ja das Wesentliche, was dann auch in Richtung Kommission geht.

Gibt es Rückmeldungen zum generellen Eindruck? - Wenn es keine Rückmeldungen gibt, würde ich zunächst einmal annehmen, dass der Text nicht ganz schlecht angekommen ist. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich stelle sogar die Frage, ob es notwendig ist, die einzelnen Unterkapitel durchzugehen. Nach meinem Eindruck ist der Text relativ flüssig und gut gelungen. Insofern würde ich die Frage stellen, ob es nicht reicht, noch einmal über das Fazit zu reden. Das andere sind redaktionelle Dinge, die möglicherweise noch einzubringen sind. Diese kann man Ihnen auch irgendwie zukommen lassen; insoweit könnten wir Zeit sparen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke, Herr Fischer, für diesen Vorschlag. - Ich sehe keinen Widerspruch. Ich rufe einmal 5.4.3.1 auf, ob jemand dort etwas hat, das hier zu diskutieren

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

wäre. - Das ist nicht der Fall. Wie gesagt, redaktionelle Dinge bitte direkt an uns.

5.4.3.2, „Stand der Technik und Entwicklungsbedarf“? - Das sind in der Tat eher technische Darstellungen, und von daher gibt es auch wenig Konfliktpotenzial, hoffe ich. Man merkt hier auch sehr gut, dass das einmal schon diskutiert worden ist. Das ist also doch auch sehr robust.

Vorsitzender Michael Sailer: Da ist gar nichts verändert.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ach, okay. 5.4.3.3, „Betriebs und Langzeitsicherheit“?

5.4.3.4, „Rückholung und Bergung“? - Okay, keine Interventionen. Das heißt, diese Unterkapitel gelten hier vom Inhalt her als von uns abgenommen; redaktionelle Geschichten bitte direkt an uns.

Dann kommen wir zu 5.4.3.5, „Fazit“. Das Fazit ist der Ausdruck unserer Bewertung dieser Option. Hier ist die Frage, ob es Konsens ist und der Tenor getroffen ist; hier kommt es ja wirklich auch darauf an, dass die Sprache passend ist. Trifft hier also auch der Duktus, treffen die Formulierungen die Intention? Das ist ja gerade bei dieser Option, glaube ich, durchaus sensibel. - Ja, Herr Milbradt, anschließend Frau Vogt.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Ich bin mit dem Text sehr einverstanden. Die einzige Frage, die ich habe, klingt in dem letzten Satz an: Müsste man nicht auch darauf hinwirken, dass Forschungsaktivitäten in diesem Bereich zumindest auch ins Auge gefasst werden? Wenn wir der Meinung sind, es ist nicht völlig ausgeschlossen, es ist nach dem heutigen Stand der Technik wahrscheinlich nicht machbar dann würde ich gerne - immerhin reden wir hier über langjährige Zeiträume - einen Hinweis einfügen, der in die Richtung geht, dass man sich auch bemühen sollte, neue Erkenntnisse in diesem

Bereich zu gewinnen, statt dies nur anderen zu überlassen. Das bedeutet nicht, dass da nun riesengroße Forschungsprogramme sein sollten; aber wenn wir der Meinung sind, es ist nicht völlig ausgeschlossen, dann gehört auch ein gewisses Bemühen um wissenschaftliche Forschung dazu.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Okay, ja, danke, Herr Milbradt. - Frau Vogt.

Abg. Ute Vogt: Ich wollte zum selben Punkt etwas sagen, weil ja darin steht, dass wir zum einen weiter beobachten und zum anderen den erreichten Stand regelmäßig feststellen. Das finde ich auch etwas zu wenig. Wenn wir technisch vorne dran sein wollen, würde ich zumindest die Anregung geben oder die Bitte äußern, zu prüfen, inwieweit auch eigene Forschungsvorhaben diesen Bereich mit voranbringen können. Ich denke auch, nur zu gucken, was andere machen, ist nicht sehr ambitioniert.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke, Frau Vogt. - Herr Kleemann und Herr Pick.

Dr. Ulrich Kleemann: Mir ist auch der ganze Tenor des Fazits zu negativ. Wenn man jetzt den ersten Satz liest, die Technologie ist derzeit bei weitem nicht so ausgereift, allein schon diese Aussage „bei weitem“ würde ich an dieser Stelle infrage stellen wollen. Aber vor allem, wenn es auch um die Bohrtechnologie geht, da steht dann:

Zudem besteht noch ein erheblicher Entwicklungsbedarf hinsichtlich der Bohrtechnologie für die in der Einlagerungstiefe erforderlichen derzeit nicht verfügbaren Bohrdurchmesser.

Also, wenn die Anhörung etwas gebracht hat, dann, dass eigentlich die Bohrtechnologie durchaus verfügbar ist. Das ist also nicht der entscheidende Punkt. Es sind andere Fragen, die halt eben da kritischer zu sehen sind, eben die Bergbarkeit, das Behälterkonzept usw. Mir ist das

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Fazit zu negativ. Wir sollten wirklich herausstellen, dass gerade die Bohrtechnologie durchaus erkennen lässt, dass man so tief bohren kann, und zwar auch mit den Bohrdurchmessern; das ist nicht die Frage. Aber da eben doch eine ganze Reihe von Fragen noch geklärt werden muss, sollten wir anschließend an das, was Herr Milbradt und Frau Vogt gesagt haben, noch weitere Forschung befürworten.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke, Herr Kleemann. - Herr Pick.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Es ist alles gesagt worden, nur noch nicht von mir. Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, dass Niedersachsen gerade zu diesem Punkt sehr viel Wert darauf gelegt hat, dass das wissenschaftlich durchdrungen wird. Das ist eben nicht nur Beobachtung, sondern auch zumindest die Eröffnung der Möglichkeit von Forschungstätigkeiten.

Dann möchte ich auch noch einmal unseren Eindruck wiedergeben, dass das Fazit zu negativ ausfällt; denn meine Wahrnehmung von der Anhörung war eben gerade ganz anders, nämlich dass man gesagt hat, die Technik ist schon so weit. Dann hören wir aus den Vereinigten Staaten, dass die dort tatsächlich Versuchsprogramme aufsetzen und jetzt auch durchführen, um diese Entsorgungsoption eben auch technisch zu prüfen. Ganz unabhängig von der Einschätzung, ob das jetzt sinnvoll ist oder nicht, kann man das einfach nicht ignorieren; deswegen noch einmal ein starkes Votum dafür, dass wir das zumindest im Sinne der Ergebnisse der Anhörung umformulieren und die Möglichkeit und den Wunsch nach wissenschaftlicher Durchdringung im Fazit noch einmal betonen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke sehr, Herr Pick. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ja, ich möchte eine Gegenposition aufmachen. Ich halte dieses Fazit

schon für sehr ausgewogen und durchaus angemessen; denn bei der Vielzahl der kritischen Punkte, die insgesamt aufgezeigt worden sind, erscheint es doch aus heutiger Sicht nahezu unwahrscheinlich, dass dies eine Option wird. Selbst diejenigen, die es forschungstechnisch weiterentwickeln, tun dies, um eigentlich für die fernere Zukunft Minimalmengen unterzubringen; das ist aus den neuesten Berichten der Amerikaner eindeutig abzulesen. Sie betrachten das nicht als Entsorgungsoption für ihre Brennelemente, sondern eben für Kleinstmengen, die aus dem Wissenschaftsbereich kommen.

Wir haben gesehen, dass Bohrtechnologie in den Durchmessern, die wir benötigen, nicht zur Verfügung steht, und wir haben gesehen, dass hinsichtlich des Transports von austretenden Nukliden über Flüssigkeiten usw. Risiken bestehen. Sowohl bei der Technologie als auch bei unseren Anforderungen an die Sicherheit und bei dem, was andere in dieser Richtung tun, gibt es keine Hinweise, dass dies als Entsorgungsoption für Brennelemente langfristig gesehen realisierbar wird. Insofern ist das, was wir hier aufgeschrieben haben, schon sehr ausgewogen und neutral.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herzlichen Dank. - Herr Appel.

Dr. Detlef Appel: Im Hinblick auf die Diktion an einigen Stellen bin ich auch der Meinung der Vorredner, da kommt so die Favoritenrolle der Bergwerkslösung zum Tragen, ohne dass im Fazit - dafür würde ich plädieren, dass das geschieht - am Anfang noch einmal kurz die Argumente ausgeführt werden, warum wir uns überhaupt damit beschäftigen. Ein Leser, der auf Seite 312 angekommen ist und sich jetzt durch die Optionen quält, wird das Fazit lesen, und hier sind jetzt die Punkte ausgeführt, die die Umsetzbarkeit einschränken oder auch verhindern; aber warum man sich überhaupt mit den tiefen Bohrlöchern auseinandersetzt, geht aus dem Fazit nicht hervor.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Da würde ich schlicht und einfach einen oder zwei Sätze am Anfang spendieren, um auch die Distanz, worauf sich das bezieht, wo denn die Probleme liegen, darzustellen. Das würde ich im Übrigen bei den Besprechungen der anderen Optionen so ähnlich handhaben.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke, Herr Appel, jetzt Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich halte die Bohrlochtechnik auch für nicht ausgereift; das gilt für das ganze Konzept, insbesondere weil da in puncto Sicherheit außer vagen Sätzen nichts vorhanden ist. Alles, was wir im Vergleich dazu bei der Bergwerkstechnik an Sicherheitsfragen diskutieren, diskutieren wir mindestens drei Niveaus konkreter als das, was bei der ganzen Bohrlochlagerung im Raum steht. Ich glaube auch, dass da die Realisierungsprobleme liegen werden.

Ich hatte ja bewusst den Vorschlag gemacht, dass man die amerikanischen Dinge direkt als Kommissionsmaterial einstellt, weil die Protagonisten, die wir hier in der Anhörung gehört haben, so getan haben - ich sage es hier jetzt einmal deutlich -, als wenn in den USA so etwas in Planung wäre. Ich habe mir die Unterlagen zu den Anhörungen, die das Review Board im Oktober gemacht hatte, angeguckt; ich habe davor auch mit den Kollegen vom Review Board mehrfach darüber gesprochen.

Es ist einfach so: Für Brennelemente oder verglaste Abfälle diskutiert das niemand, weil das ganz andere Größen und Dimensionen sind. Das, was das DOE in den USA macht, ist, zu gucken, ob Quellen und solche Dinge mit runter gehen, und das ist das Ergebnis eines Diskussionsprozesses im DOE, das sehr stark für die tiefen Bohrlöcher war, bis man dann im Diskussionsprozess gemerkt hat, dass man überhaupt nicht darlegen konnte, wie man da größere Materialien runter bringen kann. Man darf also die Amerikaner nur nach dem zitieren, was das DOE wirklich vorhat.

Aber ungeachtet dessen habe ich nichts dagegen, dass man das anguckt; es können sich ja in den nächsten 30 oder 50 Jahren immer technologische Voraussetzungen ändern, was man heute nicht weiß. Deswegen wäre ich beim Text damit einverstanden, Detlef - ich habe dich so verstanden -, dass am Anfang des Fazits noch einmal mit zwei, drei Zeilen dargestellt wird, was die Leute, die Hoffnungen auf tiefe Bohrlöcher setzen, sich positiv vorstellen; es gehört sich einfach, dass das da steht. Ich wäre auch dafür, dass man zwischen dem zweitletzten und dem letzten Satz - das ist auf der Seite 5, Zeile 7 - nach den Worten „den Deutschen Bundestag.“ einen Satz einfügt, der, jetzt einmal ins Unreine gesprochen, besagt: Außerdem wäre es sinnvoll, wenn auch auf deutscher Seite informierende oder begleitende Forschung betrieben wird.

Hier möchte ich das aufgreifen, was mehrere hier gesagt haben. Das heißt, dass wir ein Stück weit freischalten, dass in den Forschungsprogrammen bei BMWi oder nach der jetzigen Zuständigkeit BMF durchaus auch etwas für Beobachtung gemacht wird, oder man kann auch anfangen, Sicherheitstechnik zu entwickeln, zumindest auf dem Papier, weil das ja das größte Defizit ist. Aber im Hinblick auf die Schlussfolgerung, dass wir nicht empfehlen, die tiefen Bohrlöcher jetzt als Präferenzoption zu verfolgen, wäre ich deutlich dafür, dass sie drin bleibt.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke sehr. - Jetzt ist der Herr Trautmannsheimer dran.

Dr. Markus Trautmannsheimer (Bayern): Ich kann das meiste nur unterstützen. Ich halte es, wie es Herr Appel gesagt hat, für einen sehr guten Vorschlag, auch das Positive darzustellen. Dann sehe ich es natürlich auch so, dass Forschung in diesem Bereich durchaus sinnvoll ist; das könnte noch mehr betont werden. Aber genauso habe ich aus der Anhörung mitgenommen, dass eben Bohrlöcher mit so großen Durchmessern nicht Stand der Technik sind, wie es hier im Text auch genannt ist.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Deshalb gibt dieses Fazit schon den Tenor wieder.

Ganz wichtig finde ich auch den letzten Halbsatz: „... darf die Standortsuche für ein Endlager in einem Bergwerk hierdurch aber nicht eingeschränkt werden.“ Es ist eine ganz wichtige Sache, dass man auch zum Ausdruck bringt, dass das zwar begleitend beobachtet werden soll, aber ein Warten auf eine Lösung durch die tiefen Bohrlöcher macht, glaube ich, keinen Sinn. So, wie Sie es gesagt haben, Herr Sailer, kann das eine Nischenlösung für bestimmte Stoffe sein, bei denen man vielleicht nicht so große Durchmesser braucht; da ist ja auch der Standard bei den Bohrlöchern da; da kann man das sicherlich noch nutzen. Aber wie gesagt, für mich ist der letzte Satz ein ganz wichtiger Hinweis, dass eben das Endlager in einem Bergwerk Vorrang hat. So soll es auch zum Ausdruck gebracht werden, und so finde ich es in Ordnung, wie es hier formuliert ist.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke, Herr Trautmannsheimer. - Herr Kleemann.

Dr. Ulrich Kleemann: Ich denke, es ist Konsens, dass wir bei der Einstufung in Kategorie B bleiben wollen und das auch so deutlich machen; aber ich bin schon der Meinung, dass wir das differenziert darstellen sollen. Es ist jetzt schon mehrfach gesagt worden, und auch ich möchte an dieser Stelle Herrn Fischer widersprechen, was diese negative Einschätzung angeht. Wenn man noch einmal in das Fazit des Gutachtens der GRS hineinschaut -ich habe das gerade noch einmal gemacht -, dann kommen die im letzten Satz zu der Aussage:

Eine Lagerung hochradioaktiver Abfälle in großen Tiefen mittels tiefer Bohrung kann unter der Voraussetzung einer aktiven Unterstützung von Forschung und Entwicklung sowie Verzicht

- das ist der Knackpunkt -

auf eine Bergbarkeit mittelfristig in Deutschland eine denkbare technische Option sein.

Das ist der Schlusssatz des Fazits in dem Gutachten der GRS. Also, ich sage einmal, so negativ, wie Sie es jetzt dargestellt haben, ist es nicht. Der Knackpunkt ist die Bergbarkeit, das ist ein ganz zentraler Punkt, und das muss deutlich gemacht werden; aber die Bohrtechnik ist es mit Sicherheit nicht. Es ist auch durch die Anhörung deutlich geworden, dass es letztendlich technisch möglich ist, mit diesen Durchmessern auch zu bohren; das ist nicht die Frage.

Es ist halt eben die Frage, wie viel Forschung und Entwicklung man da hineinsteckt. Letztendlich, was die Schlussbewertung angeht, bin ich vollkommen d'accord; ich möchte nur, dass wir bei einem so zentralen Punkt - später wird man hineinschauen, um festzustellen, wie ernsthaft wir das betrachtet haben - das Für und Wider abwägen: dass wir sagen, was dafür spricht, wo die Aspekte sind, bei denen man sagen kann, dass es durchaus eine denkbare technische Option ist, und wo die Knackpunkte sind. Das muss halt eben im Sinne einer Abwägung im Fazit dokumentiert werden.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke sehr. Solche Kann-Sätze sind ja fast immer im Leben wahr.

(Dr. Detlef Appel: Früher oder später!)

Deswegen ist hier die Frage, wie belastbar das Kann sein kann. Es kann sein, es kann prinzipiell möglich sein, es kann aber auch bedeuten, es kann ganz gut sein oder könnte sogar ganz wahrscheinlich sein; es ist sehr weit interpretierbar. - Jetzt kommt noch Michael Sailer, und dann würde ich gerne einmal zumindest ein Zwischenfazit ziehen, vielleicht reicht es ja auch schon für ein endgültiges Fazit dazu.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Vorsitzender Michael Sailer: Ich wollte noch einmal zu dem Wort, die Bohrtechnik sei vorhanden, etwas sagen. Ich fand es in dem Gutachten sehr gut - ich habe da auch viel verstanden, was bei der Erdölbohrung geht, und was man davon ableiten kann. Ich habe auch bei den amerikanischen Darstellungen, die sie in ihrem Hearing im Oktober hatten, natürlich ähnliche Inhalte gesehen. Die GRS und Kollegen, die da mitgemacht haben, haben ja auch die amerikanischen Sachen ausgewertet. Aber es ist erst einmal so, dass die amerikanische Stellungnahme deutlich skeptischer ist als das GRS-Gutachten. Insofern denke ich, dass wir beides sehen müssen.

Aber bei der Bohrtechnik sehe ich das Problem in den Durchmessern, die da diskutiert werden. Ich habe persönlich erhebliche Zweifel, dass wir Behälter für den Abfall, den wir da runterbringen müssen, konstruieren können, die wir in solche Bohrungen, wie sie da angepriesen werden, hineinkriegen. Gleichwohl könnte ich mir durchaus vorstellen - also jetzt wieder zum Konstruktiven; ich beziehe mich auf den Satz zu der Forschung -, dass wir in Deutschland Forschung machen. Ich könnte mir sehr wohl ein Projekt gut vorstellen für die Anhörung im Bundestag zum Fortschritt im Jahr 2019 oder 2020 - wir denken ja, dass wir das in der nächsten Legislaturperiode wieder vorlegen -, bei der ein Stück weit ausgeknobelt wird, welche Behälter wir brauchen, um unser Zeug da runter zu bringen.

Die Frage, welchen Durchmesser wir in den Bohrlöchern brauchen, können wir nicht danach richten, ob wir bei 3.000 m Tiefe noch mit 70 cm Durchmesser bohren können. Vielmehr müssen wir das an der Frage spiegeln, was die Minimalbehälter für die Handhabung sind. Ich könnte mir auch etwas Zweites vorstellen, nämlich dass ich die Sicherheitsfragen - das ist nicht nur die Frage der Bergbarkeit, sondern es sind auch die Sicherheitsfragen, die wir an ein Endlager im Bergwerk stellen - ganz gerne durchbuchstabiert hätte.

Aber das wären jetzt einfach für mich Gründe, warum ich durchaus befürworten würde, dass man auch in Deutschland Forschung in diesem Bereich macht. Ich habe jetzt zwei Themenbereiche genannt, bei denen es sich auch für die weitere Diskussion lohnen würde, wenn wir belastbarere Ergebnisse hätten als das, was derzeit in den USA und hier Diskussionsstand ist. - Soweit vielleicht noch einmal inhaltlich.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, herzlichen Dank. Zunächst einmal finde ich, dass wir uns unbedingt um solche Texte mit dieser Sorgfalt kümmern müssen; das ist einfach unsere Pflicht, da auf einzelne Formulierungen zu schauen.

Mein Eindruck ist jetzt folgender- vielleicht können wir einen Teil der Punkte damit auch schon abhaken -: Es scheint mir Konsens zu bestehen, dass am Anfang ein oder zwei Sätze hinzugefügt werden sollen, die die Motivation erläutern, warum wir uns überhaupt mit diesem Thema befasst haben. Das ist vorne im Text alles enthalten; aber im Fazit sollte es in Kurzform auch irgendwie aufscheinen, weil man sich sonst fragt, was das Ganze soll, wenn wir letztlich nicht so positiv auskommen.

Ein zweiter Konsens scheint mir beim Thema Forschungsbedarf zu sein, und da hat Michael Sailer ja den konkreten Vorschlag gemacht, im letzten Absatz zwischen den beiden Sätzen, die dort jetzt am Ende stehen, einen neuen Satz einzufügen, der eben dieses Beobachten, das im ersten Satz genannt wird, zu einem auch aktiven Forschen in Deutschland erweitert und zumindest eine entsprechende Prüfempfehlung ausspricht.

Bei der Bohrtechnologie ist es, glaube ich, etwas diffiziler. Man kann wohl einige der Sorgen, das sei zu negativ und vielleicht auch nicht im Einklang mit dem Gutachten und der Anhörung, dadurch reparieren, dass man manche Adjektive anders wählt oder streicht, zum Beispiel das Wort „erheblicher“ vor Entwicklungsbedarf.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

(Prof. Dr. Georg Milbradt: Ja!)

Vielleicht wäre ja auch noch die Kombination mit den Behältern zu erwähnen; denn da scheint nach den letzten Interventionen eher der eigentliche Punkt zu liegen, nicht bei der Bohrtechnologie als solcher, sondern in Kombination mit Behältern für diesen Zweck, dass die Leute bohren können und dass sie das für viele Dinge schon machen, das wurde uns schon gesagt; aber dieser Zweck der Endlagerung hat besondere Anforderungen, und da gibt es eben die Probleme. Das müsste wahrscheinlich deutlicher herausgearbeitet werden.

Wäre das so auch in Ihrem Sinne? - Das scheint der Fall zu sein. Dann müsste ich Sie aber noch darum bitten, uns jetzt das Mandat zu geben, das auch in Text umzusetzen und in die Kommission einzuspeisen. Geben Sie uns das Mandat? Wer gibt es nicht? - Vielen Dank. Wenn es uns nicht so gut gelingt, haben Sie immer noch die Möglichkeit, in der Kommission zu protestieren.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Wer ist „uns“?

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herrn Sailer und mir, natürlich in Zusammenarbeit mit Herrn Alt. Gut, danke schön. Dann haben wir das. Damit sind wir weiter, und das Kapitel 5 nähert sich jetzt so allmählich der Fertigstellung, oder ist jetzt aus unserer Sicht als Arbeitsgruppe 3 fertig. Das heißt, wir können dann endlich einmal auch einen Gesamttext zusammenstellen; das ist ja auch schon einmal ein gutes Gefühl.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Dann geht es weiter zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 5
Anforderungen an Behälter
(Kapitel 6.7 Endbericht)

Dazu gibt es einen Text, den Sie erhalten haben, auch schon vor genügend langer Zeit, um sich

damit intensiv befassen zu können. Michael Sailer würde dazu eine kurze Einführung geben.

Vorsitzender Michael Sailer: Wir haben ja den Behältertext schon einmal diskutiert. Es ist die etwas größere Hälfte, die in diesem Text schwarz geblieben ist. Wir haben Anmerkungen aus Hannover bekommen, so kann man einmal sagen, sowohl aus dem einen Standort als auch aus dem anderen Standort in Hannover, und wir haben die Zuarbeit beauftragt, die Dinge, die mündlich in der Diskussion das letzte Mal geäußert wurden, auch ausführlich hinzuschreiben. Daher kommen die vielen langen Passagen, die eingefügt sind.

Wir haben außerdem von Herrn Völzke einen Kommentar erhalten, zu dem ich darauf hinweise, dass Herr Völzke nicht auf diesem Text aufsetzen konnte, weil ihm nur ein älterer bekannt war; insofern muss man das durchlesen.

Meines Erachtens lassen sich die Sachen, die Herr Völzke kommentiert hat, in drei Gruppen einteilen. Die eine Gruppe sind genaues Wording und genaue Bezeichnungen bei den Behältern. Das sollten wir unkommentiert übernehmen; da würde ich auch sagen, das müssen wir hier gar nicht diskutieren, sondern das sollte redaktionell systematisch übernommen werden.

Es gibt eine zweite Gruppe, wo Sie das exaktere Wording gegenüber dem Text bringen. Da würde ich ähnlich plädieren, dass wir das auch übernehmen.

Zudem gibt es eine dritte Gruppe, die vom Inhalt her ein bisschen gemischt ist und bei der Sie ernsthafte inhaltliche Debatten haben. Aber an dieser Stelle können wir ja diskutieren, ob wir es mit hineinnehmen. Die Textpassagen, die Sie kommentiert haben, sind mit wenigen Ausnahmen immer noch vorhanden; insofern lässt sich das auch in den Text hinein spiegeln.

Wenn ich den Abschluss der letzten Diskussion sehe, müssten wir hier vielleicht erst einmal im

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Vorgriff feststellen, ob wir jetzt alle Themen angesprochen haben, die wir wollen, bevor wir das im Detail durchgehen; denn beim letzten Mal war die Kritik, es fehlten wichtige Aspekte. Deswegen gibt es jetzt die Textpassagen.

Haben wir jetzt alles grosso modo vom Inhalt her? Das wäre die erste Frage. - Das Zweite wäre, dass wir durch den Text gehen, und in dem Text könnten wir dann hinsichtlich dieser dritten Gruppe von Herrn Völzke, bei der es um inhaltliche Anmerkungen geht, besprechen, ob wir sie mitnehmen wollen oder nicht. - Soweit vielleicht.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, herzlichen Dank, Michael. - Damit steht der Text jetzt zur Diskussion an. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Für mich, so muss ich sagen, ist die Bearbeitung dieses Textes mittlerweile höchst komplex geworden, weil wir natürlich eine so große Vielzahl von Anmerkungen haben, die teilweise auch kontrovers sind, sodass man sie eigentlich jetzt so ohne Weiteres nicht in einem Diskussionsgang ausräumen kann. Insofern kann ich dem Vorschlag von Herrn Sailer durchaus etwas abgewinnen, dass man versuchen sollte, möglicherweise die Dinge, die zur Präzisierung darin sind und die in einer gewissen Weise ein besseres Wording darstellen, konkreter sind, erst einmal herausarbeiten, damit man den Text zunächst einmal um diese Punkte quasi bereinigt.

An dieser Stelle, so hoffe ich zumindest, werden wir die wenigsten kritischen Auseinandersetzungen haben. Es bleiben genügend Punkte übrig, bei denen wir inhaltlich diskutieren müssen, und die Frage ist, ob wir das jetzt in einem Durchgang hier so hinbekommen oder inwieweit es jetzt sogar angeraten wäre, zu sagen, lasst uns erst einmal eine Version gestalten, in der eben dieser erste Schritt oder vielleicht der erste und der zweite, wie sie Herr Sailer angesprochen hat, schon einmal gemacht worden ist, um dann die Punkte tatsächlich

offensichtlicher zu haben, die anschließend hier ausdiskutiert und möglicherweise auch am Ende in Klammern stehen bleiben müssen.

Es ist so im Moment zumindest als Gesamtdokument, als Gesamtpapier nicht diskutierbar.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Gibt es dazu weitere Meldungen? - Nein.

Sie stellen eine Verfahrensfrage: Wie gehen wir jetzt überhaupt damit um? Mir wäre es durchaus ein Anliegen, wenn wir heute doch so weit wie möglich auch schon in die Inhalte gehen; wir haben jetzt auch die Zeit dafür. Verschieben führt an anderer Stelle wieder zu Engpässen.

Wenn Sie aber jetzt alle oder zum großen Teil der Meinung sind, dass wir erst einmal diesen formalen Schritt machen und dann vielleicht noch einmal darangehen - es könnten sich ja auch einige von Ihnen, die sozusagen Protagonisten unterschiedlicher Positionen sind, auf eine Liste von drei oder fünf strittigen Punkten verständigen, die man dann bearbeitet -, dann wäre das durchaus eine Option. Trotzdem stelle ich die Frage, ob wir nicht heute etwas weiter kommen könnten, als sozusagen ein Häkchen hinter den rein fachlichen Fragen zu machen. - Herr Milbradt.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Ich habe Schwierigkeiten, überhaupt den richtigen Text zu finden. Ich habe die Drucksache AG 3-93b bekommen, einmal als PDF-Datei und einmal als Doc-Datei.

Vorsitzender Michael Sailer: Das ist immer doppelt.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Ja, aber ich hatte nicht den Eindruck, dass es identisch ist. Ich wollte nur wissen: Was ist Basis, Doc oder PDF?

Vorsitzender Michael Sailer: Das ist mir jetzt noch nicht aufgefallen; ich habe es auch nicht

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

kontrolliert, ehrlich gesagt. Produziert worden ist es und hineingeguckt haben wir als Vorsitzende in die Doc-Version; das muss man klar sagen. Wir hatten ja die Geschäftsstelle darum gebeten, da immer eine Eins-zu-eins-PDF-Version zu machen und beides zu verschicken. Dass wir dieses Problem haben, ist mir jetzt leider nicht aufgefallen.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Es ist egal. Sie sagen jetzt, Sie machen Doc; dann weiß ich auch Bescheid.

Vorsitzender Michael Sailer: Dann sollten wir in die Doc-Version gehen. Dann muss ich bei mir allerdings noch einmal umladen, weil ich gerade in der PDF-Version bin.

(Dr. Thomas Pick [Niedersachsen]: Welche Version ist denn die Druckversion?)

- Wahrscheinlich die Doc-Version, nehme ich an. - Nein, die PDF-Version. Oder, Herr Landsmann?

Olaf Landsmann (BT): Sowohl die Word-Dateien als auch die PDF-Dateien sind grundsätzlich identisch.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: So sollte es eigentlich sein. Ich hoffe, dass da niemand gegenteilige Eindrücke hat. Ausgedruckt wird draußen ja vermutlich die PDF-Version liegen.

Vorsitzender Michael Sailer: Genau.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Es könnte sein, dass es da unterschiedliche Seitenformatierungen oder so etwas gibt. Aber inhaltlich sollten beide identisch sein. - Herr Fischer, Sie schütteln den Kopf.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich habe hier zwei Versionen in der Hand, die beide die Nummer AG 3-93b tragen, und sie sind inhaltlich nicht

identisch, und auch die Kommentierungen sind unterschiedlich.

Zum Teil kann ich das selbst begründen, weil wir einige Kommentierungen dann am Ende hineingebracht haben. Aber zum Teil sind auch Kommentierungen, die in der einen Version enthalten sind, in der anderen gar nicht mehr vorhanden.

Das ist für mich auch sehr schwierig gewesen. Deswegen habe ich den Ansatz eben gemacht: Es kann sein, dass das eben ältere Kommentierungen waren oder wie auch immer. Ich habe keine Ahnung, wie das entstanden ist.

Vorsitzender Michael Sailer: Der Vorgang ist ganz eindeutig, dass die Vorsitzenden die Dinge zur Versendung an die Geschäftsstelle weitergeben, die in der Word-Datei drinstehen, und die Aufgabe der Geschäftsstelle ist, dafür zu sorgen, dass in der PDF-Version das Gleiche steht wie in der Word-Datei.

Das heißt, für die weitere Diskussion würde ich jetzt hier vorschlagen, dass wir auf die Word-Datei gehen,

(Zuruf: Das stimmt aber nicht!)

weil das auch diejenige Datei ist, in der dann logischerweise Änderungen vorgenommen werden.

Wenn beim Umwandeln in PDF Sachen verschwunden sind, dann ist das ein technischer Vorgang, den wahrscheinlich niemand absichtlich gemacht hat. Deswegen würde ich gerne bei der Word-Version bleiben, wenn das geht. Aber ich würde ebenso wie Herr Grunwald nicht dafür plädieren, dass wir das jetzt formal aufschieben.

Wir haben besprochen, wie wir über die Behälter weiter diskutieren. Die Zuarbeit kann immer nur so funktionieren. Die Zuarbeit hat ja nicht die Entscheidung, Textinhalte zu ändern, sondern sie

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

kann nur auf Anforderung arbeiten. Die Anforderung war, das, was von Herrn Wenzel und von Ihnen kommt, einzuarbeiten und zu markieren; deswegen sind auch so viele Markierungen darin. Außerdem hatten wir das letzte Mal beim Durchsprechen ziemlich viele Punkte, bei denen wir gesagt haben, der Text, der das letzte Mal vorlag, fehlt, und deswegen sind die dritten markierten Punkte darin, wo die Zuarbeit ergänzt hat.

Mein Vorschlag vorhin war nicht, jetzt einfach nur die ergänzten Punkte durchzugehen, sondern mein Vorschlag war durchaus, erst einmal generell darüber zu sprechen, ob wir jetzt alle Themen haben, aber dann schon durch den Text zu gehen.

Wenn wir so, wie Herr Grunwald es vorgeschlagen hat, identifizieren, es gibt folgende drei inhaltliche Streite, und der Rest ist Formulierung, dann hätten wir meines Erachtens für diesen Durchgang auch ein gutes Ergebnis.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Wir werden mit diesem Text sicherlich nicht so weit kommen, wie wir mit den beiden anderen eben gekommen sind; das ist völlig klar. Aber es wäre mir schon wichtig, dass wir inhaltlich doch auch ein Stück weiterkommen, damit eben auch eine nächste Version erstellt werden kann, die auch inhaltlich dann näher am Endprodukt dran ist als die jetzige. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Mein Plädoyer ging doch nicht in die Richtung, zu sagen, wir beschäftigen uns heute nicht damit, sondern verschieben das. Mein Plädoyer ging in die Richtung, die Diskussion so abgeschichtet zu führen. Wir müssen meines Erachtens jetzt einen Durchgang machen, bei dem wir sagen: Was ist inhaltlich zu diskutieren, und was ist formal zu korrigieren, wie auch immer? Wir müssen jetzt hier nicht die finale Formulierung finden - das kann die Zuarbeit machen -, aber wir müssen diejenigen Punkte herausfiltern, die eben hinterher nur formal zu ändern sind.

Die Frage, ob inhaltlich alle Punkte drin sind, die wir einbringen wollten - das kann ich jetzt für uns sagen -, mit Ja beantworten, zumindest einmal als Textentwurf. Insofern wäre es dann im zweiten Durchgang möglich, zu sagen, okay, welche Argumente sprechen für unseren geänderten Textentwurf, und welche sprechen möglicherweise für eine andere Variante, und dann sind wir tatsächlich in einer inhaltlichen Diskussion, und dann können wir schauen, ob wir das eben auch konvergieren lassen können, um dann eben möglicherweise auch zu einer bereinigten Variante zu kommen. Die Zeit, wenn wir sie heute dafür haben, sollten wir nutzen, überhaupt keine Frage.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Gut, herzlichen Dank, Herr Fischer. Das nehme ich sehr gerne auf. Ich denke, so sollten wir jetzt an den vorliegenden Text in der Word-Version herangehen.

Das Ergebnis kann man nicht vorwegnehmen. Vielleicht können wir manche inhaltlichen Kontroversen hier ausräumen, vielleicht auch nicht. Vielleicht gibt es dann für das nächste Mal auch den Wunsch, dass bestimmte Proponenten und Opponenten sich einmal bilateral verständigen oder schauen, wie weit sie damit kommen, und dann steht das eben beim nächsten Mal wieder auf der Tagesordnung. Aber wir sehen, dass wir heute hier in der nächsten Stunde so weit wie möglich kommen.

Dann würde ich jetzt gerne im Text von vorne einfach anfangen. Da gibt es zunächst einen Vortext, wo es scheinbar auch schon - - Es gibt einige eckige Klammern, einige Kommentare und Ergänzungen. Ich würde jetzt Sie bitten, die textlichen und auch die inhaltlichen Positionen zu benennen, weil ich vom Thema zu weit entfernt bin und es daher selbst nicht tun kann. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: In dem Vortext - das kommt öfters vor - ist immer die Frage Lagerung oder Endlagerung. Da plädiere

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

ich stark dafür, dass wir „Endlagerung“ schreiben. Ich habe den Kollegen Wenzel so verstanden, dass er hauptsächlich aus dem formalen Argument für die Lagerung ist, weil im StandAG von der „Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ die Rede ist; wir sind ja auch die Kommission zur Lagerung von Abfällen und nicht zur Endlagerung von Abfällen.

Aber es gibt ein Gegenargument: Wenn wir dieses Kapitel so schreiben, dass dauerhafte Lagerung oder Lagerung drin steht, dann kann man das ganze Kapitel so lesen, als würde man Behälter für den dauerhaften Verbleib in oberirdischen Zwischenlagern entwickelt, und dieses Missverständnis sollten wir uns auf keinen Fall antun. Also, ich hatte Herrn Wenzel so verstanden, dass er dieses Argument auch einsieht, oder zumindest bisher nicht gesehen hatte.

Wenn wir das heute nicht geklärt kriegen, wenn dazu jetzt keine niedersächsische Aussage machbar ist, würde ich an allen Stellen die Worte „Lagerung“ und „Endlagerung“ in eckigen Klammern lassen. Das müssen wir dann in der Kommission lösen. Das ist aus meiner Sicht der Streitpunkt, der letztendlich hinter allen drei eckigen Klammern steht und im weiteren Verlauf des Dokuments auch noch einmal eine starke Rolle spielt.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das wäre ein Streitpunkt, wenn der Text für sich stünde; er steht aber im Endbericht nicht für sich, er steht im Kapitel 6, wo es um die favorisierte Option der Einlagerung in ein Bergwerk in einer tiefen geologischen Formation geht. Würde es nicht reichen, am Anfang des Kapitels daran zu erinnern, dass es um die Behälter für diesen Pfad geht? Dann kann doch eigentlich niemand mehr dieses Ganze missverstehen, dann müsste man das schon sehr absichtlich missverstehen wollen. Trotzdem bleibt die Bezeichnungsfrage. Aber dann wäre jedenfalls klar, wie es gemeint ist und was eben nicht gemeint ist. - Herr Pick.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Das ist aus niedersächsischer Sicht schon eine grundsätzliche Angelegenheiten und sollte daher auch in eckigen Klammern bleiben.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Für einen Wunsch nach eckigen Klammern reicht eine Stimme schon aus. So ist es doch, oder Michael?

Vorsitzender Michael Sailer: Ich würde diesen Wunsch noch mit dem Argument unterstützen, dass dies nicht nur in diesem Kapitel eine Rolle spielt, sondern in einem Drittel der Kapitel des Gesamtberichtes, und dazu muss sich die Kommission verhalten; da würden wir jetzt sinnlos Zeit gebrauchen, wenn wir das hier vorbereiteten. Die Kommission muss sich zu „Lagerung“, „Endlagerung“ und „dauerhafte Lagerung“ für den ganzen Bericht einig werden.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Appel.

Dr. Detlef Appel: Ich sehe das auch so; aber die Tatsache, dass es in verschiedenen anderen Kapiteln dann auch vorkommt, bedeutet dann auch, dass wir eine Lösung für das Problem an diesen Stellen finden müssten, und das müsste dann sehr konsequent und systematisch gemacht werden. Das ist ja nicht nur eine formale Frage, sondern möglicherweise ist es an einigen Stellen auch eine inhaltliche Frage. Deswegen plädiere ich jetzt nicht gegen zwei eckigen Klammern, aber ich plädiere dafür, möglichst bald zu klären, wie wir grundsätzlich damit umgehen, dass eben die Kommission „Lagerung“ in ihrem Namen führt und wir uns mit unterschiedlichen Optionen im Text beschäftigen, an dieser Stelle eigentlich mit Endlagerung.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ich denke einmal, über den gesamten Endbericht gesehen, dürfen durchaus verschiedene Begriffe Verwendung finden, weil wir uns im Kapitel 5, wo es um Optionen geht, ja auch mit anderen Formen der Lagerung befassen als jetzt hier, wo

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

die Behälter für einen bestimmten Typ von Lagerung, dauerhaft, End-usw. konzipiert werden sollen. Da braucht es aber eine Begriffspolitik, die vom Anfang bis zum Ende durchdacht ist und dann auch in jedem Kapitel adäquat umgesetzt wird; das ist in der Tat nicht unsere alleinige Aufgabe hier. Es ist schon gesagt worden, die Kommission hätte vielleicht am 4. und 5. April gar nicht so viele Texte zu diskutieren; dann wäre das vielleicht auch eine Aufgabe, die dann bewältigt werden kann. Das heißt, wir lassen das jetzt hier in eckigen Klammern so stehen.

Gibt es im Vortext einen weiteren Punkt, den wir hier diskutieren sollten? - Herr Kern.

Dr. Axel Kern (Baden-Württemberg): Zum letzten Absatz unter 6.7 ab Zeile 15 ist mir nicht klar, was damit gemeint ist. Das gilt vor allem für den Satz ab Zeile 20. Zunächst wird beschrieben, was die Schutzfunktion ist, dass Rückholbarkeit und Bergbarkeit für einen bestimmten Zeitraum eine Rolle spielen. Dann kommt in dem Satz ab Zeile 20:

Inwieweit über diesen Zeitraum hinaus (dasselbe noch einmal) erforderlich ist, hängt von dem ... Lagerkonzept ab.

Das passt nicht zusammen. Entweder kann man sich den ersten Teil sparen und lässt nur den zweiten, in dem es offen und vom Lagerkonzept abhängig ist, oder man spart sich den Satz ab Zeile 20; der macht aus meiner Sicht keinen Sinn.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke sehr. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Wir brauchen das; das ist möglicherweise nicht gut ausgedrückt. Wir haben wirklich zwei verschiedene Sachen, und die sind auch in den Sätzen als zwei verschiedene Sachen gemeint: Die eine Sache ist, dass in den Sicherheitsanforderungen Bergbarkeit bis 500 Jahre steht. Das heißt, ich

muss die Bergbarkeit für alle Behälter, egal, ob Kristallinbehälter oder Salzbehälter durchbuchstabieren; das ist ein Teil des Pflichtenheftes. Das andere Pflichtenheft hängt davon ab, wie lange der Behälter die Einschlussfunktionen in dem betreffenden Gestein übernehmen muss, bevor das Gestein die Einschlussfunktionen oder der Bentonit um den Behälter zusammen mit dem Gestein die Einschlussfunktionen übernimmt.

Das macht einen Unterschied, weil es beim Salz sein kann, dass das Salz den Einschluss schon übernommen hat, bevor die Frist für die Bergbarkeit abläuft. Sagen wir einmal, das Salz übernimmt nach 400 Jahren - das ist jetzt ein fiktives Beispiel -, dann ist die erste Geschichte maßgeblich, nämlich dass ich 500 Jahre Bergbarkeit haben muss. Das ergibt sich aus den Sicherheitsanforderungen.

Wenn ich jedoch in Granit gehe, dann muss ich die Bergbarkeit für 500 Jahre vorführen, aber im Granit muss ich zusammen mit dem Bentonit um den Behälter herum den dauerhaften Einschluss für die Million Jahre machen. Das heißt, es hängt total vom Endlagerkonzept und dem Gestein, in dem das Endlagerkonzept verwirklicht wird, ab, ob der erste Satz oder der zweite Satz in den Anforderungen sozusagen der schärfere ist. Deswegen muss man das auch unterscheiden; das kann man nicht zusammenmanschen.

Dr. Axel Kern (Baden-Württemberg): Dann betrifft der zweite Satz aber ausschließlich die Barrierefunktion des Behälters?

Vorsitzender Michael Sailer: Ja.

Dr. Axel Kern (Baden-Württemberg): Dann kann man es auch so hinschreiben.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das ist ein guter Hinweis, vielen Dank, das hat etwas geklärt. - Herr Trautmannsheimer.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Dr. Markus Trautmannsheimer (Bayern): Herr Sailer, wir hatten uns doch zwischendurch schon einmal geeinigt, dass wir die Option, bei der der Behälter mit dem Bentonit im Granit die Barriere bildet, eigentlich als Typ B vielleicht noch betrachten werden, aber nicht als gleichwertige Option zu der Option, bei der das Wirtsgestein den einschlusswirksamen Gebirgsbereich darstellt. Ganz verstehe ich es jetzt nicht, wie das dazu passt, dass wir sagen, die Kriterien sind für alle Wirtsgesteine die gleichen, also mit kleinen Ausnahmen. Das versteht man an dieser Stelle ja nicht, da bleiben wir ja wieder an diesem Punkt hängen, den wir, glaube ich, noch nicht ausdiskutiert haben.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ich verstehe das so, dass an die Behälter je nach Wirtsgestein andere Anforderungen zu richten sind; aber ich bin nicht vom Fach. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Wir haben das hier nicht beschlossen - ich habe das auf den entsprechenden Sitzungen auch gesagt -; wir gehen davon aus, so wie es im Gesetz steht, dass es unsere Aufgabe ist, auch für normalen Kristallin ohne Sonderaktion Kriterien festzulegen. Wenn wir jetzt über Behälter schreiben, müssen wir auch über Behälter schreiben, die in normalem Kristallin laufen, also über Sachen, die dem finnischen oder schwedischen Konzept ähnlich sind. Wir können hier nicht dem Gesetzgeber mitteilen, dass wir eine Option nicht mittragen, die er ins Gesetz geschrieben hat. Dass es da natürlich auch länderspezifische Interessen aufgrund der unterschiedlichen Geologie gibt, um es einmal deutlich zu sagen, das ist so. Aber der Gesetzgeber hat gesagt, wir brauchen die drei Wirtsgesteine, und das heißt, dass wir im Behälterkapitel Behälter für alle drei Wirtsgesteine abradeln müssen, um es einmal so zu sagen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Kern, bitte.

Dr. Axel Kern (Baden-Württemberg): Das sehe ich ähnlich wie Herr Trautmannsheimer, das bedeutet nicht zwingend, dass man das schwedisch-finnische Modell verfolgen muss. Wir haben diese Diskussion im Zusammenhang mit den geowissenschaftlichen Kriterien wirklich noch nicht zu Ende geführt. Jetzt kommt es aber hier auf der folgenden Seite so ein bisschen durch die Hintertür wieder herein, dass dieses Konzept verfolgt wird. Ich möchte in diesem Zusammenhang an die Schweiz erinnern; dort ist Kristallin auch eine Option, obwohl die Schweizer das Konzept der Lagerung in durchlässigem Gestein von vornherein verworfen haben. Das muss ich also nicht ausschließen, Kristallin kann also durchaus im Rennen bleiben, auch wenn man nicht das Kupferbehälterkonzept verfolgt.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Danke. - Herr Trautmannsheimer.

Dr. Markus Trautmannsheimer (Bayern): Ja, ich sehe das jetzt nicht so, dass das jetzt ein spezielles Interesse von Bayern wegen des Kristallins ist. Mir ist das einfach logisch nicht einsehbar. Wir wollen das bestmögliche Endlager, aber keine Option, bei der das Wirtsgestein nicht die Barriere bildet. Wie kann das die bestmögliche Option sein? Das ist mir einfach logisch nicht einsehbar. Die Hauptbarriere muss doch das Wirtsgestein sein. Man wird doch nicht auf eine technische Barriere Kredit nehmen, die eine Million Jahre im Wesentlichen halten muss. Das verstehe ich einfach nicht. Man kann das natürlich betrachten; aber das kann doch keine gleichwertige Option sein, das haben wir immer gesagt.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Da könnte man ja locker sagen, das überlassen wir dem Prozess der Suche. Aber wir müssen uns hier natürlich eine Meinung dazu bilden. - Herr Appel.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Dr. Detlef Appel: Nur zu den Ausführungen von Herrn Kern in Bezug auf die Schweiz: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass dort Kristallin aufgegeben worden ist, und zwar mit zwei Begründungen. Die eine hat etwas mit unserer Diskussion zum Thema Klüftigkeit zu tun. Die zweite ist die große Tiefe, in der geeignetes Kristallin erwartet wird, was die Erkundung erheblich erschwert. Die Diskussionen sind da in der Vergangenheit geführt worden; das ist richtig. Aber heute spielt das eben keine Rolle mehr. - Das nur zur Erläuterung.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, vielen Dank. Was heißt das jetzt für den Text? Hinter der Kontroverse steckt ja noch eine andere Kontroverse, nämlich letztendlich der Umgang mit Kristallin. - Ja, Herr Kleemann.

Dr. Ulrich Kleemann: Ich sehe das jetzt aber nicht unbedingt als Widerspruch an. Wir hatten die Diskussion beim Kriterium Gebirgsdurchlässigkeit; da spielt ja eine Rolle, ob man sich allein auf eine technische Barriere verlässt, oder ob man nicht auch noch eine geologische Barriere braucht, die halt eben bestimmte Anforderungen erfüllt.

Hier geht es ja um etwas ganz anderes, nämlich um Behälter sowie darum, dass der auch durch eine technische Barriere noch zusätzlich geschützt wird. Ich finde, das ist kein Widerspruch. Ich meine, wir müssen da jetzt nicht sagen, wir schließen jetzt eine technische Barriere aus, wenn sie eingebaut wird.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, also, ist das jetzt ein Widerspruch oder nicht?

(Dr. Ulrich Kleemann: Ich sehe keinen!)

Ich habe ihn auch nicht so gesehen. - Herr Trautmannsheimer.

Dr. Markus Trautmannsheimer (Bayern): Ich kann das unterstützen, was Herr Kleemann gesagt hat, aber die Formulierung impliziert so, wie sie

hier dargestellt ist, etwas anderes. Natürlich ist eine technische Barriere noch eine zusätzliche Barriere, von der man Kredit nehmen kann, vor allem so, wie sie Herr Sailer auch vorhin besprochen hat, in den ersten Jahren natürlich auf jeden Fall; das ist ja überhaupt keine Frage. Aber so, wie es hier dargestellt wird, wird eben diese andere Option, die eigentlich aus meiner Sicht nicht favorisierbar ist, zu sehr betont, und das ist nach meiner Meinung missverständlich.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Pick.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Ich habe Schwierigkeiten, zu folgen. Können Sie vielleicht noch einmal genau sagen, wo Sie diese Betonung sehen, in welchem Textteil?

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ich würde einen anderen Vorschlag machen, Herr Pick, wenn ich dazu kurz einmal etwas sagen darf.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen):
Entschuldigung, vielleicht noch mal zur Klärung!

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Ich bin jetzt von dem ausgegangen, was Herr Kern gesagt hat, Seite 1, Zeile 20. Ist das richtig?

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Es geht um den Satz: „Inwieweit über diesen Zeitraum hinaus ...“

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Genau, das war jetzt der Satz, auf den ich mich beziehe; aber teilweise sind auch Bezüge zur Seite 2 hergestellt worden. Von daher vielleicht noch einmal die Klärung, wo was gemeint ist!

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Deswegen wäre mein Vorschlag jetzt, diesen Satz an dieser Stelle zu streichen. Warum muss so etwas im Vorspann in einer Kürze stehen, die

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

wahrscheinlich viel mehr Fragen aufwirft als sie beantwortet?

(Dr. Detlef Appel: Welcher Satz genau?)

- Ab Zeile 20: „Inwieweit über diesen Zeitraum hinaus ...“ Es steht ja in dem Satz davor: „... muss die Behälterintegrität mindestens über einige hundert Jahre bestehen bleiben, ...“ Dieses „mindestens“, das ist immer okay, und das geht ja auch darüber hinaus. Was das dann speziell für Kristallin bedeutet, das kommt doch sowieso später im Text; da wird ja eine gewisse Differenzierung später vorgenommen. Es kann meiner Meinung nach an dieser Stelle einfach entfallen, was vermiede, überflüssige Fragen an der falschen Stelle aufzuwerfen. Wäre das eine Option?

Michael, ich habe gerade vorgeschlagen, diesen Satz zu streichen, weil so etwas eigentlich nicht im Vorspann genannt werden muss; das ist so kurz formuliert, dass es scheinbar mehr Fragen aufwirft, als es beantwortet. Das wird ja später genauer erklärt. - Herr Pick.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Da habe ich jetzt Schwierigkeiten, zu verstehen, wieso das so kurz formuliert ist. Da steht doch nur, im Zusammenhang betrachtet, es gibt eine Anforderung über einige hundert Jahre, und dann gibt es auch noch eine Zeit, die nach diesen einigen hundert Jahren folgt, und da sind eben bestimmte Sachen zu betrachten, fertig. Dass die zu betrachten sind, steht meiner Ansicht nach nicht in Zweifel. Da steht weder, dass das Kristallin unbedingt hier hinein muss oder nicht hinein muss, oder dass das eine hinein muss und das andere heraus muss. Vielmehr sind die Punkte, die hier genannt sind, zu betrachten, und das steht nicht in Zweifel. Deswegen kann dieser Satz bleiben; er gehört meiner Meinung nach auch logisch zu dem vorausgehenden Satz.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das sind zwei Lesarten. Ich denke, wenn man diesen Satz für sich betrachtet, dann ist er in der Tat

immer wahr. Das ist einfach ein Satz, der in sich wahr ist; so kann er stehenbleiben. Wenn er aber so gelesen wird, wie Herr Kern und Herr Trautmannsheimer ihn lesen, dann sind damit andere Hintergründe verbunden. Jetzt ist die Frage, wie eine Leserschaft in der Bundesrepublik Deutschland einen solchen Satz lesen würde. Sie haben eine bestimmte Brille, andere haben eine andere Brille, und je nachdem liest man unterschiedliche Dinge. - Herr Kern.

Dr. Axel Kern (Baden-Württemberg): Ich sehe da schon inhaltlich einen Unterschied. Man kann nicht in einem Satz formulieren, man fordert von dem Behälter eine Bergbarkeit von 500 Jahren, und anschließend sagen, inwieweit darüber hinaus eine Bergbarkeit erforderlich ist, hängt vom Lagerkonzept ab. Das passt nicht zusammen; das ist ein Widerspruch. Ich wäre damit einverstanden, wenn man sagte, es hänge vom Konzept ab, inwieweit darüber hinaus der Behälter eine Barrierefunktion wahrnehmen muss; das ist aber ein anderer Punkt.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das könnte ein guter Vorschlag sein. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Von der Wortmeldung und der Hidden Agenda, Herr Kern, gebe ich Ihnen völlig recht. Vorhin habe ich ja die beiden Sachen auseinander formuliert. Die Frage, ob die Barriere halten muss, ist die zentrale Frage, und die hängt eben dann von der Geschichte im entsprechenden Gestein ab. Wenn wir da anstatt Schutz-, Abschirm- oder Bergungsfunktion Barrierefunktion hinschreiben, dann wäre der Inhalt getroffen. Es gibt eine Hidden Agenda, dass Niedersachsen meint, man muss die Bergbarkeit verlängern. Aber die gehört da nicht hinein, sondern sie gehört, wenn, dann in die erste Kiste. Der erste Satz ist der mit der Bergung, und dann kann man diskutieren, wenn man die Sicherheitsanforderungen ändern will, ob man da hineinschreibt, dass man anstatt 500 Jahren 700 oder 1.000 Jahre Bergung will. Aber das ist eindeutig eine Vermischung der beiden Sachen.

Deswegen würde ich das aufgreifen, was du gerade gesagt hast, dass man hier Schutz-, Abschirm- oder Bergungsfunktion durch Barrierenfunktion oder so etwas Ähnliches ersetzt. Dann passt es auch nach der Logik.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herzlichen Dank. Ist das anschlussfähig, bei Ihnen, Herr Trautmannsheimer auch?

Dr. Markus Trautmannsheimer (Bayern): Ja.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Gut, es gibt keinen Widerspruch.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Meiner besteht ja, da muss ich ja nicht mehr widersprechen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Aber die Frage ist ja: Wären Sie mit dieser Barrierenfunktion nicht einverstanden?

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Nein, das wäre für uns zu kurz gegriffen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das wird auch nicht im weiteren Teil des Textes zu Ihrer Zufriedenheit bearbeitet? - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Wir sehen an dieser Stelle jetzt die Schwierigkeit dessen, was ich vorhin angedeutet habe. Wir kriegen die inhaltliche Diskussion von der formalen, die wir jetzt eigentlich angehen wollten, noch nicht getrennt. Ich muss sagen, ich verstehe jetzt den Einwand von Herrn Pick, weil er dahinter natürlich eine andere, wie Herr Sailer gesagt hat, Hidden Agenda hat. Aber jetzt ist das Problem, durch den Text durchzukommen. Insofern sehe ich momentan eine Schwierigkeit, für diesen Textteil einen gemeinsamen Konsens zu finden. Ich kann ihn so jetzt auch nicht sehen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Michael und Herr Pick.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich sehe die Schwierigkeiten nicht, wenn man eine Voraussetzung macht, Herr Fischer: dass wir Texte mit eckigen Klammern in die Kommission liefern können. Es gibt einfach Sachen, die wir hier am Tisch nicht klären können. Die Frage Kristallin rein oder raus, muss die Kommission klären; das war das Thema von vorhin.

An dieser Stelle wäre mein Vorschlag, dass wir um „Schutz-, Abschirm- oder Bergungsfunktion“ eine eckige Klammer machen, und in einer weiteren eckigen Klammer „Barrierenfunktion“ schreiben. Es ist, glaube ich, klar, wer hier jetzt für welche Version ist, und dann schicken wir das mit den eckigen Klammern ab. Also, wir kommen überhaupt nur durch, wenn wir bei solchen Sachen eckige Klammern machen und sagen, die Kommission soll entscheiden, wenn es nicht anders geht.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das halte ich für einen sehr guten Vorschlag. Wir haben eine jetzt eine Weile versucht, es hier unter uns zu lösen, dabei hat sich auch etwas geklärt, die Viertelstunde war jetzt nicht umsonst.

(Abg. Ute Vogt: Das ist wenigstens ein
Trost! - Heiterkeit)

Herr Pick.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Ja, ja volles Einverständnis.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Okay.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Ich glaube auch nicht, dass das nachher so schwierig sein wird. Es ist doch nur so, dass eben der Diskussionsstand so wiedergegeben wird und Entscheidungsbedarf angezeigt wird.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Dann machen wir in diesem Modus jetzt auch weiter und gucken, was wir hier in fünf bis zehn

Minuten an anderen Problemen durchkriegen, und was wir nicht durchkriegen, kommt in eckige Klammern.

Wir kommen zu Punkt „6.7.1 Schutzziele“. Da ist gegenüber dem vorigen Text eine Menge ergänzt worden. Es sind auch noch einige eckige Klammern drin, die mir jetzt nicht so dramatisch erscheinen; aber vielleicht sehe ich manchmal die Dramatik nicht, weil ich die Hidden Agendas nicht so gut kenne. Gibt es hier ein inhaltliches Problem? - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich sehe kein ernsthaftes inhaltliches Problem; ich sehe bei dem, was auf der Seite 2 - ich bin jetzt im Word-Text - in dem letzten Absatz von 6.7.1 steht, wo „von den radioaktiven Abfällen ausgehende Strahlung“ die Rede ist, wozu auch Herr Völzke kommentiert hat, dass da etwas wie „reduziert“ oder „absorbiert“ stehen muss. Sie wird nicht auf null reduziert, sondern ein Abschirmbehälter - das ist ja dessen Funktion - reduziert halt die Strahlung, die außen ankommt, aber nicht mehr. Das ist eine fachliche Geschichte; aber die kann man so klarstellen, dass es passt.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Weitere Rückmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann würde ich vorschlagen, dass wir - Ja, bitte.

Dr. Markus Trautmannsheimer (Bayern): Darüber hatten wir auch schon einmal diskutiert, welche Eigenschaften der Behälter langfristig haben muss. Jetzt heißt es hier auf Seite 1, Zeile 43 - ich habe jetzt leider nur die PDF-Version; hoffe aber, dass das gleich ist -:

Die Anforderung „Einschluss der radioaktiven Stoffe muss die langfristige Dichtigkeit des Behälters gewährleisten und insbesondere den Austritt radioaktiver Gase sowie einen direkten Kontakt der Abfälle mit der Umgebung sicher verhindern.

Vorsitzender Michael Sailer: Das ist Zeile 48 in der Word-Version.

Dr. Markus Trautmannsheimer (Bayern): Okay, Zeile 48 in der Word-Version. Die Gasdichtheit des Behälters - ich weiß ja nicht, was man unter „langfristig“ versteht; aber zur Bergung muss die Gasdichtheit des Behälters nicht vorhanden sein. Dass wir darüber schon einmal diskutiert hatten, kommt hier eigentlich nicht zum Ausdruck.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: An dieser Stelle ein Plädoyer, dass wir die Worte „und insbesondere den Austritt radioaktiver Gase“ in eckige Klammern setzen, weil ich als Techniker damit folgendes Problem habe - das hatten wir ja schon immer, wenn wir die Sicherheitsanforderungen diskutiert haben -: Dichtigkeit ist nicht ja oder nein, auch wenn es umgangssprachlich so ist, sondern ich muss irgendetwas definieren, und wir sind hier bei dem Behälter nicht in der Tiefe, dass wir es definieren. Eine Aussage, es muss der Austritt radioaktiver Gase absolut verhindert werden, ist auf der Ebene, auf der wir hier argumentieren, einfach sinnlos. Deswegen würde ich das, wenn Niedersachsen jetzt keinen Verhandlungsspielraum hat, in eckige Klammern setzen, Begründung: zu detailliert und diskussionswürdig auf der tieferen Detaillierungsstufe.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Der Vorschlag liegt auf dem Tisch. - Das machen wir so, gut, danke schön.

Nun würden wir für das Kapitel 6.7.1 in der nächsten Version die Änderungen eingeben, und die eckigen Klammern bleiben bestehen. Wir werden in einem Punkt nacharbeiten, den Michael Sailer vor drei Minuten genannt hat, und damit in die nächste Runde gehen. - Michael?

Vorsitzender Michael Sailer: Ja, mir fällt gerade auf, dass Herr Völzke da auch noch einen

Kommentar hatte - das ist in der Word-Version in den Zeilen 7 und 8 auf der Seite 2; das sind die beiden letzten Zeilen von 6.7.1. - Das ist eigentlich ein Streit um Singular und Plural. Ich verstehe da gar nicht, ob da etwas dahinter ist außer grammatischem Bewusstsein. Die ursprüngliche Formulierung war eine Mischung von Singular und Plural. Da sollten wir uns einfach entscheiden. Mein Vorschlag ist, wir schreiben den Satz im Plural, dann kriegen wir da diese eckigen Klammern weg.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Na, das sollte uns doch vielleicht gelingen. Also Plural und eckige Klammern weg. Das war jetzt kein gravierender Fortschritt in unserer Arbeit, aber eine eckige Klammer weniger ist auch etwas Schönes. - Danke sehr.

Vorsitzender Michael Sailer: Vier eckige Klammern.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Es sind vier, ja danke. Jetzt gehen wir zu „6.7.2 Anforderungen in der Betriebsphase des Endlagers“. Das ist ein neuer Text; da geht es um Transport, um Abschirmwirkung, auch wenn da gearbeitet wird, eben solange das Bergwerk offen ist. Gibt es zu diesem Text inhaltliche Bemerkungen? - Die gibt es nicht, das ist ganz erfreulich, aber vielleicht nicht so überraschend, weil das ja Anforderungen sind, die man ja heute schon irgendwie hat, und die man auch deswegen schon sehr gut kennen sollte. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Auch dort geht es wieder um die Frage der Detailtiefe. Ich meine, wir reden hier bei den Behältern über die Konstruktion und am Ende auch über Material. Damit haben wir schon einen relativ großen Bogen gespannt. Jetzt fangen wir auch noch damit an, über Oberflächenbeschichtung zu reden. Das gehört für mich im weitesten Sinne mit zu einer Materialauswahl. Insofern gehen wir hier, denke ich, teilweise in Detailtiefen hinein, die aus meiner Sicht nicht erforderlich sind.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Sie haben jetzt also nichts gegen den Inhalt, der darin steht, weil er vielleicht nach Ihrer Meinung falsch ist, sondern es geht Ihnen einfach um die Frage, wie tiefgehend das Kapitel sein soll.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Genau, ja.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Diese Frage steht damit im Raum. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Also, eine Rückfrage, Herr Fischer: Geht es jetzt um den einen Satz mit der Oberflächenbeschichtung, oder haben Sie mehrere Sätze, wo Sie sagen, sie sind eine oder zwei Detailebenen zu tief?

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Also wir sind bei der Oberflächenbeschichtung in einem Tiefgang, danach kommt ein Satz, in dem wir auch wieder über die Dichtigkeit sprechen; das haben wir gerade vorher schon diskutiert. Auch hier sind wir wieder nicht auf der richtigen Ebene. Das ist es dann auch, meine ich. - Ja.

Vorsitzender Michael Sailer: Aber dann wäre die Frage - deswegen die Rückfrage -, ob wir durch Streichungsvorschläge für einzelne Passagen Ihrem Ziel näherkommen könnten. Beim letzten Mal wurde diskutiert, dass überhaupt nichts drin steht, deswegen steht jetzt das Kapitel da, und möglicherweise sind da zwei, drei Gedanken zu viel drin, weil die dann so sporadisch in die Tiefe gehen. Also, so würde ich Sie jetzt interpretieren.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ja.

Vorsitzender Michael Sailer: Dann nehmen wir die Sachen weg, die sporadisch zu weit in die Tiefe gehen. Eine ganz homogene Tiefenlage kriegen wir nicht hin, aber eine ungefähr homogene. Da müssten Sie benennen, welche zwei Sätze oder Halbsätze man streichen soll. Sie haben es ja gerade angedeutet.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Gut, herzlichen Dank. Da brauchen wir dann keine inhaltliche Diskussion, sondern das kann auf kurzem Wege sozusagen gemacht werden.

Dann können wir zu „6.7.3 Anforderungen an das Langzeitverhalten der Behälter im Endlager“ wechseln. Auch hier gibt es einen langen neuen Text. Dort geht es dann in der zweiten Hälfte auch nach Wirtsgestein und Endlagerkonzept differenziert weiter. Da gibt es möglicherweise mehr Beratungsbedarf. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ja, da gibt es jetzt also einen Einschub in Bezug auf die Konvergenz im Salz; da gibt es einen Satz, der wie folgt lautet:

Im Salz konvergieren
Einlagerungshohlräume schneller,
was zu einem höheren
Gebirgsdruck auf den Behälter
führt und im Zusammenhang mit
der Hohlraumverfüllung
hinsichtlich des Integritätserhalts
zu bewerten ist.

Es ist aus meiner Sicht auf der einen Seite technisch richtig, dass Salz schneller konvergiert, auf der anderen Seite dann auch technisch falsch, weil der Gebirgsdruck dadurch nicht insgesamt höher wird, sondern es ist der gleiche, er kommt nur früher. Insofern ist der Satz so, wie er da steht, falsch.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Okay, das erscheint sogar mir als Laien plausibel. - Ist das so?

Vorsitzender Michael Sailer: Ja.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das heißt, da müsste eine entsprechende Umformulierung erfolgen?

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ja.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Genau, das ist einfach eine sehr zutreffende Beobachtung, danke sehr. - Gibt es weitere Beobachtungen zu inhaltlichen Punkten? - Herr Kern und Herr Trautmannsheimer.

Dr. Axel Kern (Baden-Württemberg): Hier taucht eben der Punkt wieder auf: Im ersten Absatz wird beschrieben, welche Anforderungen an den Behälter für dieses Kristallinkonzept zu stellen sind. Das bedeutet aber, dass unterstellt wird, dass andere Konzepte als das ewG-Konzept möglich sind. Diese Frage ist aber noch nicht entschieden.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, diese Frage kommt immer wieder. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich würde davor warnen, dass wir jetzt die Frage Kristallin an diesem Behälterkapitel diskutieren. Wir sollten als Paradigma nehmen, dass wir mit allen drei Konzepten werden umgehen müssen, und dann schreiben wir das Behälterkapitel mit allen drei Konzepten. Die Kommission und nicht wir, die AG 3, wird darüber entscheiden müssen, ob wir bei Kristallin Einschränkungen machen oder nicht; das werden wir bei den geologischen Kriterien wahrscheinlich diskutieren.

Ich würde mich auch bis zuletzt dagegen wehren, dass wir das hier finalisieren. Die Kommission muss eine Entscheidung dazu treffen, und wir liefern jetzt ein Behälterkapitel ab, das alle Entscheidungen möglich macht. Wenn die Kommission, was weiß ich, am 18. April, entscheidet, wir betrachten kein Kristallin, dann gehen wir rückwärts in den Text, aber nur dann. Das ist einfach das rationellere Vorgehen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Trautmannsheimer und noch einmal Herr Kern.

Dr. Markus Trautmannsheimer (Bayern): Ich wollte natürlich das Gleiche ansprechen, was der Herr Kern schon angesprochen hat. Ich sehe ein, dass man dieses Dilemma oder dieses Problem

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

nicht an dieser Stelle lösen muss; aber es ist halt hier so dargestellt, als wäre es eine Option, die in jedem Fall zu berücksichtigen ist. Vielleicht kann man es einfach nur anders formulieren, indem man sagt, wenn der Granit nicht die Durchlässigkeit hat, dann müssten solche Behälter entwickelt werden, sodass dies dann nur für diesen Fall angesprochen ist.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Kern.

Dr. Axel Kern (Baden-Württemberg): Also, wenn wir hier nicht im Detail diskutieren wollen, dann tut es aus meiner Sicht auch für das Kapitel keine Not, hier auf die einzelnen Wirtsgesteine einzugehen. Dann reicht es eigentlich aus, das so pauschal wie in den ersten drei Sätzen zu formulieren. Das würde dann mit folgendem Satz enden:

Ganz wesentlich ist dabei die Anforderung, wie lange die Barrierefunktion der Behälter im Endlagersystem erhalten bleiben muss.

Das Weitere braucht man hier in dem Kapitel nicht zu spezifizieren, abgesehen davon gibt es ja auch unterschiedliche Kristallkonzepte, sodass der Satz hier auch nicht richtig wäre. Nach dem Jentzsch-Modell zum Beispiel gibt es einen einschlusswirksamen Gebirgsbereich; da spielt der Behälter vielleicht wieder eine untergeordnete Rolle.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Michael Sailer.

Vorsitzender Michael Sailer: Also noch einmal: Wir haben ein StandAG, in dem alle drei Wirtsgesteine voll und ganz und nicht nur in der jentzschschen Ausprägung vorkommen; das ist Punkt 1.

Punkt 2: Wir sind als Kommission, nicht als Arbeitsgruppe, sondern nur als Kommission in

der Lage, darüber hinweg zu votieren und dem Gesetzgeber etwas anderes für den nächsten Schritt zu empfehlen. Wir sind hier als AG 3 nicht in der Lage, da etwas anderes zu machen, und jetzt durch die Hintertür irgendwelche Sachen wegzuschleifen; das geht nicht. Wir können eine eckige Klammer machen und hinschreiben, dass auf Wunsch von Baden-Württemberg gegen Kristallin plädiert wird. Das können wir ja gerne machen, aber so geht es nicht.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Was wir also auf jeden Fall machen müssten, ist, diesen Text zu markieren - den verabschieden wir heute nicht - als eine Art Vorratstext, der dann nach einer Kommissionsentscheidung über Kristallin noch einmal angeschaut werden muss. Das können wir, glaube ich, soweit festhalten. Weiter kommen wir an dieser Frage vermutlich jetzt nicht, weil hierbei die Kommission gefragt ist. - Frau Vogt, bitte.

Abg. Ute Vogt: Eine politische Bemerkung: Niedersachsen versucht ja auch nicht, heraus zu kriegen, dass man alle Standorte, aber keine im Salz benutzt. Das sind ein bisschen peinliche und durchsichtige Nummern. Wir haben ein Standortauswahlgesetz, bei dem 16 Bundesländer gesagt haben, wir stellen uns einem neuen Suchverfahren. Ich darf daran erinnern, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg war an der Spitze der Bewegung, um für dieses neue Suchverfahren zu kämpfen.

Wie Herr Sailer es gesagt hat, steht das auch so im Gesetzestext drin, und dann finde ich, dass wir jetzt nicht anfangen können, durchs Knie zu schießen und aus prinzipiellen Erwägungen zu versuchen, eine Gesteinsart herauszulassen. Vielmehr muss man dann schon den Mut haben, dass alles auch geprüft wird, wie es vorgesehen war. - Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist jetzt zu dem Text hier: Ich finde nicht, dass man eine solche Pauschalformulierung machen darf; denn dieser

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Text soll eine Anleitung für das Suchverfahren geben. Wenn ich dann zum Beispiel abwägen muss - ich sage ganz ehrlich, ich glaube überhaupt nicht daran, dass wir bei uns einen geeigneten Granitstandort finden würden; ich bin mir sogar ziemlich sicher, dass es in Deutschland andere geeignete gibt. Aber trotzdem muss ich auch für den Bericht aufzeigen, welchen Aufwand welche Einlagerungsform bedeutet. Beim Granit ist zum Beispiel das Thema Behälter und Behälterkosten ein ganz enormer Punkt, und ich finde, wenn man dann möglicherweise zwei ähnlich geeignete Punkte hat, dann ist das auch ein Abwägungskriterium. Da auch der Aufwand ein Abwägungspunkt ist, finde ich, dass das schon so differenziert hier drinstehen bleiben sollte.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Vielen Dank, Frau Vogt. - Herr Kern oder Herr Trautmansheimer hat ja vorgeschlagen, das Ganze mehr in einer Wenn-dann-Formulierung zu schreiben. So habe ich diesen Text sowieso gelesen, ja, wenn ein Kristallinstandort in Augenschein genommen würde, dann müsste man an den Behälter so und so die Anforderungen richten. - Herr Kern.

Dr. Axel Kern (Baden-Württemberg): Darauf will ich noch einmal reagieren, und da fühle ich mich auch missverstanden. Mir geht es nicht darum, an dieser Stelle das Kristallingestein irgendwie aus dem Verfahren zu nehmen. Die Frage, die dahintersteht, ist eigentlich, ob man an dem Konzept des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs festhält. Darauf basieren ja die ganzen Kriterien, die wir momentan diskutieren. Sie beruhen auf dem AkEnd, und dem liegt das ewG-Konzept zugrunde. Das schließt Kristallin nicht aus; das ist der Punkt. Hier wird aber ein anderes Konzept unterstellt, nämlich dass die geologische Barriere nicht die Hauptlast trägt, sondern die technische Barriere, und das ist ein spezielles Kristallinkonzept, das ich infrage stelle.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke.

(Abg. Ute Vogt: Das ist eine wichtige Klarstellung!)

Es ist aber auch nicht Inhalt dieses Kapitels; wir müssen da schon gucken. Es hängt alles mit allem zusammen, das ist schon richtig. - Herr Trautmansheimer.

Dr. Markus Trautmansheimer (Bayern): Das möchte ich ganz stark unterstützen, was Herr Kern gesagt hat. Genau, das ist für mich ein anderes Konzept. Natürlich hängt alles mit allem zusammen; aber man muss es dann insgesamt auch richtig darstellen. Wenn es ein anderes Konzept ist, dann kann das meiner Meinung nach nicht so stehen bleiben, wie es hier drin steht; dann muss man das eben anders formulieren. Das ist genau der Punkt: Es geht nicht darum, Granit hier irgendwie herauszubringen, das ist überhaupt nicht die Frage. Vielmehr sehe ich es genauso wie Herr Kern, es ist ein logischer Bruch.

Wir haben das Konzept des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs, wir hatten immer gesagt, es kann auch Granit geben, der diese Kriterien erfüllt. Wenn ich jetzt auf ein anderes Konzept - es ist wirklich ein anderes Konzept - hinaus will, wo der Behälter die Hauptlast trägt und die Hauptbarriere bildet, dann ist das etwas anderes, dann kann man das nicht vergleichen, und dann soll man das auch als anderes Konzept betrachten. Aus meiner Sicht ist das ein ganz anderer logischer Ansatz, und das muss hier klargestellt werden. Wir wollen nicht, dass das Granit von Haus aus herausfällt, keine Frage, das ist nicht der Sinn der Sache.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Gut, vielen Dank. Das habe ich jetzt auch besser verstanden. Trotzdem sollten wir hier keinen Stellvertreterkrieg führen; den eigentlichen Krieg um die Konzepte müssen wir an anderer Stelle führen. - Herr Appel.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Dr. Detlef Appel: Ich sehe da eigentlich nur zwei Möglichkeiten: Die eine ist, dass man es sehr allgemein formuliert - das wurde ja, wenn ich das richtig verstanden habe, ein bisschen unterschiedlich gesehen. Wenn man es auf dem Detaillierungsniveau, wie es hier angedacht ist, belässt, dann muss man meiner Ansicht nach eben die beiden Lager oder Sicherheitsoptionen bei Kristallin auch niederschreiben und darauf hinweisen, dass es dafür unterschiedliche Anforderungen an die Behälter geben müsste. Damit hat man das dann erschlagen und ist detailliert und vollständig geblieben.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Vielen Dank, Herr Appel, das halte ich für einen guten Vorschlag; das Kristallin zerfällt dann sozusagen in Unteroptionen, die unterschiedliche Folgen für die Anforderungen an Behälter haben; so habe ich das jetzt verstanden. Ist das so richtig?

(Dr. Detlef Appel: Ja!)

Dann sollte das auch so in dem Text beschrieben werden, alles im Sinne eines Wenn-dann: Wenn die Suche soundso auskommt, dann müsste man diese Anforderungen berücksichtigen. Das ist jetzt eine klare Anforderung an die Weiterentwicklung dieses Kapitels. Das machen wir für das nächste Mal. Aber natürlich ist damit der Text nicht verabschiedet. Einverstanden? - Gut, danke schön.

Dann kommen wir jetzt zu „6.7.4 Anforderungen der Rückholbarkeit und der Bergbarkeit“, also zu einem ganz zentralen Punkt nicht nur für dieses Kapitel, sondern auch für die Arbeitsgruppe und die Kommission insgesamt. Hier gibt es Ergänzungen gegenüber dem vorigen Stand des Kapitels, und es gibt auch jetzt bereits einige eckige Klammern. Ich würde gerne, wie wir das jetzt bei den beiden vorangegangenen Unterkapiteln auch gemacht haben, Sie fragen, wo hier die inhaltlichen Kontroversen sind und was wir vielleicht abhaken können. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ja, ich fange einmal an; ich denke, wir haben hier einigen Diskussionsbedarf. Es fängt eigentlich mit einem relativ einfachen Wort an, nämlich gleich in dem ersten Absatz. Dort heißt es:

Für einen Zeitraum von
500 Jahren müssen die Behälter
derzeit unter der Annahme
„wahrscheinlicher“
Entwicklungen bergbar sein.

Hinter dem Wort „derzeit“ steckt meines Erachtens der Gedanke, dass man dies möglicherweise ändern will. Wir haben aber momentan eine bestehende Lage, nach der in den Sicherheitsanforderungen die 500 Jahre Bergbarkeit drin stecken. Insofern ist hier aus meiner Sicht die Erweiterung um das Wort „derzeit“ überflüssig. Das ist momentan Sachlage. Deswegen wäre mein Vorschlag, das zu streichen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke sehr, Herr Fischer. - Herr Backmann, bitte.

Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann (Schleswig-Holstein): Ich würde dafür plädieren, es stehen zu lassen; denn wir haben uns ja gerade auf ein lernendes System verständigt. Gerade, was die Rückholbarkeit anbelangt, geht es dahin, dass es immer wieder überprüft, infrage gestellt und an wissenschaftliche Erkenntnisse und gesellschaftliche Entwicklungen angepasst wird. Dann ist es selbstverständlich, dass gerade die Zeiträume, für die man Rückholbarkeit oder Bergbarkeit vorsehen möchte, immer wieder zu hinterfragen sind. Deswegen passt das „derzeit“ wunderbar. Es gibt den aktuellen Stand wieder; aber vielleicht sieht man es in 50 Jahren, oder wann man mit der Einlagerung beginnt, schon ganz anders.

Was nicht so richtig passt, ist in Zeile 35 die Einfügung „max“. Ich höre gerade, das ist in der Doc-Version in Zeile 43; ich habe da eine andere. Das nimmt ja Bezug auf den Absatz vorher, in

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

dem gesagt wird, dass es nach derzeitigem Stand „mit einem Auslegungszeitraum von längstens 100 Jahren abgedeckt ist.“ Dann ist die Folge daraus, dass es auch „über max. 100 Jahre standhalten muss.“

Das heißt eigentlich, ohne diesen Zusatz war das schon sehr genau beschrieben. Wenn man da einen Zusatz machen wollte, dann müsste er eigentlich „mindestens 100 Jahre“ lauten. Das heißt, der Nachweis, dass die Behälter standhalten, muss für mindestens 100 Jahre geführt sei, wenn der 100-Jahre-Zeitraum abdeckend sein soll. „maximal“ passt an dieser Stelle aber nicht.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das Wort „maximal“ ist wirklich lustig, danach würde ja auch ein Jahr reichen; das ist wahrscheinlich einfach ein komischer Denkfehler gewesen.

Bei dem „derzeit“ sind Sie, Herr Fischer und Herr Backmann eigentlich im Konsens, obwohl Sie zum gegenteiligen Schluss kommen. Sie beide sagen, es ist gegenwärtig State of the Art sozusagen. Die Frage ist nur, ob man das noch betont, dass es gegenwärtig ist, oder ob man es einfach so schreibt, dass es so ist, es aber nicht erwähnt, dass es gegenwärtig so ist. In der Sache gibt es keinen Dissens; es ist nur die Frage, wie es sich anhört und was dann beim Leser im Kopf in Gang gesetzt wird. Ja, das ist in der Tat ein Unterschied, ob man das Wort drin hat, oder nicht. In der Sache gibt es keinen Dissens.

Die Frage ist dann ja auch an die anderen: Wie soll denn die Botschaft sein? Soll man diese Lernfähigkeit hier bewusst betonen? Gegeben ist sie ja sowieso. Ich meine, dieser Text legt jetzt nichts fest, ob in der Zukunft, den nächsten 50 Jahren, da etwas verändert werden kann oder nicht. Es wäre vermessen, wenn wir annähen, wir könnten das jetzt festlegen. Die faktische Gewalt dieses Wortes ist also eher gering; es ist eher so eine kommunikative Wirkung. - Herr Fischer, Herr Appel.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Genauso habe ich es auch gesehen. Ich meine, wenn wir das im gesamten Text ganz konsequent durchführen würden, dann hätten wir an allen Stellen „derzeit“, „jetzt“ oder „heute“ stehen. Das ist aus meiner Sicht natürlich überhaupt nicht darstellbar; das macht den Text unleserlich. Insofern kann das hier an dieser Stelle nur eine spezifische Bedeutung haben, und die spezifische Bedeutung habe ich vorhin ja schon ein Stück weit irgendwo einmal zu skizzieren versucht. Dahinter steckt wahrscheinlich - das vermute ich jetzt einmal - der Ansatz oder die Absicht, dies möglicherweise zu verlängern. Ich meine, wir haben das vorhin auch schon einmal diskutiert.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das sind wieder diese - -

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Das ist eine Wahrnehmung.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: So ist es, genau, so ist es. - Herr Appel und Herr Pick.

Dr. Detlef Appel: Ich teile die Einschätzung von Herrn Backmann, dass wir ein lernfähiges System haben und ein solches Verfahren entwickeln wollen. Die Passagen, über die wir jetzt sprechen, beziehen sich nach meinem Verständnis aber ausdrücklich auf die BMU-Sicherheitsanforderungen; sie sind ein modifiziertes Zitat, nichts anderes. Deswegen ist die Frage, was hier das „derzeit“ bedeutet. Es ist eine Ergänzung, die die Aussagen in den Sicherheitsanforderungen verändert. Meiner Ansicht nach muss das nicht sein. Wenn man das zum Ausdruck bringen wollte, dann sollte, man keinen Bezug auf die Sicherheitsanforderungen herstellen, den ich hier lese. Das sind zwei, drei Sätze; aber ich sehe das einfach so.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke sehr, ich habe das auch so gelesen. - Herr Pick, bitte.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Also, um das aufzuklären, das ist umgekehrt jetzt gemeint. Das bezieht sich auf die Sicherheitsanforderungen, und nach denen sind es eben 500. Das ist ja Stand, und deswegen ist das von der Wortwahl her nachvollziehbar; man kann sich aber auch auf „demnach“ oder so etwas einigen; das ist jetzt nicht schlimm.

Aber mir geht es noch um einen anderen Punkt. Wenn man sich den Absatz in seiner Gesamtheit anguckt und die Sätze nacheinander liest, dann kommt man in Zeile 29 auf die besagten BMU-Sicherheitsanforderungen. Da geht es um die Betriebsphase, dann kommt ein Verweis auf das Papier der BAM, K-Drs./AG 3-47. Hier schreibt man:

Diese Phase ist mit einem
Auslegungszeitraum von längstens
100 Jahren abgedeckt.

In dem Papier, auf das verwiesen wird, steht „voraussichtlich“ Das ist also nicht „längstens“. Das müsste dann dementsprechend auch noch, wenn man darauf verweist, geändert werden. Im Übrigen glaube ich auch nicht, dass man jetzt absehen kann, dass das der längste Zeitraum ist; das ist unbestimmt, deswegen ist „voraussichtlich“ wie im BAM-Papier meiner Meinung nach besser.

Zu dem Punkt, den Herr Backmann genannt hat, ist unserer Ansicht nach auch von der Logik her ein Fehler drin; denn wenn man sich auf die Bergbarkeit und auf die Anforderungen aus den Sicherheitsanforderungen bezieht, müsste in der Zeile 43 eben auch dieser Zeitraum eingefügt werden. Also müsste das „maximal“ raus und auf die Betriebszeit Bezug genommen werden.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke, Herr Pick. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Also, um noch einmal auf das „derzeit“ einzugehen: Ich glaube, die neutralere Formulierung ist bei den meisten,

die es lesen, ohne das „derzeit“, weil da schon eine Absicht dabei ist. Ich würde noch einmal dafür plädieren - wir haben eine Debatte -, dass der Zeitraum der Bergbarkeit länger geht. Er gehört aber aus meiner Sicht in das Kapitel zu den Sicherheitsanforderungen, wo irgendwo sinngemäß drin stehen muss: „überprüfen, ob der Zeitraum der Bergbarkeit richtig angesetzt ist. Dort können wir das adressieren. Also, es bringt jetzt nichts, das an vielen Stellen unterwegs noch einmal zu adressieren. Ich würde, um es irgendwohin zu kriegen, sagen, wir setzen das „derzeit“ in eckige Klammern, und dann können wir das irgendwo lösen.

(Dr. Ulrich Kleemann: Ich hätte einen Vorschlag!)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das ist vielleicht auch deswegen ein guter Vorschlag, weil ähnliche Probleme sicherlich noch des Öfteren in dem Gesamttext auftauchen. - Herr Kleemann, Herr Backmann.

Dr. Ulrich Kleemann: Ich hätte einen Vorschlag: Es ist jetzt in der Diskussion ja deutlich geworden, dass sich dieser Satz auf die Sicherheitsanforderungen bezieht. Wenn man am Ende dieses Satzes eine Fußnote macht und die Sicherheitsanforderungen klar als Quelle angibt, dann wäre, glaube ich, dieser Zielsetzung auch Genüge getan. Dann wird deutlich, dass dieser Satz nicht als Empfehlung der Kommission kommt, sondern auf die BMU-Sicherheitsanforderungen zurückgeht.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke, Herr Kleemann. - Herr Backmann.

Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann (Schleswig-Holstein): Eckige Klammern tun an dieser Stelle nicht not. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass dieser Einschub gar nicht von uns gekommen ist. Ich fand nur, es hat gepasst, weil es sozusagen eine Akzentuierung ist; natürlich ist alles der derzeitige Stand. Ich kann auch damit leben, wenn das Wort nicht da steht,

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

und schließe mich dem Vorschlag von Herrn Kleemann an. Dann ist es, glaube ich, klar, und wir brauchen an dieser Stelle nicht weiter zu diskutieren.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Herzlichen Dank für diese pragmatische und auch dem Verständnis dienende Klärung. - Herr Fischer?

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ja, ich gehe jetzt einfach schon einmal einen Schritt weiter. Wir haben in der Vergangenheit mehrfach gesehen, dass gerade diese Diskussion um das Thema Rückholbarkeit und Bergbarkeit sehr häufig auch zu Irritationen geführt, nämlich, was die Definition angeht, und dann letztendlich auch, was die Anforderungen angeht. Insofern haben wir uns die Frage gestellt, ob es nicht sinnvoll wäre, in diesem Textteil auch noch einen Teil unterzubringen, der noch einmal klar herausstellt, dass es da eben diese klare Differenzierung gibt. Ich meine, wir haben bei der Bergbarkeit auch Konsens, dass das eben im Wesentlichen am Ende eine Interventionsmaßnahme und eben nicht eine normale betriebliche Maßnahme ist und damit verbunden auch andere Anforderungen an Behälter zu stellen sind.

Es würde nach meiner Auffassung Sinn machen, hier in dem Einleitungstext die Anforderungen an Rückholbarkeit und Bergbarkeit auch einmal zum Ausdruck zu bringen; das fehlt mir darin.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Fischer, nach meinem Verständnis steht das, allerdings in sehr großer Kürze, durchaus in den ersten beiden Zeilen unter 6.7.4. Wir haben ja irgendwo anders die Definitionen im Text drin; ich weiß jetzt nur nicht mehr die Kapitelnummer. Wäre es da nicht hinreichend, einen Querverweis aufzunehmen? Ich verstehe Ihr Anliegen schon, das sind Begriffe, die nicht selbsterklärend sind und immer wieder auch falsch verstanden werden. Andererseits bläht es den Text auf, wenn wir da jetzt eine Definition

aufnehmen, die wir an anderer Stelle im Text schon haben. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Mir geht es ähnlich jetzt auch mit Blick auf die zwei Versionen - ich bin in der Word-Version, Seite 4 ab Zeile 9; das ist der dritte Absatz in diesem Kapitel -:

Von der Rückholung von Abfall
Behältern aus dem noch
zugänglichen Endlager ist eine
Bergung aus dem verschlossenen
Endlager zu unterscheiden.

Hier erklären wir das noch genauer und sichten auch ab. Ich meine, wenn es hilft, in den Sicherheitsanforderungen sind die Bergbarkeit und die Rückholbarkeit ohnehin nur mit jeweils anderthalb Zeilen beschrieben. Sie sind auch nirgends untersetzt; das ist ja das Problem, das wir in dem Kapitel angehen, weil sich das BMUB noch nicht genauer geäußert hat. Wenn es hilft, kann man möglicherweise in dem ersten Absatz hineinschreiben, man möge in die Sicherheitsanforderungen gucken; da würde ich die vier oder fünf Zeilen aus den Sicherheitsanforderungen einfach zitieren. Dann könnte man folgenden Satz aufnehmen: In den Sicherheitsanforderungen ist das festgelegt, aber nicht weiter ausgeführt. Dann stehen die vier Zeilen, dann weiß man, woran man ist, und dann kommt die weitere Ausführung in dem Sinn, wie es da steht.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Vielen Dank für den Vorschlag. Er ist angenommen, entnehme ich dem Kopfnicken. - Danke schön.

Wir haben noch das Wort „längstens“, das wurde noch nicht behandelt. Da hat es einen Einwand gegeben, der mir auch berechtigt zu sein schien. Wenn man sich schon auf die K-Drs./AG 3-47 bezieht, dann sollte es auch konsistent mit dieser Drucksache sein. Ist das okay? Ich glaube, „längstens“ sollte dann durch „voraussichtlich“, jedenfalls so, wie es auch in der Drucksache

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

beschrieben ist, ersetzt werden. Okay? - Das ist auch angenommen.

Gibt es weiteren Bemerkungen zum Kapitel 6.7.4? - Herr Pick.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Noch einmal die Frage, es gab jetzt zwei Vorschläge, einmal den Vorschlag von Herrn Sailer, das „derzeit“ in eckige Klammern zu setzen und den gemutmaßten Konsens, auf die Sicherheitsanforderungen zu verweisen, ich muss dafür plädieren, dass das in eckigen Klammern bleibt. - Ich habe eben nicht gewusst, was jetzt Konsens ist.

Die andere Sache ist, dass ich den Auftrag habe, in Zeile 43 - das habe ich eben schon einmal angesprochen - beim Bergungszeitraum für das Maximum 100 Jahre ein Minimum von 500 Jahren einzusetzen. Wenn das hier nicht nachvollziehbar ist, dann müsste dieser Vorschlag auch in eckige Klammern genommen werden.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Zu dem letzteren Punkt habe ich es so verstanden gehabt, dass das schon angenommen sei. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich habe jetzt nur einmal eine Nachfrage, Herr Pick, was Sie jetzt gemeint haben.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Die 500 Jahre.

Vorsitzender Michael Sailer: Das ist jetzt nicht die Aussage, sondern die maximal 100 Jahre sind in dem Absatz, der über die Rückholung geht, und nicht in dem Absatz, der über die Bergung geht; der geht erst auf der nächsten Seite los. Wir versuchen verzweifelt, die unterschiedlichen Anforderungsprofile auseinander zu sortieren, und Sie sind genauso verzweifelt dabei, wieder alles zusammenzumischen. Die maximal 100 Jahre sind für die Bergbarkeit. - Nein, nicht für die Bergbarkeit, jetzt haben Sie mich infiziert, sorry.

(Lachen der Abg. Ute Vogt)

Das ist für die Rückholbarkeit, und bei den maximal 100 Jahren ist jetzt der Vorschlag gewesen, mit dem „längstens“ oder sonst wie auf den Originaltext zu gehen; das gilt aus meiner Sicht auch für die Stelle mit dem „maximal“, weil es derselbe Originaltext ist, und da steht nichts anderes. In diesem Absatz steht nichts zur Bergbarkeit, sondern da steht etwas zur Rückholbarkeit. Deswegen finde ich es falsch, da jetzt Bergbarkeit rein zu mischen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Pick noch einmal.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Ich bin hier jetzt kein Infektionsträger in dem Sinne, sondern ich bin Übermittler von Aufträgen, eines Auftrags; den habe ich jetzt übermittelt.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke, das „derzeit“ bleibt dann in eckigen Klammern. Ich würde aber trotzdem den Vorschlag, den Herr Kleemann eben gemacht hat, das noch durch eine Fußnote mit den BMU-Anforderungen zu versehen, um auch die Klarheit herzustellen, woher das kommt. Das würde ich gerne als Konsens beibehalten und trotzdem auch das „derzeit“ in eckigen Klammern erhalten.

Bei dem „maximal“ - -

Vorsitzender Michael Sailer: Das ist ja das gleiche wie das „längstens“.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, ja, das ist das gleiche wie das „längstens“; das habe ich auch verstanden. Nur hier hätte ich - -Okay, ich ziehe alles zurück, es wird so gemacht, wie es im Originaltext steht. - Herr Backmann.

Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann (Schleswig-Holstein): Aus meiner Sicht ist das „maximal“ nicht das gleiche wie das „längstens“. Wenn das „längstens“ da richtig ist, dann passt trotzdem das „maximal“ nicht. Dann muss entweder nichts

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

hin, oder es muss „minimal“ hin; nur dann passt es zueinander. Wenn wir sagen, wir nehmen maximal 100 Jahre für die Einlagerungsphase an, dann brauchen wir den Nachweis über die Stabilität trotzdem für mindestens diese 100 Jahre; also über den gesamten Einlagerungszeitraum. Das heißt, das „maximal“ passt an dieser Stelle auf keinen Fall.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das ist der Punkt; er ist irgendwie berechtigt. Das ist einfach in einer Weise missverständlich, die der Intention genau zuwiderläuft.

(Dr. Detlef Appel: Aber man kann gut darüber diskutieren!)

Gibt es da einen Formulierungsvorschlag?

(Dr. Detlef Appel: Streichen!)

- Streichen, genau, danke; das ist das Einfachste. Gut, dann haben wir das.

Gibt es weitere Punkte? - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ja, mich quält so ein bisschen folgender Satz:

Die Behälter entsprechen
idealerweise in ihrer Qualität dem
Zeitpunkt der Einlagerung.

Dieser Satz ist aus meiner Sicht für einen Ingenieur ganz schwer zu ertragen.

(Zuruf: Wo steht das? - Gegenruf: Seite 3, Zeile 40!)

- Ich habe eine andere Zeilennummerierung, ich habe wahrscheinlich die PDF-Version hier; insofern kann ich - - Der Satz ist im dritten Absatz. 6.7.4, wir fangen an mit dem Absatz, den wir eben durchgesprochen haben, wo wir das „derzeit“ in eckigen Klammern haben. Danach

kommt: „Im Falle der Rückholung ...“ Dann geht es weiter mit dem nächsten Satz:

Die Behälter entsprechen
idealerweise in ihrer Qualität dem
Zeitpunkt der Einlagerung.

So steht er hier bei mir.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Der ist auch für Philosophen schwer erträglich.

(Heiterkeit)

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Also, ich muss sagen, ich bin auch der Meinung, der hilft uns gar nicht. Insofern hätte ich ihn an dieser Stelle gerne gestrichen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Der Vorschlag der Streichung des Satzes liegt auf dem Tisch. Sind Sie einverstanden? - Ja, dann wir dieser Satz gestrichen.

Vorsitzender Michael Sailer: Das sind dann zwei Sätze, der steht doppelt da.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Noch weitere Bemerkungen in 6.7.4? Wir würden auch nicht weiter gehen als 6.7.4. Ich begrüße Herrn Professor Sträter, der schon für unseren nächsten Tagesordnungspunkt eine ganze Weile hier ist und die Sorgfalt mitbekommt, mit der wir hier Worte betrachten. Ich würde gern noch das Kapitel 6.7.4 in diesem Modus vorläufig für heute abschließen. Danach machen wir eine kurze Steh-auf-Pause, um auf andere Gedanken zu kommen, und danach starten wir mit dem Punkt, für den Herr Sträter gekommen ist. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich bin jetzt in dem Satz, der mit den Worten „Im Hinblick auf die Behälteranforderungen ...“ beginnt. Da gibt es einen Einschub in eckigen Klammern. Ich gehe davon aus, dass er erst einmal auch so in eckigen Klammern stehen bleibt. Der Einschub lautet:

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

„das Behälterdesign festzulegen. Dabei ist zu berücksichtigen ...“ Ist das bei Ihnen auch so? - Ja. Das würden wir auch erst einmal so stehenlassen? - Okay.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Es bleibt alles so stehen, außer wir beschließen heute explizite Änderungen.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Okay, dann gehe ich in den nachfolgenden Absatz, den wir schon einmal angesprochen haben, der mit den Worten „Von der Rückholung von Abfallbehältern“ beginnt. Da steht jetzt wieder ein „bislang“ drin. Ich glaube, das „bislang“ hat den gleichen Charakter wie das „derzeit“, das wir vorhin diskutiert haben. Insofern würde ich es wieder in eckige Klammern setzen wollen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, das ist konsistent.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Dann kommt ein neuer Satz:

Bei einer Bergung ist davon auszugehen, dass die Einlagerungstechnologie nicht mehr vorhanden ist. Diese Definition sollte hinterfragt werden. Bergung ist eine Form der Fehlerkorrektur, die der Notwendigkeit ...

Das, muss ich sagen, verstehe ich momentan noch nicht, was das jetzt an dieser Stelle soll. Ich meine, dass könnte man fast mit dem erschlagen, was wir vorhin diskutiert haben, wo wir gesagt haben, wir beziehen uns einmal auf die Definition der Sicherheitsanforderungen; denn hier wird ja im Grunde genommen mehr oder weniger das infrage gestellt, was dort aufgeschrieben steht.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das ist auch irgendwie - - Ich meine, das ja ist ein Kapitel über Behältertechnologie.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Deswegen verstehe ich das auch nicht.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich würde auch wenn es ein Kapitel über Behältertechnologie ist - - Das andere hat ein bisschen damit zu tun; aber es ist massiv overdone, was da steht. Also, ich würde den Vorschlag machen, in diesem Absatz den dritten Satz wie folgt zu fassen:

Bei einer Bergung ist davon auszugehen, dass die Einlagerungstechnologie nicht mehr betriebsfähig vorhanden ist.

Dann sollte man die nächsten Sätze streichen und erst mit dem letzten Satz weiter machen:

Daher müssen das Know-how, die Bergungstechnik und das Wissen über die Abfälle verfügbar gehalten werden.

Die Grundabsicht, dass man davon Ahnung hat und das nicht neu erfinden muss, besteht ja ganz zentral; sie ist mit dem letzten Satz schon ausgedrückt. Daher können wir den Rest zwischendrin herausstreichen.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: „Daher müssen das Know-how“ - Haken! -, die Bergungstechnik - Fragezeichen -; denn das könnte bedeuten - -

(Zuruf: Das Konzept der Bergungstechnik!)

- Das Konzept der Bergungstechnik, das ist für mich okay, aber nicht die Bergungstechnik selber.

Vorsitzender Michael Sailer: Ja.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Genau, das Konzept, sodass man wieder eine implementieren kann, ja, das Konzept. Danke. - Herr Trautmannsheimer.

Dr. Markus Trautmannsheimer (Bayern): Ich hatte eine ähnliche Kritik. Dieser Satz ist schwer verständlich, und den Vorschlag, den Herr Sailer zusammen mit Herrn Fischer jetzt gemacht hat, kann ich absolut mittragen; das ist, glaube ich, eine sehr gute Lösung.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke schön. - Herr Pick.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Vielleicht zur Erleuchtung - die Betonung liegt auf „vielleicht“ -: Der Gedanke dabei ist, dass wir ein Verfahren haben, das einer gewissen Fehlerkorrektur zugänglich sein muss. Das heißt, wenn ich eine Bergung einplane oder zumindest in Betracht ziehe, dann muss ich mir auch darüber Gedanken machen, wie ich das denn bewerkstelligen kann. Wenn wir darüber reden, dass die Einlagerungstechnologie nicht mehr vorhanden ist, dann muss zumindest diskutiert werden, ob Bergungskonzepte ausreichen oder ob Bergungstechnik da sein muss; denn wenn ich den Fehler korrigieren muss und feststelle, dass aus dem Bergungskonzept keine Bergungstechnik zu entwickeln ist, dann stehe ich ziemlich dumm da.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Also, erst einmal ist Bergung grundsätzlich technisch etwas anderes als die Rückholung. Es hat zwar die gleiche Wirkung, ist aber grundsätzlich etwas anderes, weil bei der Rückholung ein Behälter, der an einer bestimmten Stelle liegt rückwärts ins Bergwerk hinein wieder abgewickelt wird. Also geht das mit der Einlagerungstechnologie. Die Bergung geht ausdrücklich davon aus, dass ich auf einem anderen Weg nach unten marschiere. Deswegen brauche ich eigentlich schon bei der

Betriebsgenehmigung des Endlagers ein Konzept für die Bergung, und ich brauche auch schon früher - das haben wir hier ein paar Mal diskutiert - diese zusätzlichen Flächen, die geologisch so sicher in Ordnung sind, dass ich da für die Bergung auch ein Bergwerk errichten kann; das hatten wir vor einem halben Jahr diskutiert.

Deswegen ist die Anforderung nicht genauso, Herr Pick, wie Sie es gesagt haben, sondern die Anforderung ist, dass immer ein Konzept für die Bergung da sein muss. Das, was Sie jetzt am Schluss philosophiert haben, ist immer die Frage zwischen Technikern und Juristen und sonst welchen Leuten, was der notwendige Detaillierungsgrad ist, wenn etwas Konzept heißt, und was der notwendige Detaillierungsgrad ist, wenn es Technik heißt. Ich habe Herrn Fischer so verstanden, dass er davon ausgeht, dass er die Bergungsmaschinen nicht betriebsfähig vorzuhalten brauche. Ich muss aber in einem für Verwaltungsbeamte in einem Genehmigungsverfahren prüffähigen Konzept darstellen, wie die Bergungstechnik geht. Da kann man sich - -

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Streiten!

Vorsitzender Michael Sailer: Da kann man sich streiten; aber ich würde immer darauf bestehen, dass es aufgeschrieben wird, wie es geht. Ob die Leute in 300 Jahren es so machen, ist eine andere Frage, aber ich muss mindestens eine Möglichkeit prüffähig dargestellt haben, mit der das geht. Eine andere Vorgehensweise würde gar nicht funktionieren. Eine konkrete Bergungstechnik ist an dieser Stelle einfach Quatsch, weil das heißen würde, ich muss dann ein Bergungsbergwerk nach unten machen, ich muss Greifermaschinen bauen, mit denen ich vielleicht Behälter einsammele. Das fordern Sie bei keiner anderen Geschichte, und es ist auch Quatsch, weil die Leute in 300 Jahren, falls sie bergen wollen, die Maschine sowieso nicht nehmen, sondern sie höchstens ins niedersächsische Landesmuseum stellen.

(Lachen der Abg. Ute Vogt)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:

Technik vorzuhalten über lange Zeiträume wäre in der Tat etwas sehr Ungewöhnliches. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Sie sind sehr weit gegangen, Herr Sailer, in dem, wie Sie die Anforderungen, sage ich mal in Anführungszeichen, beschrieben haben. So weit gehen die BMU-Sicherheitsanforderungen bei weitem nicht. Die BMU-Sicherheitsanforderungen sagen, wir stellen Anforderungen an die Behälter, that's it. Natürlich, wenn ich Anforderungen an die Behälter stelle, habe ich als Ingenieur im Hinterkopf eine Idee, wie ich sie heraushole, keine Frage, dafür habe ich auch ein Konzept. Aber ich könnte nicht mitgehen, dass wir heute hier sagen, die Anforderungen an die Bergbarkeit beinhalten ein genehmigungsfähiges Konzept für die Bergung; das ist so momentan nirgends gefordert.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Als jemand, der die letzten 15 Jahre bei vielen technischen Regeln mit geschrieben und mit diskutiert hat, gehe ich a) davon aus, wie ich es vorhin schon einmal gesagt habe, dass bei der Bergbarkeit genau zwei Zeilen in den BMU-Sicherheitsanforderungen stehen, sodass das b) untersetzt werden muss. Ich glaube auch, wenn ich mit zu diskutieren habe, egal, an welcher Stelle, dann wird es so ähnlich untersetzt, dass da ein prüffähiges Konzept drin steht. Ein prüffähiges Konzept sind dann für mich 50 oder 100 Seiten Beschreibung des Prozesses und die Darlegung der Machbarkeit, und dann ist es auch gut; aber das würde ich schon verlangen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Nun sind wir hier jetzt nicht gefordert, das festzulegen, was in 50, oder 80 oder 100 Jahren

einmal vielleicht von einem zukünftigen Bundestag oder einer Behörde entsprechend vorgeschrieben wird.

Herr Pick, gibt Ihnen die Diskussion jetzt die Möglichkeit, mit dem Satz, dass das Konzept für Bergung vorhanden sein muss, einverstanden zu sein, braucht dieser Satz eine eckige Klammer?

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Grundsätzlich muss ich hier mit eckigen Klammern arbeiten; aber das heißt nicht, dass das bis zur nächsten Sitzung nicht aufgelöst werden kann.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke schön, das ist eine salomonische Aussage.

Gut, gibt es weitere Punkte bis zum Ende von 6.7.4? - Das ist nicht der Fall.

(Dr. h. c. Bernhard Fischer: Geben Sie mir noch eine Sekunde!)

Ja, die Sekunde ist auch schon um, Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ach, so 6.7.4 endet da, Entschuldigung, alles klar, prima, wunderbar, dann bin ich auch am Ende damit.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Gut, herzlichen Dank, da sind wir doch ein ganzes Stück weitergekommen. Wir halten an dieser Stelle die Beratung zu dem Behälterkapitel an, machen eine kurze, wirklich nur eine kurze Pause. - Ach, Herr Trautmannsheimer, Entschuldigung.

Dr. Markus Trautmannsheimer (Bayern): Wieder PDF Seite 4, Zeile 16: „... für den Zeitraum der Bergbarkeit (500 Jahre plus x)“ Das kann nicht bleiben, oder?

Vorsitzender Michael Sailer: Das ist aus meiner Sicht die gleiche Diskussion, die wir bei

„längstens“ hatten. Das gehört in die Sicherheitsanforderungen ohne plus x. wenn der Herr Pick nicht anders kann, kriegt das „plus x“ eckige Klammern.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Ich habe es ja schon gesagt, eckige Klammern.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Machen wir; wir haben noch ein paar vorrätig.

(Heiterkeit)

Gut, herzlichen Dank, jetzt die kleine Pause, aber wirklich nur, um den Kopf zu lüften und ihn für ein ganz anderes Thema freizumachen. Viertel nach zwölf geht es hier mit dem Punkt Selbsthinterfragendes System und Herrn Professor Sträter weiter. - Bis gleich!

(Kurze Unterbrechung)

Die kleine Pause nähert sich dem Ende. Ich würde Sie bitten, zu ihren Plätzen zu gehen; wir fangen gleich mit dem nächsten Tagesordnungspunkt an.

Welcome again! Wir fahren jetzt mit der Sitzung fort. Ich kann Ihnen als Trost versprechen: Nach diesem Tagesordnungspunkt wird es eine etwas längere Pause geben. - Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 6
Anhörung „Arbeits- und Organisationspsychologie“ für den Zweck der Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle
Prof. Dr. phil. habil. Oliver Sträter, Universität Kassel

Ich freue mich sehr, dass Herr Professor Sträter sich bereiterklärt hat, uns heute zu unterstützen. Das Thema heißt „Selbsthinterfragende Systeme“. Wir haben hier vor etwa anderthalb Jahren angefangen, uns mit diesem Thema zu befassen.

Es geht, grob gesagt, darum: Wie kann man es schaffen, über lange Zeiträume hinweg ein solches System wachzuhalten? Wie kann man verhindern, dass ein System bzw. die Menschen, die das System tragen, dann träge werden, dass sie betriebsblind werden, dass vielleicht gar eine Situation einkehrt, in der eine Krähe der anderen kein Auge aushackt und deswegen vielleicht bestimmte Fehler oder Fehlentwicklungen nicht erkannt werden? Wie kann man also ein Überwachungssystem so stabil halten, dass es sich selbst immer wieder hinterfragt und nicht bequem wird? Da brauchen wir die Psychologie. - Herr Sträter, schön, dass Sie da sind, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Oliver Sträter: Herr Grunwald, ganz herzlichen Dank für die einleitenden Worte.

Meine Damen und Herren, auch von meiner Seite einen herzlichen Dank, dass ich die Gelegenheit habe, zu dem genannten Thema ein paar Gedanken mit Ihnen zu teilen. Bezogen auf die Diskussion, habe ich ein paar grundlegende Folien vorbereitet, und ich freue mich auf die Diskussion, die danach kommt.

Vielleicht einige Punkte zu meiner Person: Ich bin im Fachbereich Maschinenbau in Kassel - das ist für die Ingenieure, die hier am Tisch sitzen, vielleicht ganz interessant -, aber wir sind Arbeits- und Organisationspsychologen. Wir beschäftigen uns also mit dem Menschen in

technischen Systemen in allen Belangen, ob es persönliche, individuelle Belastungen sind, organisatorische Belange oder eben auch sicherheitstechnische Belange.

Vom Hintergrund her komme ich aus der Kerntechnik. Ich habe also an der TU München in der Kerntechnik promoviert, bin dann aber auch in der europäischen Flugsicherung gewesen und habe mich dort um die Sicherheitsfragen bei der Vereinheitlichung des europäischen Luftraums gekümmert, und bin jetzt seit acht Jahren in Kassel als Professor tätig.

Viele Diskussionen, die ich jetzt vor der kleinen Pause mitbekommen habe, haben mich ein bisschen an die Zeit in Brüssel erinnert; denn auch dort war ich dafür zuständig, unterschiedliche Perspektiven zusammenzubringen, und das hat auch mit dem Thema der Selbsthinterfragung zu tun. Deshalb erlauben Sie mir, auch wenn wir hier eigentlich eine technische Aufgabe haben, doch ein kleines psychologisches Experiment zu Beginn.

Wenn Sie auf die nächste Folie gehen, kommen Sie zu einem ganz berühmten psychologischen Experiment. Das sind die sogenannten Kippbilder. Wenn ich Sie jetzt also frage, was Sie dort auf dem Bild sehen, dann gibt es zwei Möglichkeiten, etwas zu sehen. Das eine ist ein Totenkopf, und das andere ist eine Frau im Spiegel, wobei dann die linke Augenhöhle sozusagen zum Hinterkopf der Frau wird und die rechte Augenhöhle zum Spiegelbild der Frau im Spiegel.

Das ist also ein ganz klassisches psychologisches Experiment. Wer von Ihnen schafft es, beide Bilder zu sehen? - Ich denke, jeder schafft es so. Jetzt kommt die alles entscheidende Frage: Wer von Ihnen schafft es, beide Bilder gleichzeitig zu sehen? - Wirklich gleichzeitig, wirklich zur selben Zeit, im selben Wahrnehmungsakt? - Sie erkennen schon an der Frage: Es wird Ihnen wahrscheinlich nicht gelingen. Was Ihnen gelingen wird, ist Folgendes: Sie können relativ

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

schnell umschalten. Aber es wird Ihnen nie gelingen, beides gleichzeitig zu sehen.

Das ist in der Psychologie ein ganz wesentlicher Aspekt, den wir - wenn Sie einfach einmal weiterklicken - mit zwei Wahrnehmungsrichtungen bezeichnen. Wir haben also die sogenannte wahrnehmungsgetriebene und die konzeptgetriebene Informationsverarbeitung.

Wenn wir uns also dieses Bild anschauen und den Totenkopf sozusagen als Konzept haben, um dieses Bild anzuschauen, dann interpretieren wir auch unterschiedliche Informationen, die auf dem Bild sind, um: Die Frau wird auf einmal eine Höhle, die Nasenhöhle wird als Nasenhöhle erkannt. Wenn Sie das Bild der Frau im Spiegel haben, wird das vielleicht als Nachttischlampe oder Segelschiffchen erkannt, und die klapprigen Zähne wechseln von klapprigen Zähnen zu Parfümfläschchen, und dies nicht dadurch, dass sich die Sachinformation ändert, sondern dadurch, dass Sie konzeptgetrieben eine andere Sichtweise auf diese Sache haben.

Nun hat jeder von uns natürlich eine festgelegte Sichtweise. Es ist das Problem des Hinterfragens, dass ich persönlich, wenn ich den Totenkopf sehe, mich natürlich nicht permanent hinterfrage, ob das Bild des Totenkopfs das richtige Bild ist oder ob das Frau-im-Spiegel-Bild das richtige ist. So werden auch die Informationen unterschiedlich interpretiert, und daraus entstehen - Sie sehen das, wenn Sie weiterklicken - eigentlich die Kernprobleme des Hinterfragens.

Wenn ich also ein bestimmtes Konzept in meinem Kopf habe, dann habe ich hier natürlich eine gewisse Be- oder Abwertung, die meine eigenen Sichtweisen im rechten Licht erscheinen lässt. Das heißt, es ist naturgemäß, dass ich, wenn ich ein bestimmtes Konzept im Kopf habe, Dinge, die davon abweichen, auch be- bzw. abwerte, und das ist für das Problem des Hinterfragens ganz essenziell.

Die zweite Sache, die sich daraus ergibt, ist, dass ich natürlich auch, wenn ich ein bestimmtes Konzept habe, bestimmte Informationen weglasse, weil sie gerade nicht in mein Konzept, in mein Bild hineinpassen, und dass ich dadurch natürlich auch nicht mehr erkenne, welche zukünftigen Erfordernisse ich habe.

Das ist ein grundlegender psychologischer Aspekt - er gilt für uns alle, egal, auf welcher Ebene wir arbeiten -, und dies führt natürlich dazu, dass, bezogen auf das Hinterfragen, bestimmte Dinge nicht funktionieren bzw. wir auch immer wieder in unterschiedliche Probleme hineingeraten.

Einige dieser Probleme hatte ich auch im Vorab für dieses Treffen in dem Living Paper zur Überprüfbarkeit der getroffenen Entscheidungen und Fehlerkorrekturen hier einmal herausgeschrieben, also das Weglassen von Informationen, die nicht ins eigene Bild passen, negative Bewertung anderer Meinungen oder eben diese Wagenburgmentalität, dass ich keine Alternativen in mein Denken hineinlasse. Das sind die klassischen Auswirkungen des Mechanismus, den wir uns gerade angeschaut haben.

Vergegenwärtigt man sich diesen Mechanismus, so sprechen wir in der Fehlerforschung davon, dass er auf unterschiedlichen Arbeitsebenen eine Rolle spielt. Sie sehen hier eine klassische Unterteilung, das berühmte Schweizer-Käse-Modell, das Herr Reason aufgestellt hat und das Frau Leveson und Herr Hollnagel weiterentwickelt haben.

Wir sagen einfach: Was ist denn eigentlich das System, das ich hinterfragen muss? Dieses System ist in der Fehlerforschung relativ weit gefasst. Es geht von der sogenannten Ausführungsebene - das sind all die Personen und Personengruppen, die tatsächlich in dem technischen System agieren - bis hin zur gesellschaftlichen regelgebenden Ebene, und dazwischen befinden sich die unterschiedlichen

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Ebenen: Organisationsebene, Management- und Instandhaltungsebene. Das alles wären also Dinge, die im Betrieb eines Systems von Belang sind. Die Dinge, die auf den Betrieb eines Systems Auswirkungen haben, sind insbesondere die interorganisationale Ebene, die Systemauslegung und die gesellschaftliche und regelgebende Ebene.

Wenn wir also von solchen Hinterfragungen, von Hinterfragungsmechanismen, -systemen sprechen, dann geht es eigentlich darum, dass man sich auf all diesen Ebenen überlegen muss: Wie kann ich denn hier ein hinterfragendes System etablieren, und wie kann ich es auch sozusagen realisieren? Das ist also ein Aspekt der Problemraum.

Wenn Sie weiterklicken, sehen Sie: Der zweite Aspekt ist der Aspekt der Langfristigkeit mangelnden Hinterfragens. Dazu gibt es auch ein sehr bekanntes Konzept in der Fehlerforschung, das wir „Drift into Failure“ nennen. Es stammt von einem Fehlerforscher, David Woods, und darin ist einmal zusammengefasst worden: Was sind denn, wenn man sich Ereignisse unterschiedlicher Art anschaut, Großereignisse technischer Art, also Fukushima oder Tschernobyl im kerntechnischen Bereich, aber eben auch in der Öl- oder Gasindustrie oder eben im Luftfahrtbereich, typische Fehler?

Es gibt gewisse Systematiken, die ein solches hinterfragendes System abfangen muss, und auch diese Systematiken sind wieder auf den unterschiedlichen Arbeitsebenen zu finden. Es fängt eigentlich immer mit der Degradierung von Sicherheitsfunktionen zugunsten von irgendwelchen alternativen Zielen an. Das heißt also, dass sich in irgendeiner Form die Gesellschaft oder eine Organisation entschieden hat, Sicherheitsfunktionen nicht mehr so intensiv durchzuführen, wie es vielleicht am Anfang einmal war, und sich dort dann zugunsten von Produktivität oder anderen Aspekten dafür entscheidet, bestimmte Dinge nicht mehr so zu machen, wie sie es üblicherweise gemacht hat.

Ein ganz berühmtes Beispiel hierfür ist der Unfall von BP im Golf von Mexiko, wo eben tatsächlich Sicherheitsfunktionen aufgrund von wirtschaftlichen Zielstellungen degradiert wurden. - Das ist also ein erster Aspekt, der hinterfragt werden muss.

Der zweite Aspekt ist, dass man sich üblicherweise auf getroffenen Entscheidungen oder Erfolgsgeschichten ausruht, statt dort dann entsprechend nachteilige Entwicklungen zu antizipieren. Das wäre also aus meiner Sicht ein auch für Ihren Kreis sehr wichtiger Aspekt. Denn egal, wie Sie sich dann letztendlich entscheiden - Sie werden sich ja in irgendeine Richtung entscheiden -, ist damit aber im Sinne der Fehlerforschung die Sache noch nicht erledigt - man sollte das Problem also nicht ad acta legen -; sondern erst dann fängt eigentlich die Hinterfragung an, sodass ich mir überlege: Bin ich eigentlich auf dem richtigen Weg? Wann muss ich hier bestimmte Modifikationen vornehmen?

Der dritte Punkt, den Herr Woods herausgearbeitet hat, ist auch ein sehr kritischer, der sehr oft erst sehr spät realisiert wird. Er liegt darin, dass man, wenn man einen solchen Entscheidungspfad eingeschlagen hat, keine Überprüfung dieses Entscheidungspfades mehr vornimmt und trotz bereits eindeutiger Hinweise nicht rechtzeitig agiert, also nicht rechtzeitig auf das Problem reagiert, es sozusagen nicht mehr systematisch überwacht und dementsprechend auch keine Handlungsoptionen entwickelt oder sie zu spät entwickelt.

In den Spätphasen eines Ereignisses ist dann üblicherweise zudem die mangelnde Koordination zwischen den entsprechenden Stellen oder das Denken in starren Strukturen zu verzeichnen.

Wenn Sie sich dieses „Drifting to fail“ anschauen, so sehen Sie: Das sind sehr langfristige Aspekte. Das heißt, wir sprechen hier eher von Zeiträumen von Dekaden. Eine

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

politische oder wirtschaftliche Entscheidung wirkt sich also nicht direkt, sondern üblicherweise erst nach Dekaden auf der Arbeitsebene aus.

Ein bekanntes Beispiel - es wird ja niemand, glaube ich, hier sein, der davon betroffen ist - ist „Dieselgate“. Die ersten Entscheidungen in diese Richtung sind also vor über zehn Jahren oder sogar noch früher getroffen worden. Dieser Mechanismus ist eigentlich derjenige, den ein hinterfragendes System abfangen muss.

Wenn Sie jetzt wieder weitergehen, kommen wir zu der Frage: Wie kann man das abfangen, oder wie sollte ein solches System gestaltet sein? Auch dafür gibt es heutzutage gesicherte Standards. Man unterscheidet hier - bezogen auf die Art, wie ein System agieren sollte - zwischen im schlechtesten Fall pathologischen Systemen und im besten Fall generativen Systemen. Das hat Herr Reason, den wir eben schon kennengelernt haben, hier einmal zusammengefasst. Dazwischen gibt es unterschiedliche Reifegrade von reaktivem, berechnendem und proaktivem Agieren.

Ziel eines hinterfragenden Systems sollte sein, ein generatives System zu sein, also nicht in irgendeiner Form durch feste, starre Strukturen zu agieren, sondern wirklich dieses Hinterfragen, das Faktum der Gewährleistung der Sicherheit, hier sozusagen zum Kern des Business, zum Kern des Betriebes zu machen, um entsprechend erfolgreich zu sein und nicht in irgendwelche Probleme hineinzugeraten.

Viele Systeme sind pathologisch organisiert, und in solchen Fällen gehen wir aus Sicht der Fehlerforschung davon aus, dass man innerhalb von wenigen Jahrzehnten, früher oder später, in Probleme hineingerät.

Für diese unterschiedlichen Reifegradstufen gibt es entsprechende Monitoring-Verfahren. Man kann hier also regelmäßig den Zustand einer Organisation oder eines Gesamtsystems, bezogen

auf diese Reifegrade, untersuchen. Das wird auch in einigen Organisationen gemacht, beispielsweise im Luftfahrtbereich, aber eben sehr häufig auch bei Industrieunternehmen, dass man hier systematisch regelmäßig ein Monitoring anlegt, um herauszufinden, auf welcher Ebene man eigentlich in seinem System ist. Es gibt dafür auch noch Detailindikatoren, die ich an dieser Stelle aber noch nicht nennen möchte.

Gehen wir jetzt weiter: Was also sind die prinzipiellen Aspekte eines selbsthinterfragenden Systems? Wenn wir uns wieder dieses Schweizer-Käse-Modell anschauen und uns vergegenwärtigen, dass auf allen diesen Ebenen natürlich unterschiedliche Personen agieren, und uns hier noch einmal die Informationspfade zwischen den Ebenen vergegenwärtigen, dann gibt es insgesamt vier Aspekte, die wir, bezogen auf die Gestaltung eines hinterfragenden Systems, unterscheiden können.

Diese vier Aspekte sind zunächst einmal die auf die in dem System agierenden Personen selbst bezogenen Aspekte. Das sind also die individuellen kognitiven Aspekte. Hierzu gibt es die Möglichkeit, entsprechende Trainings zu machen, auch bezogen auf die Personen, wie limitiert die menschliche Informationsverarbeitung in einigen Situationen ist.

Der zweite Aspekt wären die organisatorischen Aspekte: Wie sind die Prozesse, die Abläufe zwischen diesen Ebenen? Dann gibt es immer noch den Aspekt der rechtlichen Ebene - welche rechtlichen Rahmenbedingungen muss das System erfüllen -, und außerdem von der kybernetischen Seite her, welche systemischen Aspekte dahinterstecken.

Das sind also vier Aspekte, die insgesamt selbsthinterfragende Systeme haben können. Je nachdem, in welcher Ebene Sie sind, gibt es dann unterschiedliche Methoden, hier heranzugehen. Ich habe hier einmal einige Beispiele aufgeführt.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Bezogen auf das Individuum, ist dies beispielsweise Workload Management, dass man also die Personen schult, bezogen auf ihre Selbsthinterfragung.

Bezogen auf die Organisation, ist das wohl bekannteste das sogenannte Crew Resource Management. Es stammt aus der Luftfahrt und wird insbesondere für Piloten genutzt, um deren Teamverhalten sicherzustellen.

Auf der systemischen Ebene haben wir die sogenannte Resilienz, aber eben auch das sogenannte Threat and Error Management. Das sind Verfahren, die ein auf die Systemgestaltung bezogenes Monitoring erlauben, und bezogen auf die Systemgestaltung gibt es das sogenannte Safety Scanning, das hier zur Entscheidungsfindung dienen kann.

Ich möchte im Folgenden nicht auf alle diese Verfahren eingehen, weil dies den Rahmen sprengen würde, sondern dieses Safety Scanning etwas beleuchten, weil es meines Erachtens mit der Problematik, die Sie hier haben, sehr eng zusammenhängt, und weil es ein Verfahren ist, das ich auch im Rahmen der europäischen Flugsicherung eigentlich federführend mit entwickelt habe, um eine Entscheidungsfindung, bezogen auf unterschiedliche Aspekte, zu gewährleisten und hier einen Konsens bzw. eine Systematik zu haben, wie man mit solchen Entscheidungssituationen umgehen kann.

Wenn wir uns die Situation einmal vergegenwärtigen, so nehmen wir derzeit, auch wenn in Brüssel gestern etwas anderes passiert ist, im Rahmen der europäischen Flugsicherung eine Harmonisierung des europäischen Luftraums vor; dabei sollen die Ländergrenzen im Luftbereich de facto fallen. Das hat natürlich vielfältige Auswirkungen auf die unterschiedlichen Betreiberorganisationen und die verschiedenen Mitgliedstaaten.

Die Frage ist: Wie kann man ein solches System sicher gestalten? Wenn Sie ein derartiges System

sicher gestalten wollen, dann haben Sie genauso, wie Sie das für die Endlageraspekte haben, natürlich konfligierende Ziele mit unterschiedlichen Akteuren, und diese Akteure müssen in irgendeiner Form zu einem gemeinsamen Ansatz kommen, wie hier bezogen auf die Vereinheitlichung des europäischen Luftraums vorgegangen werden soll.

Hierbei gibt es unterschiedliche Zielkonflikte komplexer Art, und die Frage ist: Wie kann man, jetzt bezogen auf solche unterschiedlichen Zielkonflikte, vorgehen? Diese Zielkonflikte sind eigentlich nicht sehr viel anders als diejenigen, die Sie wahrscheinlich diskutieren werden. Zunächst einmal haben wir natürlich eine politische Ebene, die in irgendeiner Form eine Zielsetzung gewährleistet. Zudem haben Sie in dem System immer die unterschiedlichen Arbeitsebenen: die Betreiber, die Infrastruktur, diejenigen, die das System ausstatten, und natürlich auch die Aufsichtsbehörden und Ähnliches.

Alle diese unterschiedlichen Akteure haben natürlich unterschiedliche Zielstellungen, Sicherheitsanforderungen, ökonomische Anforderungen, Nachhaltigkeitsanforderungen, und dadurch entsteht selbstverständlich ein komplexer Problemraum, in dem wir eine Lösung finden müssen, weil diese unterschiedlichen Akteure selbstverständlich auch unterschiedliche Vorstellungen haben, was der richtige Weg für die Entwicklung einer Lösung ist.

Wie sind wir, bezogen auf diesen Punkt, vorgegangen? Zunächst einmal ist das Wichtigste, bezogen auf das hinterfragende System zu gewährleisten, dass alle Informationen systematisch gesammelt werden, einen Prozess zu haben, in dem das Wissen offen geteilt werden kann, in dem man auch offen über gegenseitige Bedenken diskutieren kann und in dem man, bezogen auf die unterschiedlichen Konflikte, auch eine Plattform hat, auf der man diese interorganisationalen Konflikte lösen kann und

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

dann eben auch eine Idee hat, wie es in der Entwicklung weitergehen kann.

Die Grundidee dieses Safety Scanning ist deshalb, die unterschiedlichen Akteure systematisch und moderiert in einen Prozess zu involvieren und ein entsprechendes Safety Monitoring durchzuführen, und dies nicht nur in der Anfangsphase einer Konzeptentwicklung, sondern sozusagen kontinuierlich bis hin zur Produkterstellung, also in Ihrem Fall, bis dann die Lösung gefunden worden ist.

Wie arbeitet dieses Safety-Monitoring-Verfahren, das wir dort für Europa entwickelt haben? Es basiert zunächst einmal auf der Definition von sogenannten Safety Fundamentals, also fundamentalen Anforderungen.

Ich habe in der Pause auch schon einmal vorne bei Ihnen ein bisschen quergelesen: Sie haben eigentlich schon sehr viele fundamentale Anforderungen diskutiert. Ich glaube auch, dass es sehr viele fundamentale Anforderungen gibt, die als Anforderung unstrittig sind, aber eben die Lösung vielleicht noch nicht so ganz eindeutig ist, in welche Richtung es gehen soll.

Der zweite Punkt, der in dem Verfahren vorgesehen ist, besteht darin, dass man die Stakeholder identifiziert und involviert. Es ist ebenfalls ein ganz wichtiges Element dieses Verfahrens, dass alle Stakeholder, die in irgendeiner Form von der Entscheidung betroffen sind, hier systematisch einbezogen werden und dass man dann ein gemeinsames Safety Scanning durchführt, also sozusagen die unterschiedlichen Meinungen der Stakeholder systematisch an den Fundamentals spiegelt, und zwar so, dass hier systematisch die Informationen gesammelt und auseinandergesetzt werden. Daraus entsteht ein Report, der dann zur Planung genutzt werden kann und für die nächsten Schritte zur Verfügung steht.

Stellt man im Ergebnis der Untersuchung fest, dass man den Rahmen der Stakeholder zu kurz

gegriffen hat, so sieht das Verfahren vor, systematisch die Stakeholder zu erweitern, sodass man anschließend wirklich eine Systematik hat, alle, die hieran beteiligt werden müssen, entsprechend einzubeziehen. Das ganze Verfahren läuft allerdings strukturiert ab; es ist also eine strukturierte, moderierte Diskussion.

Wenn wir uns den nächsten Schritt anschauen, so unterteilt sich dieses Verfahren, bezogen auf die Safety Fundamentals, ganz ähnlich dem, wie die grundlegenden Anforderungen für das hinterfragende System sind. In dem Verfahren wird also Folgendes permanent hinterfragt: Wie sieht es mit dem legalen System aus, mit den Regulations und mit den Standards? Passen sie noch zu dem Verfahren?

Ich weiß nicht, inwieweit das hier schon diskutiert worden ist. Wenn Sie über Zeiträume von 100 und 500 Jahren sprechen, wird sich auch das Rechtssystem etwas ändern, vermute ich. Es hat sich ja auch in den letzten 500 Jahren etwas geändert; das wird also hier auch der Fall sein. Das wäre also ein Punkt, der hier berücksichtigt ist. Dann folgt das Safety Management, allerdings über den gesamten Systembetrachtungsraum hinweg, also auch bis zur regulatorischen Ebene, und dann bezogen auf die betrieblichen und auch auf die architektonischen Sicherheitsaspekte, die zu berücksichtigen sind. - Ich möchte auf diese Details nicht zu sehr eingehen; darauf können wir vielleicht in der Diskussion zu sprechen kommen. Dieses Verfahren haben wir sehr intensiv bei der Europäisierung des Luftraums genutzt.

Eine Sache, die Ihnen wahrscheinlich aus den Medien bekannt ist, ist Galileo, das europäische Alternativsystem zu dem GPS-System der Amerikaner. Das Galileo-System hat vor einigen Jahren sehr heftig gestockt. Es gab dort große Probleme, das europäische System weiterzutreiben, und wir haben dort mit dem Safety Scanning den gordischen Knoten gelöst und die unterschiedlichen Interessensvertreter bzw. Parteien wieder so zusammengebracht, dass

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Europa weiter an Galileo arbeiten kann. Auch andere Konzepte, die hierzu im Rahmen der europäischen Luftraumgestaltung relevant sind, wurden mit diesem Verfahren erarbeitet.

Sie sehen, wie es aussieht: Es ist eigentlich ein moderiertes Verfahren. Sie sehen auf der Abbildung rechts unten, wie das Verfahren in den Niederlanden einmal vom dortigen Verkehrsministerium angewendet worden ist, wobei es darum ging, dass der Flugraum in den Niederlanden, der relativ klein ist, aber auch militärisch relativ intensiv genutzt wird, optimiert werden sollte. Deshalb waren hier militärische und zivile Luftfahrtakteure involviert.

Sie können sich natürlich vorstellen, dass es hierbei sehr viele Zielkonflikte gibt: Wenn ich als Militär einen Luftraum aufgeben muss, weil dort eine Zivilmaschine fliegen möchte, kann ich ihn natürlich nicht mehr für mich nutzen und umgekehrt, sodass es hier sehr vielfältige Zielkonflikte gab, die auch Zielopfer erforderten. Dies ist ein Punkt, an dem das Verfahren sehr stark ist, um gerade in Konstellationen, in denen viele Zielopfer vorhanden sind - das ist bei der Endlagersuche definitiv sicherlich auch der Fall -, doch zu einem Konsens kommen zu können, indem man diese unterschiedlichen Aspekte systematisch beleuchtet.

Das Verfahren wird dann auch entsprechend moderiert. Sie sehen, es wird an dieser Stelle auch elektronisch unterstützt. Sie sehen, es gibt eine Systematik von Fragen, wobei sämtliche Antworten dokumentiert werden, ebenso Widersprüche. Somit ist ein Verfahren vorhanden, mit dem man dann auch unterschiedlichste Aspekte integrieren kann.

Das Ganze wird auch bewertet. Das ist für das Monitoring sehr wichtig. Ich hatte eben schon das Thema des Reifegrades angesprochen. Mit einem solchen Verfahren kann man dann auch den Reifegrad - wo stehe ich denn eigentlich, wo sind meine Bedarfe, was ist bei dem Hinterfragen

letztendlich herausgekommen - entsprechend bewerten und hat dann hier Handlungsbedarf.

Der Handlungsbedarf wird in diesen Darstellungen wieder bezogen auf die vier Perspektiven dargestellt. Sie sehen, Handlungsbedarf besteht immer dann, wenn diese Punkte außerhalb dieses Kreises liegen. Das sind dann also Themenblöcke, bei denen Handlungsbedarf gegeben ist, bei denen beim Hinterfragen etwas herausgekommen ist, was in den zukünftigen Entwicklungen verfolgt werden muss und woran man entsprechend arbeiten muss.

Das haben wir für die Vereinheitlichung des europäischen Luftraums sehr erfolgreich angewandt, und das möchte ich als ein Verfahren, das sehr erfolgreich funktionieren kann, um solche Konflikte zu lösen, einmal angesprochen haben.

Ein weiterer Punkt, der für hinterfragende Systeme aus meiner Sicht wichtig ist: Sie haben mit Lagerungssystemen zu tun. Ein Punkt, der sich gerade in der derzeitigen Entwicklung der Arbeitsforschung ergibt, ist, dass man natürlich auch eine gewisse technische Unterstützung bietet. Wenn man sich in 100 Jahren beispielsweise solche Planungsszenarien anschauen wird, dann wird dies wahrscheinlich nicht in einem Raum wie diesem hier stattfinden, sondern in einem elektronisch doch sehr viel besser unterstützten Raum, ganz einfach, weil die Technologie weiter fortschreitet, sodass dort dann eben auch solche Zielkonflikte wesentlich besser herausgearbeitet werden können. Auch dort möchte ich einen kleinen Hinweis geben, dass solche Planungsverfahren gerade entwickelt werden, die solche komplexen Entscheidungen etwas anders unterstützen.

Das führt mich schon zu meinem Resümee, bezogen auf die Fragestellung, die Sie hier in der Kommission bearbeiten. Zunächst einmal hat der Entscheidungsprozess, den Sie hier zu diskutieren haben, hohe Relevanz, bezogen auf

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

zielbezogenes Verhalten. Es gibt unterschiedliche Intentionen, unterschiedliche Zielstellungen, die miteinander abgeglichen werden müssen. Das Safety Scanning erlaubt, diese unterschiedlichen Aspekte sehr systematisch abzugleichen.

Bezogen auf hinterfragende Systeme, wird in solchen Diskussionen sehr oft eine klassische Sichtweise eingenommen, sodass man sagt: Ich habe hier eine Betreiberorganisation, und die muss ich nur hinterfragen, und alles andere ist gelöst, wenn wir unsere Entscheidung haben.

Das wäre aus dem Blickwinkel der Fehlerforschung eine zu eng gefassene Sichtweise. Man muss also, wenn man sich ein solches System überlegt, tatsächlich auch bis zur gesellschaftlichen und politischen Ebene ein hinterfragendes System etablieren, damit das auch vernünftig funktioniert.

Eine weitere langfristige Problematik ist der Qualifikationsaspekt der Personen. Wenn also mit der Technologie von heute Einlagerungen passieren, in welcher Form auch immer, dann muss man natürlich auch in 100 oder 500 Jahren wissen, was denn eigentlich die unterschiedlichen Technologien waren. Wenn Sie sich jetzt einmal überlegen, was vor 500 Jahren an Technologien vorhanden war und wie mit ihnen umgegangen worden ist, dann wird die Frage deutlich: Wie gewährleistet man eigentlich, dass die Personen dann auch tatsächlich diesen Qualifikationsaspekt haben? Bezogen auf diese Fragestellung, sehe ich eine hohe Bedeutung eines systematischen, regelmäßigen Monitorings hinsichtlich des Reifegrades und der Selbsthinterfragung, dass ich also systematisch das Gesamtsystem hinterfrage: Wie generativ ist es eigentlich, ist es auf dem Weg, ein pathologisches System zu werden, oder Ähnliches?

Das wären so meine grundlegenden Gedanken zu dem Thema. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auch auf die Diskussion.

(Beifall)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:

Herzlichen Dank, Herr Sträter. - Es ist schon beeindruckend zu sehen, welches Maß an Professionalität und auch an Komplexität diese Fehlervermeidungssysteme haben. Wir haben ja vor anderthalb Jahren einmal angefangen, uns eigene Gedanken dazu zu machen. Aber gemessen an dem, ist das natürlich alles irgendwie nur handgestrickt gewesen.

Beim Stichwort „Drift into Failure“ haben Sie von zehn Jahren oder Dekaden gesprochen; das Wort haben Sie einmal verwendet. Da habe ich nur gedacht: So eine Dekade ist für uns ja nichts.

(Heiterkeit)

In der Tat macht dies schon auf das große Problem hier aufmerksam. Mir ist auch gleich ein Wort mit vier Buchstaben - in der Mitte zwei „s“ - eingefallen, worauf man das vielleicht auch beziehen könnte; das hat mit unserem Thema hier ein bisschen zu tun, eine fehlgeschlagene Geschichte in dem Versuch, radioaktive Abfälle zu lagern.

Schön, dass Sie uns das vorgetragen haben, und schön, dass Sie jetzt auch zur Diskussion zur Verfügung stehen. Die Diskussion ist eröffnet. Meines Erachtens wird es zum einen sachliche Nachfragen zu dem Inhalt des Vortrags geben. Dann werden wir aber vermutlich relativ bald auf die Frage zu sprechen kommen: Was heißt das denn jetzt hier für unser Thema, und wo können wir Ihre Einsichten bei uns unterbringen? - Frau Vogt, bitte.

Abg. Ute Vogt: Vielen Dank. - Meine Nachfrage bezieht sich auf das Moderieren dieses Prozesses. Irgendjemand muss ja am Ende oder am Anfang oder überhaupt die ganze Zeit die Fäden in der Hand haben. Mich würde interessieren, wie das läuft: Ist das dann Top down, oder sucht man extra jemanden aus, der die Schlüsselfunktion

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

übernimmt, oder ist es ein wildes System? Wenn Sie dazu noch einmal etwas ausführen würden!

Darüber hinaus ist für uns die entscheidende Frage oder die besondere Fragestellung: Wie kann man das Ganze über einen sehr, sehr langen Zeitraum aufrechterhalten? Die Herausforderung wird ja auch sein, neue Erkenntnisse in Bezug auf den Prozess quasi immer wieder in ihn einzubringen. Mich würde interessieren, ob Sie sich bei Ihrem praktischen Modell auch darüber Gedanken gemacht haben, wie das in 50 Jahren einmal aussieht. Das wäre ja jetzt noch gar nicht so lange, aber schon einmal mehr als die üblichen Prozesse.

Prof. Dr. Oliver Sträter: Der Prozess sollte zunächst einmal so neutral wie möglich gestaltet sein. Da würde man ein bisschen auf die psychologische Erkenntnis setzen. Sobald man voreingenommen in den Prozess startet, würde das wahrscheinlich schiefgehen; also müsste man unvoreingenommen starten. Aber man würde den Prozess über die Fundamentals, über die grundlegenden Anforderungen - sie sind sozusagen das neutrale Zentrum der Betrachtung - so gestalten, und jeder kann dann, sozusagen an der Systematik dieser Fundamentals orientiert, seine Bedenken offen äußern und auch entsprechend diskutieren.

Das Verfahren setzt etwas auf die Erkenntnis, dass jeder eine Berechtigung hat, bezogen auf seine Ziele, und es setzt darauf, dass ich erkenne, dass die anderen Parteien ebenfalls relevante und legitime Ziele haben und dass jeder ein wenig einen Kompromiss eingehen muss. Das ist der psychologische Aspekt, auf den das Verfahren setzt.

Stellen Sie sich zum Beispiel für den Flugbereich Folgendes vor. Ich nehme einmal zivile und militärische Luftraumgestalter. Der eine möchte den Luftraum haben, der andere möchte den Luftraum nicht hergeben, und sie müssen trotzdem irgendwie zu einer Lösung kommen, wenn sie ein sicheres System haben wollen.

Dann setzt das System darauf, dass die beiden erkennen, aha, der andere hat auch wichtige Ziele, die ich berücksichtigen muss, sodass beide zu einer gewissen Kompromissbereitschaft kommen. - Das wäre das psychologische Element dieses Verfahrens, und das funktioniert sehr gut, wenn Sie die Dinge sehr unvoreingenommen und offen diskutieren und damit dann auch ein Erkenntnisprozess einsetzt.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Es bedarf natürlich immer der Akteure, der Menschen, die Ziele haben, die eben Interesse daran haben, dass die Dinge gut laufen. Wenn sich jetzt in unserem Fall in 50 Jahren niemand mehr für die Endlagerfrage interessieren würde und sagte, ach, lass das mal die Experten machen, dann entfielen wichtige Korrekturmöglichkeiten.

Ich hätte eine Frage dazu - ich bin Philosoph; das muss ich entschuldigend dazu sagen -, und es ist ja so ein bisschen das Thema: Wer kontrolliert die Kontrolleure? Wenn man dann Kontrolleure hat, die andere Kontrolleure kontrollieren, muss man auch wieder fragen, wer diese Kontrolleure denn nun kontrolliert. Das ist ja so eine Endlosgeschichte.

Prof. Dr. Oliver Sträter: Ja.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Wie haben Sie das konzeptionell sozusagen zu einem Ende gebracht, dass man nicht sozusagen immer weiter nur Ebenen aufbaut?

Prof. Dr. Oliver Sträter: Das ist ein zentrales auch rechtliches Problem im Rahmen eines solchen hinterfragenden Systems; das ist meine persönliche Meinung dazu. Man kann eigentlich nicht mit klassischen Aufsichtsbehörden arbeiten, wenn man ein solches System aufbauen möchte, sondern die Aufsichtsbehörde ist auch ein System, das sich selbst auch permanent hinterfragen muss. Die Aufsichtsbehörde muss von der Rollendefinition her zwar der Treiber dieser Entwicklung sein - das wäre so die

Sichtweise einer Aufsichtsbehörde in 50, 100 Jahren -, aber sie ist nicht die allwissende Macht, die weiß, was gemacht werden muss, sodass sie eigentlich in dem hinterfragenden System Teil des hinterfragenden Systems ist. Aber gleichzeitig muss das System ja irgendjemand antreiben; das war auch die zweite Frage von Frau Vogt. Das müsste im Grunde genommen ebenfalls diese Behörde machen, aber nicht im klassischen Sinne einer Aufsichtsbehörde, sondern im klassischen Sinne einer Behörde, die eben dieses Hinterfragen permanent in die Wege leitet. Dann hätte man auch diesen langfristigen Aspekt ein bisschen berücksichtigt. Das ist aber im derzeitigen Rechtssystem nicht so vorgesehen; wenn Sie sich ein klassisches Aufsichtssystem heutzutage anschauen, ist es nicht so.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:

Danke. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Wir haben in unserem Prozess mit ganz unterschiedlichen Gruppen zu tun, die sich an dem Prozess beteiligen, alle mit unterschiedlichen Voraussetzungen, was das Wissen und was auch die Voraussetzungen angeht, seien es die Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen, oder insgesamt auch die Informationen, die ihnen zur Verfügung stehen.

Wenn ich das richtig verstanden habe, war das in dem Beispiel, das Sie genannt haben, vielleicht etwas enger als bei uns; denn das ist, glaube ich, eine ganz große Problematik, die wir haben: Wie werde ich eigentlich diesen unterschiedlichen Gruppen gerecht? Haben Sie da eine Idee, wie man das gestalten kann, damit dann jeder auch am Ende glaubt, okay, meine Frage wird wirklich ernst genommen, die ich da gestellt habe, und wird auch ausreichend behandelt und nicht nur eben einmal kurz abgewehrt? Das halte ich für ein ganz wesentliches Element, um ein solches System am Ende glaubwürdig und auch erfolgreich zu machen.

Prof. Dr. Oliver Sträter: Psychologisch ist es so, dass wir eigentlich nicht von mehr oder weniger qualifiziert reden, sondern von anders qualifiziert. Das korrespondiert etwas mit dem Wechselbild, das ich am Anfang hatte. Es gibt Leute, die vielleicht keinerlei naturwissenschaftliches Verständnis haben, die vielleicht auch Ängste haben, bezogen auf bestimmte Lösungen. Das wären für uns wichtige Punkte, die wir als Eingangsinformation nehmen würden, aber keine Punkte, aufgrund derer wir sagen, diese Person müsste qualifiziert werden oder Ähnliches.

Vielmehr würden wir tatsächlich mit diesen Ängsten bzw. mit den Bedenken arbeiten, mit dem Qualifizierungsniveau, das diese Person gerade hat. Aus ihrer Sicht hat sie ja bestimmte Bedenken, die man sozusagen in den Prozess hineinbringen würde. Man würde sich überlegen: Was kann ich denn, bezogen auf diese Ängste, auf diese Problematiken machen? Was dabei herauskäme, wäre keine Entscheidung, ob dies berechtigt ist oder nicht, sondern die Person oder die Personengruppe ist ja da, wo sie ist. Wie kann ich aber mit dieser Personengruppe mich weiterentwickeln, damit ich hier zu einer vernünftigen Lösung komme? Das ist sozusagen die Idee. Man würde, wie gesagt, diese Sachen mit aufnehmen; aber man würde sich auch überlegen: Wie kann ich diesen Stakeholder, den ich hier habe, in der Form, wie er da ist, denn jetzt weiterentwickeln, damit ich mich in eine bestimmte Richtung bewegen kann? Das wäre sozusagen der Ansatz dahinter.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Kleemann, bitte.

Dr. Ulrich Kleemann: Mich würde einmal interessieren, was der Unterschied zu einer reinen Öffentlichkeitsbeteiligung ist. Wir diskutieren hier auch - es gibt auch eine Arbeitsgruppe, die sich damit auseinandersetzt -, wie wir möglichst breit die Gesellschaft an diesem Entscheidungsprozess beteiligen können. Wir sind aber auch der Auffassung, dass es eben

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

auch eine Fachebene geben muss, die halt kritisch darüber schaut.

Da ist mir jetzt noch nicht so ganz klar geworden, ob das eine reine Öffentlichkeitsbeteiligung ist oder eine Stakeholder-Beteiligung oder ob es eben wirklich auch in Richtung eines kritischen Hinterfragens geht und wie das Ganze gefördert wird. Gibt es da so etwas wie eine Belohnung dafür, dass man kritische Aspekte einbringt? Auch das ist ja ein interessanter Aspekt: Wie kann man Kritiker dazu bringen, sich dann auch wirklich an dem Prozess zu beteiligen?

Prof. Dr. Oliver Sträter: Die erste Frage hängt ein wenig an dem Modus, wie Sie ein solches Verfahren betreiben wollen: Wollen Sie es als Beteiligungsverfahren aufbauen? Dann haben Sie die Bevölkerung in irgendeiner Form, die Sie berücksichtigen müssen. Dann haben Sie natürlich andere Ansprüche an die fundamentalen Anforderungen, weil durch die Bevölkerung halt sehr viele Ängste und damit auch sehr viel Emotionalität in der ganzen Sache drin sind.

Wenn Sie dies als Verfahren für ein System nehmen, das für den Betrieb eines Endlagers zuständig ist - inklusive natürlich auch der regulatorischen Systeme, die damit zusammenhängen -, dann haben Sie ja einen anderen Personenkreis. Davon abhängig wären auch die fundamentalen Anforderungen, die in dem System vorhanden sind. Diese Fundamentals sind also nicht festgeschrieben, sondern tatsächlich problembezogen im Hinblick auf das, was Sie zu agieren haben.

Der Unterschied zu einem Beteiligungsverfahren ist aus meiner Sicht erst einmal, dass Diskussionen nur zu den Fundamentals erlaubt sind. Das heißt, der Diskussionsrahmen ist sozusagen durch diese fundamentalen Anforderungen definiert und dadurch auch begrenzt, sodass Sie nicht beliebig weite Diskussionen haben. Das ist also ein Punkt, in dem es sich unterscheidet.

Zweitens haben Sie eine gewisse Systematik, wie mit bestimmten Problemen umgegangen wird. Es wird also unter Umständen keine Lösung gefunden, sondern es wird dann tatsächlich der Konflikt aufgeschrieben und definiert, wie dieser Konflikt anzugehen ist. Das ist vielleicht der Unterschied zu einem klassischen Beteiligungsverfahren.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke.

(Dr. Ulrich Kleemann: Die Belohnung?)

Prof. Dr. Oliver Sträter: Bezogen auf die Belohnung setzen wir im Grunde genommen ein bisschen auf die Psychologie. Die Belohnung ist einfach, dass man an diesem Verfahren teilnehmen kann und auch nicht verlieren kann, dass man sich dort aktiv beteiligen und seine Ideen einbringen kann. Das ist also keine Belohnung im klassischen Sinn, dass irgendjemand dann als Gewinner oder Ähnliches hinausgeht, bezogen auf bestimmte Punkte.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Da würde ich gern etwas ergänzen wollen. - Herr Kleemann, wir haben ja einmal vor einem Jahr oder so darüber diskutiert, und da war einer Ihrer Punkte, dass in den vergangenen Jahrzehnten Kritiker nun nicht gerade willkommen waren und wie es gelingen kann, eine kritikfreundliche Grundstimmung, eine Kultur der Kritik, zu entwickeln, in der der Kritiker nicht ein Nestbeschmutzer oder ein Störenfried ist, sondern jemand, der sich Gedanken macht, der sozusagen Chancen auf den Tisch bringt, solche Hinterfragungen vorzunehmen, Chancen, die man anderenfalls nicht hätte. Gibt es da Erfahrungen?

Prof. Dr. Oliver Sträter: Genau dies würde das Verfahren ja gewährleisten. Man würde solche Personen - - Das Klassische, was mit solchen Kritikern passiert, ist, wie ich anfangs gesagt hatte, dass sie dann nicht so in das Gesamtbild hineinpassen. Der eine hat vielleicht einen Totenkopf vor Augen, der andere hat eine Frau

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

im Spiegel vor Augen, und die Frau-im-Spiegel-Anhänger wollen den Totenkopf-Anhänger nicht in ihrer Diskussion haben. Das ist ja der psychologische Effekt, über den wir da sprechen, und genau das ist auszuschließen. Herr Reason, den ich mehrmals zitiert habe, hat das einmal schön auf den Begriff gebracht: „If you think you are safe you did your first mistake.“

Also: Wenn du die Leute draußen lässt, dann hast du eigentlich schon deinen ersten Fehler gemacht. Das heißt, sie müssen mit hinein, sie müssen systematisch mit hinein, und das ist genau das, was man gewährleisten muss, und darin steckt dann auch der Anreiz, dass sie eben nicht „untergebuttert“ werden, sondern dass sie tatsächlich in dem Prozess seriös untergebracht sind.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Vielen Dank. - Michael, bitte.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich wollte noch auf zwei Aspekte eingehen. In diesem Verfahren - das ist ja eine riesenlange und riesenbreite Geschichte - ist ja nicht nur die Frage, ob jemand, der außerhalb des Standardsystems steht, Emotionen hat, sondern es sind ja auch viele Fachkundige außerhalb, mit Fachkunde unterschiedlichen Grades.

Wenn man noch einmal die Asse nimmt, auf die Armin Grunwald vorhin angespielt hat, so sind da auch sehr viele Fachkundige mit ihren Warnungen auf Grundeis gelaufen. - Das ist, Uli Kleemann, auch immer dein Thema.

Also: Wie zieht man in einem ganz breiten Verfahren immer wieder Fachkundige in die Diskussion und lässt sie auch, egal, wie sie aussehen, hinein?

Ich stelle die Frage auch deswegen, weil dein Verfahren in dem Beispiel auf einen relativ genau definierbaren Kreis fixiert ist, was ja auch geht. Aber hier haben wir ja die Fragestellung: Wie bekommt man, wenn in irgendeinem

Geologischen Landesamt jemand sitzt, der eine abweichende Meinung zur geologischen Einschätzung hat, oder wenn sicherheitstechnische Hinterfragungen kommen, die an einem ganz anderen Ort als in den zuständigen Behörden aufploppen, so etwas immer wieder in den Prozess hinein?

Die zweite Frage, die ein bisschen damit zusammenhängt, ist: Wie kann man einen solchen Prozess managen oder überhaupt aufbauen, bei denen die Stakeholder nicht genau bekannt sind? Wer sich in fünf Jahren um Endlagersicherheit oder geologische Sicherheit kümmert oder sich dafür interessiert, weiß heute keiner so genau. Wie kann man das sozusagen mit einem teilweise unbekanntem Teilnehmerkreis organisieren?

Prof. Dr. Oliver Sträter: Das Ganze ist natürlich ein iteratives Verfahren. Das heißt, man würde nicht einmalig in irgendeiner Form dort einen Entwicklungsprozess starten und dies dann nicht mehr weiter verfolgen. Vielmehr passiert das Monitoring, das ich eben angesprochen habe, eigentlich so, dass man systematisch und regelmäßig den Verlauf der Entwicklung nach denselben Prinzipien überprüft: Wo sind die entsprechenden Wissensträger, die ich einladen muss, was habe ich derzeit an Wissen? Außerdem hat man dort dann auch entsprechend systematisch das Wissen regelmäßig zu sammeln. Das könnte man zum Beispiel im Rahmen von jährlichen Treffen - Konferenzen will ich jetzt nicht sagen - zu dem Thema initiieren, wobei dann eben diese Systematik angewandt wird und die entsprechenden Informationen gesammelt werden.

Ein ganz wichtiger Punkt, der damit zusammenhängt, ist natürlich das Thema der Fehlerkultur. Darauf bin ich jetzt noch nicht so sehr eingegangen, weil es aus meiner Sicht ein untergeordneter Aspekt für diesen gesamten Rahmen ist, dass man natürlich auch unter den Experten entsprechende Fehlerkultur etablieren muss - das gehört für mich mit zur

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Qualifizierung -, aufgrund derer zum Beispiel das Zugeben von Fehlentscheidungen oder Ähnliches akzeptiert wird, in der der Fehler nicht als persönlicher Makel gesehen wird, sondern als Hinweis dafür, dass ich die Lösung, die ich vor einem oder vor zehn Jahren noch für sinnvoll erachtet habe, in irgendeiner Form revidieren muss. Dieser Aspekt der Fehlerkultur ist ein begleitender Aspekt für alle Personen, die im engeren Kreis mit dem Verfahren zu tun haben.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Trautmannsheimer, bitte.

Dr. Markus Trautmannsheimer (Bayern): Vielen Dank für den schönen Vortrag. - Wenn ich es richtig verstanden habe, ist die Kompromissbereitschaft aller Parteien, die dort mitmachen, die entscheidende Komponente des selbsthinterfragenden Systems.

Wenn ich jetzt an unseren Prozess denke, so gibt es sehr viele Kritiker, die Argumente sind sehr unterschiedlich, es sind sehr verschiedene Parteien. Wenn man sie alle zusammenbringen möchte, was zur Suche nach Kompromissen ja notwendig ist, dann heißt das, auch die Kritiker müssen Kompromissbereitschaft zeigen. Ich denke, es ist auch eine Herausforderung an uns, eine solche Kompromissbereitschaft überhaupt zustande zu bringen. Wie sehen Sie das? Wie kann man da vorgehen, damit dieser Prozess hin zur Kompromissbereitschaft aller akzeptiert und eingebracht wird?

Prof. Dr. Oliver Sträter: Ich kann Ihnen natürlich nicht versprechen, dass man das jetzt lösen kann.

(Lachen der Abg. Ute Vogt und des Dr. Markus Trautmannsheimer [Bayern])

Sie haben ja ein sehr komplexes Problem mit vielen und auch sehr hohen Zielopfern, die hier zu diskutieren sind; das ist ja völlig unstrittig. Der erste und wichtigste Punkt, damit man überhaupt eine Möglichkeit hat, zu einer Lösung

zu kommen, besteht darin, dass diese Sachen auch entsprechend kundgetan werden können. Wenn Sie diejenigen, die das Zielopfer haben, aus dem Prozess herauslassen, dann wissen Sie schon, dass dabei nichts herauskommt. Von der psychologischen Seite kann das nicht funktionieren.

Wenn Sie eine Systematik haben, bei der Sie zumindest diese Bedenken mitgenommen haben, sie auch systematisch und seriös mitgenommen haben, dann haben Sie eine gute Chance, dass diese Kompromissbereitschaft entsteht. Wie ich eben schon gesagt habe, setzen wir dabei auf einen Erkenntnisprozess. Wenn er nicht einsetzt, dann haben Sie es zumindest soweit geplant und dokumentiert, dass Sie wissen, wo die nicht lösbaren Konflikte sind und wo Sie stehen. Wenn Sie dann einen neuen Ansatz entwickeln, dann fangen Sie nicht wieder bei null an, sondern haben eine gewisse Basis, auf der Sie dann weitermachen können. Das kann natürlich ein zähes Geschäft sein.

Allerdings haben wir im Flugbereich, wo wir auch sehr viele und wichtige Zielopfer hatten, bis hin zur Überlebensfähigkeit von bestimmten Organisationen, sehr gute Erfahrungen gemacht, dass jeder doch in irgendeiner Form bereit war, auch große Kompromisse einzugehen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Danke. - Herr Kleemann.

Dr. Ulrich Kleemann: Ich komme noch einmal auf das zurück, was Herr Sailer gerade angesprochen hat, weil mich das durchaus sehr umtreibt: Wie kann man sicherstellen, dass das Expertenwissen auch wirklich vollumfänglich einbezogen wird?

Ich habe gerade jetzt in den letzten Tagen ein Beispiel erlebt. Ab und zu schaue ich mal im Internet, und da habe ich gesehen, dass einer nicht publiziert, sondern einen Vortrag gehalten hat, Endlagerung unter dem Aspekt von mineralogischen Gesichtspunkten. Er ist bisher

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

noch nie irgendwo in der Community aufgetaucht; er ist auch, glaube ich, noch nicht bei unseren Veranstaltungen gewesen. Ich habe ihn dann kontaktiert. Er hat sich sehr gefreut, dass ich Interesse gezeigt habe, und hat mir dann Publikationen zugeleitet; ich weiß nicht, ob das interessante Aspekte sind.

Aber wie kann man ein System schaffen, das es eben auch solchen Leuten ermöglicht, sich in das Verfahren einzubringen, die derzeit vielleicht wirklich irgendwo im Elfenbeinturm sitzen und forschen und vielleicht interessante Ansätze haben, die man in das Verfahren einbringen könnte, die vielleicht nicht auf die Idee kommen oder gar keinen Anreiz haben, sich da zu beteiligen, aus welchen Gründen auch immer? Wie kann man also ein System schaffen, sodass auch diejenigen, die jetzt nicht dabei sind, dazukommen?

Das Wissen geht ja immer weiter, die Wissenschaft entwickelt sich enorm weiter. Es gibt haufenweise Publikationen, Journals usw., kaum einer hat noch den gesamten Überblick über die Thematik, und oft denken eben auch die Wissenschaftler nicht, dass man das, worüber sie da jetzt forschen, vielleicht für diese spezielle Problematik benötigen kann.

Ich habe auch ein Superbeispiel gehabt. Ich habe einmal zu Gorleben gearbeitet und bin dann durch Zufall auf eine Dissertation gestoßen, wo einer wirklich so eine dicke Schwarte geschrieben und gar nicht darüber nachgedacht hat, dass das vielleicht eine für das Endlager Gorleben relevante Fragestellung beinhalten könnte. Darüber hat er überhaupt nicht nachgedacht.

Wie schafft man es, solche Leute mit in diesen Prozess einzubringen, sodass sie eben wirklich auch einen Anreiz haben zu sagen, ja, ich melde mich zu Wort, ich habe da Wissen und bringe das ein?

Prof. Dr. Oliver Sträter: Zunächst einmal ist das, was Sie ansprechen, aus meiner Sicht ein Thema des Wissensmanagements. Bezogen auf dieses Management ist meines Erachtens im Wesentlichen ein Punkt wichtig - ich weiß nicht, inwieweit er hier schon diskutiert worden ist -, nämlich, dass man eine entsprechende Infrastruktur der Aktivitäten schafft, dass man beispielsweise IT-technisch ein Meldeverfahren hat, wo man zum Beispiel seine Dissertation einfach abgeben kann; ich weiß nicht, ob es so etwas gibt. Wenn jetzt jemand, ein Studierender oder so, eine interessante Erkenntnis gehabt hat, dann ist entscheidend, ob er die Möglichkeit hat, das überhaupt in diesen Kreis hineinzugeben. Das wäre ein technisches Problem des Wissensmanagements, das man sich einmal überlegen könnte. Andere machen das zum Beispiel so, wenn sie Informationen bekommen wollen, die aus fachfremden Kreisen kommen oder aus fachlichen Kreisen kommen, die nicht direkt in der Community drin sind, dass man dort eben auch entsprechende Aktivitäten initiiert, wie Preise oder irgendwelche anderen Fördersysteme. Auch das könnte man sich überlegen, ob man so etwas nicht vorsieht.

Der dritte Punkt wäre, sich ein bisschen an die eigene Nase zu fassen. Ich denke, dass das auch im universitären Umfeld wichtig ist. Das ganze Thema Kerntechnik bzw. Endlagerung ist, glaube ich, im Ausbildungssystem überhaupt nicht vorhanden. Ich spreche jetzt einmal für die Maschinenbauer; da habe ich einen ganz guten Überblick. Dahinter, Studierende für dieses Thema gewinnen zu wollen, können Sie im Grunde genommen einen Haken machen. Da könnte man sich natürlich auch überlegen, dort das Ausbildungssystem entsprechend zu hinterfragen oder es, bezogen auf das Thema, nachhaltiger zu machen.

Das wären so die drei Punkte, die mir spontan einfallen würden, und die dort sicherlich von Relevanz sind.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Vielen Dank. Ich glaube, das ist auch noch einmal ein wichtiger Hinweis für die zeitliche Dimension, dass nicht nur das Vorhalten von Kompetenzen erforderlich ist, sondern auch, dafür zu sorgen, dass sie eben über längere Zeit auch immer wieder neu aufgebaut werden.

Ansonsten ist es natürlich so: Ich glaube, viele von uns hätten am liebsten so ein System, mit dem man garantieren kann, dass das System sich in Zukunft auch selber hinterfragen wird.

(Abg. Ute Vogt: Genau! - Zustimmung)

- Ja, das hätten wir gern. Aber das geht eben nicht; denn ob es gelingt, hängt von Voraussetzungen ab, die wir heute nicht in der Hand haben. Wir können es halt nur so gut, wie dies mit Ihren Kompetenzen - mit dem Hintergrund, den die Fehlerforschung heute hat, mit der Kybernetik usw. - möglich ist, andenken. Aber die Garantie haben wir dann trotzdem nicht. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Wir müssen ja in unseren Bericht irgendetwas hineinschreiben;

(Vereinzelt Heiterkeit)

wir haben ja auch schon ein bisschen was. Als einer der Treiber muss ich einfach diesen Gedanken ab und zu betonen.

Ich glaube, es gibt da schon eine ganze Menge Sachen, die man aus dem herausziehen kann, was wir heute gehört haben, auch im Lichte dessen, was wir ab und zu schon einmal andiskutiert haben. Es ist, glaube ich, wichtig, dass alle Organisationen in einen solchen Hinterfragungsprozess gehen. Wir haben oder wer auch immer - jetzt sage ich schon „wir“ - hat ja im Vorfeld durchgesetzt, dass wir eine Trennung von Operator und Regulator bekommen, was wir in diesem Feld nicht hatten. Das ist jetzt geschehen und wird auch implementiert. Aber wir dürfen dann nicht

sagen, der Regulator hat im guten Sinn der alten Staatstheorie immer recht. Genau die Asse ist für mich das Beispiel. Das war natürlich ein technisches Versagen, aber im Wesentlichen war es ein Versagen der Authorities, die damit zu tun hatten.

(Dr. Ulrich Kleemann: Der Wissenschaft!)

- Das auch. Aber auch die, die es zugelassen haben, egal, ob das wissenschaftsberatend war oder nicht.

Ich glaube, da ist eine wichtige Schlussfolgerung, die wir sicherlich im Bericht bringen sollten, dass wir die permanente Hinterfragung bei allen Beteiligten brauchen. Ich kann mir auch vorstellen, dass das gesellschaftliche Begleitgremium, das wir als eine Art Prozesswächter haben, eigentlich die Organisation ist, die sich darum kümmern muss, die immer wieder anstößt, dass solche Hinterfragungszyklen laufen.

Das andere ist, was wir jetzt mehr so im letzten Drittel diskutiert haben, dass wir eben diese verschiedenen Plattformarten auf jeden Fall implementieren müssen, bei denen Wissenschaft andocken kann, abgefragt wird, sodass möglichst viel Sachverstand einen Anreiz zum Mitmachen hat.

Für mich war es noch einmal ein wichtiger Gedanke, den ich mir bisher so nicht gemacht habe: Ich brauche eine Belohnung, damit ich einem solchen System mitmache, jetzt in dem Sinn Motivation. Ich habe es jetzt psychologisch so verstanden, dass die Belohnung und die Motivation, etwas zu machen, ein Stück weit zusammenhängen. Das wäre noch einmal ein wichtiger Aspekt.

Wir müssten sicherlich auch noch einmal über folgende Frage reden - vielleicht kannst du dazu auch noch einmal ein paar Gedanken hier vertiefen -: Wie kommen wir in diese vielfältige Stakeholder-Landschaft hinein? Sie ist ja weitaus

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

vielfältiger als in den meisten anderen Prozessen, bei denen außer den paar offiziellen Organisationen nicht viele daran Interesse haben, während wir hier mit Kommunen und anderen Regionalgliederungen umgehen müssen, ebenso mit interessierten Bürgern unterschiedlichen Wissensgrades - einmal ängstegetrieben, einmal wissensgetrieben; da gibt es von Weiß bis Schwarz alles -, und zudem müssen wir eben mit der Wissenschaftler-Community umgehen.

Wir können wahrscheinlich mit unserem Bericht, mit dem entsprechenden Kapitel, nur Anstöße geben, die anschließend das gesellschaftliche Begleitgremium antriggern muss und zu denen die verschiedenen Organisationen, sprich der Regulator oder auch der Vorhabenträger oder auch andere, dann bestimmte Dinge anbieten müssen. Hier müssten wir eigentlich Gedanken aufschreiben, die Anfangsgedanken dafür, die Anstoßgedanken.

Da wäre vielleicht noch einmal mit Blick auf Ihren Erfahrungsschatz die Frage: Wie kriegt man das in der großen Menge hin? Wahrscheinlich wird man hier unterschiedlich adressieren müssen, je nachdem, was für Player das sind.

Prof. Dr. Oliver Sträter: Ich denke schon, dass die zu berücksichtigenden fundamentalen Anforderungen unterschiedlich sind, bezogen darauf, ob man Öffentlichkeitsbeteiligung macht oder Kommunenbeteiligung oder ob man in einem Fachkreis agiert. Obwohl diese Anforderungen unterschiedlich sind, wird es aber von der psychologischen Vorgehensweise, vom Verfahren her keinen großen Unterschied geben, nur von dem, was man zu diskutieren hat und was anschließend an Schritten herauskommt.

Wenn ich beispielsweise eine verunsicherte Bevölkerung habe, dann muss ich mir halt überlegen, wie ich mit dieser Verunsicherung umgehe. Das ist die Aufgabe, die daraus erwächst, wenn ich dort einen solchen Sachverhalt vorfinde. Es geht nicht darum, sie

infrage zu stellen, sondern wir würden jetzt von der Fehlerforschung her in dem Sinne, wie ich das dargestellt hatte, in diesem Reifegrad nicht pathologisch vorgehen und sagen, ja, die haben jetzt eine andere Meinung, und darum muss ich jetzt irgendwie herum kommen. Das wäre eine pathologische Vorgehensweise. Vielmehr würden wir sagen: Wenn ein System zuverlässig funktioniert, dann gehe ich generativ damit um. Das heißt, ich habe etwas, und wie kann ich mich auf Basis dessen, was ich habe, weiterentwickeln?

Das wären sozusagen die Herangehensweisen, die man sich überlegen würde: Wie kann ich diese Verunsicherung abbauen? Muss ich sachlich irgendwelche Dinge machen, muss ich vielleicht andere Dinge machen? Muss ich nicht im klassischen Sinne ein Beteiligungsverfahren machen, sondern wie kann ich mit diesen Ängsten umgehen?

Dazu gehört auch das Thema Belohnungsstrukturen. Das ist ja ein aktuelles Thema für den Restbetrieb der kerntechnischen Anlagen auch in Deutschland, wozu wir auch mehrere Diskussionen haben. Der beste Vorschlag, einen Studierenden heute dazu zu bringen, Kerntechnik zu studieren, besteht darin, dass Sie sagen: Nach der Kerntechnik hast du noch eine Perspektive für andere Themen und kannst dich weiterentwickeln.

In diese Richtung diskutieren wir beispielsweise gar nicht, was die Qualifizierung von Ingenieuren angeht, sodass wir nur die Wahl haben, machst du Kerntechnik oder machst du keine, und dann entscheiden sich natürlich alle dafür, keine zu machen. Das ist meines Erachtens eine für den Restbetrieb sehr kritische Situation. Genauso, in dieser Logik, müsste man auch, bezogen auf die Endlagerdiskussion, vorgehen, dass man diesen Personen, die sich dann dort engagieren, auch von der beruflichen und der Lebensperspektive einen entsprechenden Anreiz gibt, sich dort zu beteiligen.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Vielen Dank, Herr Sträter. - Ich habe im Moment keine weitere Wortmeldung. - Doch, Herr Kleemann.

Dr. Ulrich Kleemann: Eine etwas provozierende Frage: Was ist denn schiefgegangen bei diesem Safety Scanning? Das würde mich einmal interessieren.

Prof. Dr. Oliver Sträter: Eigentlich ist schiefgegangen, dass irgendwann der Regulator gesagt hat: Das ist mir zu dynamisch.

(Heiterkeit - Dr. Ulrich Kleemann: Aha!)

Ansonsten läuft der Prozess sehr erfolgreich. Das Aha-Erlebnis für uns war Galileo, der Umstand,] dass die Betreiber und behördlichen Seiten wirklich zutiefst zerstritten waren und eigentlich das System komplett beiseitelegen wollten, nach einem Tag Diskussion - strukturierter, moderierter Diskussion - jedoch in der Lage waren, das weiterzuentwickeln.

Irgendwann kommt aber der Aspekt zur Sprache - das hatten wir hier auch angesprochen; deshalb denke ich, das ist ein ganz wichtiger Punkt -, dass natürlich die Aufsichtsbehörde dort ebenfalls als hinterfragendes Element sitzt und nicht als treibende Autorität, und das gefällt natürlich auch nicht allen Aufsichtsbehörden; das muss man ebenso sagen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Es gibt noch eine letzte Chance für Fragen und Diskussionspunkte. - Sie können gerne noch weiter überlegen, ob Sie noch intervenieren wollen.

Es haben sich einfach jede Menge Aspekte für uns ergeben, den rudimentären Text, den wir haben, weiterzuentwickeln, Stichworte, die wir bisher überhaupt nicht bedacht hatten, beispielsweise Belohnungsstruktur oder auch die Frage der Ausbildung.

Darüber hinaus ist an Folgendes zu denken: Das ist nicht einfach „unser“ Kapitel, sondern das ist ein Schnittstellenkapitel. Das Thema Öffentlichkeitsbeteiligung wurde hier ja des Öfteren erwähnt. Es gibt eine Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsbeteiligung; mit der muss es besprochen werden. Es gibt auch eine Arbeitsgruppe, die sich mit so etwas wie Behördenstruktur befasst hat, wobei es natürlich auch Fragen der Aufsicht und des Typs gibt, wer wen kontrolliert. Das heißt, das Thema selbsthinterfragendes System ist insgesamt eine Fragestellung für die Gesamtkommission, und jetzt ist schon fast die Zeit knapp, in diesen ganzen unterschiedlichen Kommunikationsformaten, die wir hier in der Kommission entwickelt haben, noch zu einem guten Abschluss zu kommen.

Ich schaue mich noch einmal um. - Dann sind wir fürs Erste soweit. Unsere Aufgabe wird jetzt sein, aus den Anregungen, die heute von Ihnen gekommen sind und die sich dann in der Diskussion hier ergeben haben, einen Text zu machen, den wir nach unseren bewährten Verfahren verarbeiten, bis er wunderbar ist, ohne eckige Klammern; Sie haben das mit den eckigen Klammern heute Morgen mitbekommen. Übrigens habe ich da heute Morgen einen Fehler gemacht. Ich hätte uns eine Vorgabe geben sollen, dass wir heute maximal 17 eckige Klammern vergeben dürfen.

(Heiterkeit)

Dann hätten wir einen Anreiz gehabt, nicht so großzügig damit zu sein. - Okay, ist passiert.

Wir machen jetzt eine Mittagspause. Um 14 Uhr geht es dann weiter. - Herr Sträter, noch einmal ganz herzlichen Dank; Sie haben uns sehr geholfen.

(Beifall)

Prof. Dr. phil. habil. Oliver Sträter: Ja, vielen Dank.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Vielen Dank!

(Unterbrechung von 13:25 bis 14:00 Uhr)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Die meisten sind zurück. Ich würde Sie bitten, an den Platz zurückzukommen, und dann geht es gleich weiter. -Dann können wir jetzt weitermachen. Wir springen in der Tagesordnung noch einmal zurück zu Punkt 5, dem Kapitel über Behältertechnologien:

Tagesordnungspunkt 5 Anforderungen an Behälter (Kapitel 6.7 Endbericht)

Wir waren bis 6.7.4 gekommen. Ich rufe jetzt „6.7.5 Stand der Technik“ auf. Das ist ein Unterkapitel, das gegenüber der früheren Phase deutlich erweitert worden ist, und zu dem es erfreulich wenige Kommentare und Fragen gibt. Beim Thema Stand der Technik kann man ja vielleicht auch erwarten, dass das Kontroversenpotenzial nicht so überwältigend ist; aber man weiß nie. - Sie haben das Wort, Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Danke. - Wir haben ja in der Präsentation, als wir hier die Anhörung durchgeführt haben, die unterschiedlichen möglichen Konzepte, was man machen kann, diskutiert. Das war jetzt auch einmal in unsere ursprünglichen Anmerkungen hineingebracht worden, unter anderem eben auch das Konzept, mit den Castor-Behältern möglicherweise in die direkte Endlagerung zu gehen. Ich sehe das jetzt hier in dem überarbeiteten Entwurf gestrichen. Ich kann durchaus nachvollziehen, dass wir da seinerzeit vielleicht ein bisschen viel Detail hinein definiert haben. Aber nichtsdestotrotz bin ich der festen Überzeugung, dass es wichtig wäre, diesen Punkt hier zu machen; denn das ist ein Konzept, das durchaus möglicherweise auch noch andere Vorteile beinhaltet als nur die Tatsache, dass wir da eben schon einen Behälter haben.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Auch das ist natürlich ein Punkt, der extrem mit Hidden Agendas auf allen Seiten zu tun hat. Nichtsdestotrotz würde ich dafür plädieren, dass wir für das Konzept offen sind. Aber das ist ein ungeprüftes Konzept, das Direktkonzept, das bisher keiner hat.

(Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ja, ja!)

Also, es ist niemandem außerhalb der GNS oder der EVU so vorgelegt worden, dass man darüber diskutieren kann. Aber wir sind ja in einem Zustand, in dem wir eh neu denken müssen. Insofern habe ich nichts gegen einen Satz, dass das darin steht. Aber das darf nicht als geprüftes oder fertiges Konzept dargestellt werden.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Gut, dann würde ich den Vorschlag machen, dass wir da noch einmal mit einem gekürzten Text möglicherweise zurückkommen, in dem wir dann schreiben, dass es grundsätzlich drin bleibt, damit wir da eine Formulierung bekommen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ist das Konsens? - Das scheint der Fall zu sein. Dann würde ich Sie beide bitten, das entsprechend zu verarbeiten. - Herr Pick.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Ich hatte eine Verständnisfrage, was damit gemeint ist, dass das „drin bleibt“, Herr Fischer. Aber wenn das geklärt wird, kann man hinterher ja über den Klärungsvorschlag noch einmal diskutieren.

(Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ja!)

Vorsitzender Michael Sailer: Ich wollte nur ganz kurz sagen: „Drin bleibt“ war jetzt aus meiner Sicht. Ich weiß nicht, ob ich mir da mit Herrn Fischer einig bin, dass wir schon ein paar Sätze dazu formuliert haben, dass es ein solches Konzept aufseiten der EVUs gibt, dass es aber ein

Konzept von einer Seite ist und noch nirgends geprüft ist. Aber genauso, wie wir es bei anderen Sachen sagen, „kann und sollte in den Prüfungsprozess“, kann man das hier auch hineinnehmen. Aber wir sollten jetzt nicht sagen, das ist ein fertiges Konzept; Herr Fischer, Sie wissen ja genau, was in bestimmten Papieren inklusive 2,5 Milliarden zu dem Thema steht. Das machen wir jetzt nicht.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ich denke, Stand der Technik ist eben Stand der Technik, und das kann eigentlich ja dann auch so, glaube ich, betrieben werden, wie es jetzt gesagt wird, und „drin bleiben“ heißt, es ist keine Bewertung, es ist Stand der Technik. - Okay, das ist damit soweit angenommen.

Weitere Punkte zu 6.7.5? - Ja, Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich habe mich im weiterführenden Teil schon über den Grad an Detailtiefe bei der Behandlung des schwedischen Konzepts und auch des Schweizer Konzepts gewundert, das hier letztendlich ja ausgeführt worden ist. Auch aus meiner Sicht müsste das dann in einer ähnlichen Qualität dargestellt werden und nicht in dieser Detailtiefe, womit man jetzt hier im Endeffekt schon auf diese Konstruktion, die dort besteht, quasi referenziert. Da würde ich auch dafür plädieren, darauf hinzuweisen, dass es dieses Konzept dort gibt, keine Frage, aber auf die Detaillierung hier zu verzichten.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, diese arge Detaillierung war mir beim Lesen auch aufgefallen. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, dass dies in der letzten Diskussion gewünscht war. Ich bin jetzt persönlich bei Ihrem Eindruck; zwei Sätze hätten da auch genügt, wir brauchen da nicht eine halbe Seite. Aber ich würde gern noch von denjenigen wissen, die da eine ausführliche Darstellung wollten, -, ob das, was jetzt Sie, Herr Grunwald

und ich gesagt haben, hier Konsens ist, dass man das ein bis zwei Detailebenen nach oben rückt und damit eher einen Vier- bis Sechseiler als das hat, was jetzt da steht. Also, wenn es Konsens ist, sollten wir es dann machen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja. Das heißt, die Frage steht im Raum: Ist das Konsens? Das wäre eine Halbierung oder vielleicht sogar eine Kürzung auf 40 Prozent dieser beiden Absätze in dem PDF-File auf Seite 5, die zum schwedischen Behälterkonzept und zu den Schweizer Behörden sind. Einverstanden? - Gut; ist verabschiedet.

Weitere Bemerkungen zu 6.7.5? - Damit sind wir aber dann, glaube ich, schon durch. - Herr Trautmannsheimer.

Dr. Markus Trautmannsheimer (Bayern): Vielleicht erübrigt sich die Frage beim Kürzen jetzt. Aber mich hat gewundert, warum bei dem schwedischen Behälterkonzept keine Aussage so wie bei dem Schweizer Konzept über die Haltbarkeit des Behälters gemacht worden ist. Das ist irgendwie ungleichmäßig. Das würde man erwarten; das ist vielleicht etwas, was jeden interessiert.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich denke, nach dem, wie wir uns jetzt gerade noch einmal Konsens gebildet haben, fällt es eh weg. Vom Inhalt her muss ich sagen, dass ich das schwedische Konzept schon in meiner anderen Funktion dort vorgeführt bekommen habe. Es wurde gesagt, dass das eine Million Jahre hält; ob man es glaubt, ist eine andere Frage.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Gut, danke sehr. - Dann sind wir durch das Unterkapitel „Stand der Technik“ durch.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Wir haben noch das letzte Teilkapitel „6.7.6, Terminierung und Umsetzung der Behälterentwicklung“, also die Frage nach dem Prozess der Entwicklung. Da gibt es einige eckige Klammern, die aber durchaus die gleichen sind, die wir bisher schon im Spiel hatten, bis auf eine große eckige Klammer zu dem Absatz, der mit „Zentraler Akteur ist dabei ...“ beginnt.

Gibt es zu diesem Teilkapitel inhaltliche Anmerkungen? Können wir das weiterentwickeln, gibt es da einen Konflikt, den wir vielleicht heute noch beheben können, oder bleibt es erst einmal so? - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Vom Charakter her war es ja so, dass wir diesen Punkt nicht fertig diskutiert haben und dass die Zuarbeit jetzt einfach etwas mit dem Zwischenzustand formuliert hat und deswegen in eckigen Klammern einen Kommentar daran geschrieben hat, weil man das im Gegensatz zu anderen Sachen nicht aus der Diskussion entnehmen konnte, wie man es da macht. Also ist jetzt einfach die Frage: Soll es drin bleiben, anders formuliert werden oder weggelassen werden?

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Es herrscht allgemeine Indifferenz. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Aus meiner Sicht ist das soweit okay. Sicherlich kann man an der einen oder anderen Formulierung noch einmal jetzt irgendwo eingreifen. Aber das wollten wir ja jetzt momentan gerade inhaltlich hier nicht im Detail tun. Insofern würde ich sagen, das sollte so drin bleiben und mit einer vielleicht nochmaligen Überarbeitung - auch mit den Anmerkungen, die ja noch insgesamt gekommen sind, auch von Herrn Völzke - in einer neuen Version erneut vorgestellt werden.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Gut, herzlichen Dank. - Ich sehe Zustimmung, zumindest keinen Widerspruch.

Damit sind wir jetzt durch 6.7 einmal durch, und jetzt stellt sich die Frage, wie wir weiter damit verfahren. Bei einem Teil der eckigen Klammern, die jetzt geblieben sind, haben wir dazu gesagt, das sind Sachen, die auf Kommissionsebene entschieden werden müssen. Ich hatte ansonsten durchaus den Eindruck, dass die anderen sind gar nicht mehr so viele sind, bzw. haben wir Verabredungen getroffen, wie was noch verändert werden soll.

Die Frage, die ich jetzt habe, ist, ob es nicht möglich wäre, dieses Kapitel nach der Überarbeitung, die wir hier jetzt besprochen haben, mit den eckigen Klammern darin, die wir gelassen haben, nicht doch schon zu einer ersten Lesung in die Kommission zu überstellen.

Meine Motivation ist die folgende: Wenn wir jetzt - ich sage es einmal als gegriffene Zahl - zehn eckige Klammern darin haben, von denen vielleicht sieben eh nur auf Kommissionsebene zu lösen sind, dann könnten wir in einer Runde hier in diesem Kreis die übrigen drei bearbeiten; aber das wäre letztlich kein Riesenschritt. Vielleicht könnten wir insgesamt den Zeitablauf optimieren, wenn wir es erst einmal in die Kommission geben; es kommt dann eh wieder zurück, und dann haben wir es hier auch noch einmal für die weitere Detailbearbeitung. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich bin darüber nicht so glücklich, weil wir uns ja jetzt nicht die Mühe gemacht haben, tatsächlich auch die Detailformulierungen noch einmal zu checken. Ich könnte es mir vorstellen, wenn wir relativ zügig die überarbeitete Version noch einmal bekommen, damit wir eben sagen, okay, da kann man noch einmal darüber schauen, ob das jetzt alles gelungen ist, was wir da hinein diskutiert bzw. hinein formuliert haben.

Ich meine, wir hätten im Grunde genommen die nächste Woche dafür Zeit, das zu machen; denn danach ist ja schon der Montag/Dienstag-Termin. Das heißt also, spätestens nächsten Freitag

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

müsste es eingereicht werden. Ich halte das für anspruchsvoll. Das müsste dann im Grunde genommen uns jemand Montag oder Dienstag noch einmal in einer überarbeiteten Version zur Verfügung stellen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Es geht, höre ich gerade. Das ist ja wirklich - -

(Stefan Alt [BT]: Ja!)

Ich wollte nämlich fast schon sagen, das ist faktisch aussichtslos, weil ja noch Ostern dazwischen ist usw.; aber wenn ich hier höre, es geht, dann sollten wir den Versuch machen. Wenn der Versuch nicht gelingt, haben wir ja nichts verloren.

(Zuruf: Ja, genau!)

Dann können wir immer noch sagen, okay, dauert noch zwei Wochen länger. - Herr Trautmansheimer.

Dr. Markus Trautmansheimer (Bayern): Ich dachte, wir hatten auch besprochen, dass manche Inhalte auch noch an anderer Stelle bei den Kriterien diskutiert werden sollten, bevor man das endgültig festlegt. Das möchte ich auch noch zu bedenken geben. Das heißt, das sollte man vielleicht irgendwie kenntlich machen; denn darüber sollten wir hier schon noch einmal diskutieren, bevor in der Kommission eine Entscheidung getroffen wird.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das ist auf jeden Fall berechtigt, und soweit ich mich erinnere, haben wir das durch bestimmte eckige Klammern oder jedenfalls Merkposten berücksichtigt, wo wir gesagt haben, wir wollten hier in diesem Kapitel keinen Stellvertreterkrieg für Dinge führen, die an anderer Stelle entschieden werden müssen.

Also, es kann hier auf keinen Fall schon darum gehen, in Richtung einer Fertigstellung zu denken; es geht nur darum, im Wechselspiel

zwischen uns und der Kommission einen optimalen Pfad auch in zeitlicher Hinsicht zu finden, und wenn das so gelingt, glaube ich, ist damit allen Wünschen, die hier im Raum sind, Rechnung getragen. Wenn es dann nach der Überarbeitung so aussieht, dass es nicht gelingt, okay; dann gelingt es danach. - Gut, dann verbleiben wir so. Herzlichen Dank.

Gut, das waren die Behälter. Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, würde ich gern eine kurze Regiebemerkung oder einen Regietagesordnungspunkt einfügen, der mit dem weiteren Verfahren in Bezug auf das Kapitel 5 zu tun hat. - Michael, vielleicht kannst du das eben übernehmen.

Vorsitzender Michael Sailer: Ja. - Sie erinnern sich an das Inhaltsverzeichnis, das wir alle im Februar zugeschickt bekannt haben; das ist immer noch das amtliche, auch wenn es sich weiterentwickelt. Wir hatten ja das Kapitel 5 minus ein paar Dinge schon einmal in der Kommission und haben da auch ein paar Rückmeldungen bekommen, zum Beispiel, was man bei der Priorität Endlagerbergwerk genauer begründen soll. Wir haben ein paar Punkte bekommen, was man bei den C-Optionen noch ein bisschen detaillierter ausführen soll. Sie erinnern vielleicht, wir sollten die Bewertung, die dort stichpunktartig war, ordentlich ausformulieren, und solche Dinge. Außerdem ging es darum, den Zeitplan zu überarbeiten, und zwar jetzt nicht vom Inhalt her, sondern von der Darstellungsweise.

Die Überlegung wäre jetzt: Die Kommission hat zu wenig zu tun; das ist das Problem. Wir haben da richtig im Netzplan ein Problem. Die Überlegung wäre, ob dieses Dokument von Herrn Grunwald und mir fertiggestellt wird und wieder in die Kommission gegeben werden kann; denn wir hatten ja keine Inhalte mehr diskutiert, sondern die Verbesserung aus dem, was in der Kommission zurückgeflossen ist. Das wollten wir aber jetzt nicht einfach machen, sondern hier einmal fragen, ob das auf Zustimmung stößt. Sie

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

können dann ja in der Kommission an den entsprechenden Punkten auch noch einmal Ihre Änderungen oder Formulierungsvorschläge einbringen.

Die Alternative wäre, dass wir das erst am 6. April diskutieren können, dafür x Minuten brauchen und es erst am 18. April in die Kommission geben können. Auf der anderen Seite sind eben bei der Kommission für den 4. und 5. April bisher zu wenige Dokumente zum Besprechen da. Also, wir hatten am Montag in der Vorsitzendenrunde überlegt: Bekommen wir jetzt genügend Material für einen Tag oder für zwei Tage? Wahrscheinlich kriegen wir mit allem nur Material für einen Tag.

Deswegen wäre der Vorschlag oder die Anfrage, dass Herr Grunwald und ich das in dem Sinne fertigstellen, wie es in der Kommission diskutiert ist, um es dann für den 4. April in die Kommission hineinzugeben.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das ist bloß eine Frage des Vertrauens. - Herr Kleemann.

Dr. Ulrich Kleemann: Ich habe eine Frage nach dem Umfang. Also, das komplette Kapitel 5 jetzt, oder was soll da hinein?

Vorsitzender Michael Sailer: Nein. Das Kapitel 5 hat ja außer den Formaldingen, dass man vorne einleitet und so, drei Unterkapitel mit den nicht weiterverfolgten Optionen, also das, was C hieß, das Kapitel 5.4 mit den B-Versionen und das Kapitel 5.5 mit der Begründung für die A-Version. Dann gibt es noch dieses kurze Kapitel, das in der damaligen Formulierung aus einer Tabelle mit dem Zeitbedarf zur Realisierung und ein paar Zeilen Text bestand, und wir hatten, nicht zu vergessen, die notwendige Zwischenlagerung noch drin.

Wir haben die drei B-Optionen und den Kopf haben wir ohnehin separiert; sie gehören also nicht dazu, und wir haben die notwendige Zwischenlagerung ebenfalls separiert. Sie haben

wir ja auf der letzten Kommissionssitzung durchgesprochen. Das heißt, ohne diese fünf Kapitel, also viermal B-Versionen, Kopf und drei Versionen und die notwendige Zwischenlagerung - - Das heißt, das wäre der Rest ohne diese fünf Kapitel, also viermal B-Versionen, Kopf und drei Versionen und die notwendige Zwischenlagerung.] Aber den Text haben wir schon einmal vorgelegt in der Kommission.

Dr. Ulrich Kleemann: Kann man das nicht zusammenfassen, also das, was jetzt schon besprochen wurde, in ein Gesamtpapier? Dann hat man nicht so viele einzelne Dokumente.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich saß gestern mit Herrn Voges anderthalb Stunden, bis wir nur in der Region unserer Themen sortiert hatten, was wo vorkommt und wozu welche Dokumente gehören, und Herr Voges beschäftigt sich damit Tag und Nacht.

(Dr. Ulrich Kleemann: Ja, das ist auch für uns schwierig!)

- Ja.

Die Überlegung hinsichtlich des Durchgehens ist die: In der Kommission am 4. April müssen wir ja noch die tiefen Bohrlöcher und den Kopftext durchkriegen, was wir heute gemacht haben, und wir müssen diesen Text, über den gerade reden, durchkriegen. Dann haben wir alles, was in Kapitel 5 gehört.

Die Überlegung ist jetzt: Wir gehen mit den noch getrennten Texten - so, wie sie jetzt getrennt sind - in die Kommission, und nach dem 4. April stellen wir das zu einem Text zusammen, der das ganze Kapitel 5 umfasst. Dadurch, dass die Teilkapitel unterschiedlich intensiv in der Kommission behandelt waren, können wir praktisch die Konsolidierung erst nach der Sitzung machen; aber dann ist sie fällig.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:

Ja. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich hätte kein großes Problem damit, zumal wir mit der Version, mit der wir ja schon einmal in die Kommission gegangen sind, in der Diskussion hier keine großartigen Probleme hatten. Es waren sicherlich auch noch Nuancen darin; aber da kamen ja eher dann aus der Runde der Kommission noch Kommentare dazu, wo wir noch Anforderungen erfüllen sollen. Insofern würde ich jetzt auch aus diesen pragmatischen Gründen, da eben Futter zu liefern, diesem Vorgehen durchaus zustimmen.

Ich denke, das Schlechteste, was uns passieren kann, ist, dass wir dann eben dort über unsere eigenen Papiere, die Sie dann einbringen, auch noch einmal aus unserer Arbeitsgruppe heraus irgendwo anfangen zu diskutieren. Wenn man das aber einleitend einmal so sagt, dass wir dort eben vorgearbeitet haben, damit wir weiterkommen, dann relativiert sich das meines Erachtens auch. Blöd wäre es, wenn wir dort den Eindruck erweckten, wir hätten Papiere eingebracht, die nicht reif sind.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Da haben Sie natürlich auf jeden Fall recht. Ich bin da relativ optimistisch, dass dieses Risiko gering ist, weil eben die Kommentare, die dazu kamen, nicht so dramatisch waren. Trotzdem sollte man eine solche Klausel am Beginn einmal sagen.

Vielen Dank; dann machen wir das so, und wenn Ihnen Dinge nicht gefallen, die wir vorlegen, dann gibt es da immer noch die Interventionsmöglichkeit.

Dann gehen wir eins weiter in der Tagesordnung. Ich rufe jetzt auf:

Tagesordnungspunkt 8
Auswertung zu den Sicherheitsanforderungen
des BMU 2010
(Kapitel 6.5.1 Endbericht)

Das ist die Drucksache K-Drs. AG 3-112, die von Herrn Sailer und Herrn Wenzel erarbeitet wurde, zurückgehend auf andere Drucksachen, K-Drs. AG 3-86 und K-Drs. AG 3-99. Es ist jetzt der Entwurf für ein Kapitel 6.5.1 neu, weil es auch schon eines 6.5.1 alt gab; das ist ein anderes. Der Text liegt vor. - Michael, möchtest du zur Einführung noch etwas sagen?

Vorsitzender Michael Sailer: Ja, vielleicht ganz kurz. - Erstens. Das Kapitel 6.5.1 (neu) kommt einfach deswegen, weil wir das Kapitel in dem derzeit gültigen Inhaltsverzeichnis nirgends vorgesehen hatten. Das heißt nur, es gibt ein dreistelliges Kapitel neu.

Zweitens gab es sowohl einen Entwurf von mir als auch einen aus Niedersachsen, und ich habe mit dem Kollegen Wenzel ziemlich intensiv diskutiert. Wir haben uns eigentlich an ganz vielen Stellen geeinigt. An zwei Stellen haben wir eckige Klammern; das sind genau die Sachen - das hatte ich in die Kommentare dann hineingeschrieben -, bei denen Herr Wenzel und ich unterschiedliche Auffassungen hatten. Das sind die beiden Stellen, und es gibt ein Gerücht aus Niedersachsen, dass möglicherweise heute noch eine dritte Stelle auftaucht. Das wollen wir dann sehen. Aber ansonsten könnte das fertiggemacht und in die Kommission eingebracht werden, und es wäre dann ein Kapitel im Rahmen von Kapitel 6.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Ja. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Neben den beiden Punkten, Herr Sailer, die Sie ja schon angesprochen haben und die im Moment da noch als Klammertexte aus Ihrer Diskussion übriggeblieben sind, habe ich den Wunsch oder die Forderung, weitere Klammertexte zu setzen, weil ich nicht alle der Punkte, die in der Bullet-Liste auf der Seite 3 aufgeführt sind, so in dem Ursprungskonzept, das Sie geschrieben haben, gefunden habe.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Da sind einige hinzugekommen. Das fängt an mit dem Punkt Prüfung, ob die Anforderung nach Bergbarkeit über 500 Jahre ausreicht. Das geht damit weiter, ob die Wahrscheinlichkeitsklassen dort sinnvoll drin sind, und geht weiter, ob die Dosiswerte für die unterschiedlichen Klassen dort richtig anzuwenden sind.

Für mich sind diese drei Punkte mit Klammer zu versehen, weil wir sie bisher so nicht diskutiert haben. Sie haben Sie, soweit ich das gesehen habe, aus dem Niedersachsen-Papier übernommen, und das kann ich so erst einmal nicht akzeptieren.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Wenn niemand anders etwas sagt. Wir müssen immer irgendwie die Rede bestreiten. Es bleibt bei uns hängen.

Also, ich habe das mit übernommen, aber „ich“ ist ja jetzt falsch, weil das eine mit Herrn Wenzel abgestimmte Fassung ist. Aus meiner Sicht ist es nicht genauso formuliert wie in dem Papier aus Niedersachsen, teilweise schon. Wir haben da einen ganz guten Weg gefunden, mitzugeben, dass in den Überprüfungsprozess das noch einmal geprüft wird.

Wir haben hier ja sowohl Punkte, die ersatzlos gestrichen werden sollen - ich nehme einmal meinen persönlichen Lieblingsspunkt, die ersatzlose Streichung des vereinfachten radiologischen Nachweises - dazu steht darin, er soll heraus. Bei den Sachen, die Sie jetzt zitiert haben, steht darin, „soll überprüft werden“. Ich persönlich bin immer noch für die 500 Jahre Bergbarkeit, und Herr Wenzel überlegt, was er hier ja einmal schon vor längerer Zeit gesagt hat, ob 1.000 Jahre richtig sind. Dazu steht da jetzt eine Formulierung, es solle überprüft werden, ob der Zeitraum der Bergbarkeit der richtige ist - so lese ich das vom Inhalt her -, dann konnte ich da auch zustimmen. Aber ich würde natürlich in einer Überprüfung, die woanders passiert, jetzt

bisher für mich persönlich keine Gründe sehen, für 1.000 Jahre zu plädieren. Aber warum sollen wir das nicht in dem Regelgebungsprozess - - Die Kommission kann ja nicht die Sicherheitsanforderungen machen, sondern die Kommission gibt in dem Kapitel nur die Adressierung. Nachdem wir ja lange mit dem BMU gestritten haben, ob wir uns da überhaupt einmischen dürfen, gibt die Kommission hier die Empfehlung, in die Überarbeitung folgende Dinge zu nehmen. Manche sind stringent, und manche sind eher zum Nachdenken formuliert. So hatte ich es beim Schreiben des Textes verstanden.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Das kann ich nachvollziehen. Aber ich meine, wir haben nach der Anhörung, die wir ja durchgeführt haben, eine Diskussion geführt, und da sind einige Punkte hochgekommen. Sie sind auch aus meiner Sicht durchaus insgesamt von der Gruppe hier, sprich von der Arbeitsgruppe, so gemeinsam gesehen worden, und sie haben wir meines Erachtens in den Bullet Points, die Sie in Ihrem Ursprungspapier drin hatten, auch abgebildet. Darin stand das mit der vereinfachten radiologischen Langzeitaussage ja auch schon. Das ist aus meiner Sicht auch okay gewesen.

Jetzt haben wir drei zusätzliche Punkte darin, die wir eben in der gemeinsamen Wahrnehmung aus der Anhörung so nicht mit herausgenommen hatten, und insofern stelle ich ganz einfach die Frage: Warum kommen da jetzt drei zusätzliche Punkte hinein, die wir so gemeinsam nicht festgestellt haben? Ich möchte sie gerne wieder einklammern.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich rede jetzt nur zum Verständnis, nicht zum Inhalt dabei.

Zum Verständnis, es war einfach so: Wir hatten einmal zu einem frühen Zeitpunkt nach der Auswertung der Anhörung gesagt, wir probieren einen Aufschlag von Niedersachsen und einen

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Aufschlag von mir. Nachdem dies erst nicht aufeinander aufgesetzt hat, hatten wir die zwei Papiere; das sind die Vorläuferpapiere. Das eine war von mir, das andere war von Niedersachsen, wobei Niedersachsen schon Teile von mir verwendet hat, aber andere Teile hinzugefügt hat.

Dann waren wir hier und haben in der letzten Sitzung gesagt, der Herr Wenzel und ich sollen uns weitgehend einig werden, und das war jetzt der Versuch dessen.

(Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ja, klar!)

Wir haben die einzelnen Forderungen - das würde ich nicht so sehen, Herr Fischer - noch nicht beschlossen; wir haben uns nur die Papiere angeguckt. Also, wir sind jetzt in dem Stadium, dass wir die einzelnen Forderungen beschließen, und aus der Diskussion, die ich jetzt in der nächsten Viertelstunde oder halben Stunde erwarte, würden wir an dieser Stelle eine Vorlage aus dem Papier an die Kommission machen, bei der mehr oder weniger eingeklammerte Texte drin sind. Die Punkte würde ich auch alle in die Kategorie „muss die Kommission entscheiden, kriegen wir hier nicht hin“ stecken.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Ja. - Herr Appel.

Dr. Detlef Appel: Unglücklicherweise steht mein Name auf der ersten Seite; da wird ein Papier von mir zitiert, das im Zusammenhang mit der Frage, über die im Moment gerade diskutiert wird, steht. Ich habe zu einem Teilbereich der beiden Punkte - „Überprüfung der Einteilung in die Wahrscheinlichkeitsklassen“ und den nächsten, ob für die beiden Wahrscheinlichkeitsklassen unterschiedliche Dosisgrenzwerte zugrunde zu legen sind - eine abweichende Meinung gegenüber der Leitlinie, die die ESK verabschiedet hat, abgegeben. Diese beiden Punkte decken das nicht vollinhaltlich ab; es geht nur in dieselbe Richtung. Deswegen bin ich mit der Begrifflichkeit „Überprüfung“ in diesem Zusammenhang durchaus einverstanden.

Ich meine schon, dass das Vorgehen, auch wie es in Leitlinien festgehalten ist, immer wieder der inhaltlichen und auch der methodologischen Überprüfung bedarf, und dies finde ich hier durchaus wieder, selbst wenn es nicht inhaltlich voll mit dem identisch ist, worauf sich meine damalige Stellungnahme bezog.

Wenn aber irgendwo auftauchen sollte, dass es richtig sei und dass die Kommission das vertreten soll, dass tatsächlich die dabei sind - soweit sind wir ja noch nicht -, und in anderen Papieren möglicherweise steht, dass es auf jeden Fall zwingend sein sollte, dass die beiden Klassen „weniger wahrscheinlich“ und „wahrscheinlich“ mit konkreten, mit unterschiedlichen Dosisgrenzwerten berücksichtigt oder beurteilt werden sollten, dann würde ich auf meine abweichende Stellungnahme in der ESK zurückgreifen, weil ich die Position immer noch habe, dass man auch auf andere Art und Weise damit umgehen kann. Das ist keine Drohung.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Wir können uns jetzt die Zeit nehmen - ich denke, wir sollten es auch tun -, über diese drei Punkte hier jetzt auch inhaltlich zu sprechen. Da gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen und Einschätzungen, und ich würde auch gerne versuchen wollen, da so weit wie möglich zu schauen, wo wir da vielleicht eine gemeinsame Linie finden. - Herr Pick.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Schönen Dank. - Noch einmal zur Einordnung: Es gab ja den Wunsch, sich der Sicherheitsanforderungen aus 2010 noch einmal anzunehmen, und daraufhin kam die genannte Anhörung zustande. Dazu gab es eine Zusammenfassung der Ergebnisse; sie sind, soweit ich sehe, auch aus niedersächsischer Sicht nicht strittig, und ich glaube auch, dass wir versucht haben, zumindest das alles in den niedersächsischen Vorschlag aufzunehmen. Es war auch ein ganz deutliches

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

und klares Ergebnis, dass wir dem BMUB den Wunsch mitgeben wollten, dass er da noch einmal hineinguckt und sie gegebenenfalls novelliert.

Wenn man dies jetzt hier in diesem Papier in der Art und Weise darstellt, dass man eine Überprüfung von gewissen Fragen anheimstellt, dann ist das so offen, dass es mir schwerfällt, zu verstehen, warum man damit nicht leben kann. Das ist ja keine Entscheidung, dass es jetzt in diese eine oder andere Richtung zu gehen hat, sondern es ist folgender Sachverhalt: Das ist ein Thema, das als wichtig oder kontrovers identifiziert worden ist, und da soll dann der Regelgeber noch einmal hingucken.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich erinnere mich an die Formulierung, die wir am Ende der Anhörung bzw. auch in unserer ersten Diskussion gefunden haben, die da lautete: Die Sicherheitsanforderungen entsprechen auch heute noch dem Stand von Wissenschaft und Technik.

Wir haben bei einigen wenigen Punkten gesagt, dort gibt es Ergänzungsbedarf. Aber im Wesentlichen ging es eigentlich darum, in Form von weiterer Präzisierung in entsprechenden Unterlagen quasi die Präzisierung dann auch auszuführen.

Es gab also keinerlei Aufforderung oder Anforderung an eine komplette Novellierung der Sicherheitsanforderungen; das ist das, was ich aus der Anhörung bzw. aus unserer Diskussion mitgenommen habe.

(Dr. Thomas Pick [Niedersachsen]:
Richtig!)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja. Das ist so auch Konsens, würde ich doch einmal vermuten wollen.

Vorsitzender Michael Sailer: Das steht auch in dem Papier.

(Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ja, ja!)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja. - Wo bleiben denn die Streitpunkte?

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich habe die drei genannt, die aus meiner Sicht an der Stelle nicht strittig waren. Wir haben in diesem Zusammenhang weder über die Frage der 500 Jahre noch darüber gesprochen, dass die Wahrscheinlichkeitsklassen geändert werden sollen in der Auflistung der notwendigen Änderungen, und wir haben auch nicht darüber gesprochen, dass die Dosisgrenzwerte für die einzelnen Wahrscheinlichkeitsklassen eben angeglichen werden sollten. Das sind aus meiner Sicht Punkte, die neu hineingekommen sind, die nicht von der Gruppe insgesamt so erarbeitet worden sind, und die stelle ich streitig.

Vorsitzender Michael Sailer: Eckige Klammern!

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, eckige Klammern. Das ist im Moment ganz klare Sache. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Also, wenn ich da einmal versuche, obwohl es dir zusteht - du hast heute die Leitung -, ein Resümee zu dem Papier zu machen, dann würden wir Folgendes sagen - ich frage noch einmal genau nach -: Zusätzliche eckige Klammern zu den zweien, die schon da sind, würden wir bei dem Spiegelpunkt „Prüfung, ob für die Anforderung nach Bergbarkeit ...“, bei dem Spiegelpunkt „Überprüfung der Einteilung in die Wahrscheinlichkeitsklassen ...“ und bei dem Punkt „Überprüfung, ob für die beiden Wahrscheinlichkeitsklassen ‚wahrscheinliche Entwicklungen‘ und ‚weniger wahrscheinliche Entwicklungen‘ ...“ machen. Da kommen zusätzlich eckige Klammern hinzu.

Letztendlich bedeutet das ja, wir geben dem BMU etwas mit. Und Sie plädieren dafür, dass wir das dem BMU nicht mitgeben? - Ja. Dann würden wir das machen.

Es gibt noch eine Anpassung. Da hatte ich keine Lust mehr und Herr Wenzel, glaube ich, auch nicht. Das Literaturverzeichnis steht ja zufälligerweise jetzt da vorne und nicht hinten. Es sind aber aufgrund der Einigung, die ich mit Herrn Wenzel hatte, ein paar Stellen verschwunden. Das heißt, ich würde mir noch einmal vorbehalten, aus dem Literaturverzeichnis dann diejenigen zu streichen, die jetzt nicht mehr angezogen sind - nur, dass sich keiner wundert. Ich war einfach zu faul, mir dazu auch noch Gedanken zu machen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Es ist in diesem Prozess auch das Wort „Atommüllkommission“ verschwunden.

Vorsitzender Michael Sailer: Das habe ich gemacht, ja.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja. - Herr Pick.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Ich habe noch einen Auftrag abzuarbeiten, der vermutlich auch in die Kategorie eckige Klammer eingeordnet werden muss, aber vielleicht auch nicht.

Er hat Bezug zu der Frage der Dosiswerte als Indikatoren, und da ist der Auftrag, bei der Prüfung zu berücksichtigen, welche Argumente für ein deterministisches Vorgehen sprechen, oder die Argumente für ein deterministisches Vorgehen in der Prüfung zu berücksichtigen. Das ist der Auftrag.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich könnte inhaltlich mit der Aufforderung leben, weil ich immer der große Freund von deterministisch bin

und die Probabilistik auch nicht mag. Nur, mein Eindruck ist bisher, dass die 2010er-Sicherheitsanforderungen ganz anders als die Vorläuferpapiere das bereits machen. Man kann das natürlich im Sinne einer Überprüfung formulieren: Überprüft jetzt wirklich noch einmal für die, die immer noch in der Welt der Vorläuferversion leben, ob jedes Signalwort darin steht, dass hier Deterministik betrieben wird! In dem Sinne kann man es akzeptieren.

Also, wenn's dem Frieden hilft, würde ich für akzeptieren plädieren. Ich glaube, dass es hier unter denjenigen, die sich schon einmal mit Sicherheitsnachweisen befasst haben, niemanden gibt, der sagt, wir wollen die Deterministik heraus haben. Wir sind froh, dass wir in Deutschland die Deterministik haben.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Das stand halt in dem ursprünglichen Papier von Niedersachsen auch so drin, und deswegen noch einmal der Wunsch.

Vorsitzender Michael Sailer: Da ist jetzt einfach die Frage - - Wie gesagt, meine persönliche Meinung ist: Man kann es hineinnehmen; ob es etwas bringt, ist die andere Frage.

Wir können jetzt nur zwei Dinge machen. Wir können es entweder aufnehmen und stehen lassen, oder wir können es aufnehmen und in eckige Klammern setzen. Da müssen wir uns jetzt entscheiden. Viel mehr Spielraum haben wir da jetzt nicht.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Kleemann.

Dr. Ulrich Kleemann: Ich frage mich wirklich, ob es notwendig ist, das aufzunehmen. Also, wir sind alle keine Fachleute auf dem Gebiet. Ich will mich zu der Frage Deterministik/Probabilistik jetzt nicht äußern. Natürlich kann man das immer wieder thematisieren. Aber eigentlich gehört das hier gar nicht hinein. Ich weiß nicht,

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

warum das unbedingt aufgenommen werden soll.
Also, ich würde mich dagegen wehren.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Dann müssen wir das jetzt irgendwie bestimmen.

Vorsitzender Michael Sailer: Eckige Klammer.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, mit eckigen Klammern geht es auf jeden Fall. Es bleibt dann erst einmal drin, kommt damit aber eben auch irgendwann wieder. Die eckigen Klammern sind Wiedergänger. Dann haben wir es so dort an dieser Stelle. - Herr Kleemann.

Dr. Ulrich Kleemann: Mein Einwurf zielt ja in die Richtung, ob Niedersachsen nicht vielleicht wirklich darauf verzichtet. Aber ich vermute, dass Sie einen Auftrag haben und gar nicht anders können. Wenn das so ist, dann muss es in eckige Klammern. Aber es macht eigentlich hier an dieser Stelle wirklich keinen Sinn.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, es ist, wie es ist, und daran ändern wir heute nichts. - Also, es ist mit eckiger Klammer drin.

Vorsitzender Michael Sailer: Kriege ich den Text dann noch? Ich befürchte, dass ich das persönlich fertig machen muss; deswegen frage ich.

(Dr. Thomas Pick [Niedersachsen] bringt handschriftliche Unterlagen zum Vorsitzenden Michael Sailer)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Hier kommt gerade der Text direkt auf dem Postweg; deswegen die kurze Pause. - Okay, danke schön.

Herr Trautmannsheimer.

Dr. Markus Trautmannsheimer (Bayern): Ich habe noch eine Anregung zu Seite 3 zu dem zweiten Bullet:

Der nach den Sicherheitsanforderungen zugrunde gelegte Nachweiszeitraum von einer Million Jahre ist im internationalen Vergleich als hoch zu bewerten, ...

- jetzt kommt der fragliche Halbsatz -

... wenngleich die Halbwertszeiten teilweise deutlich höher sind.

Da weiß ich nicht, was mir das sagen soll. Soll es heißen, der internationale Vergleich ist nicht richtig, also, man setzt es zu wenig an, oder, es spielt keine Rolle? Ich glaube, das kann man nicht verstehen, und ich würde sagen, das kann man auch streichen, weil man nicht weiß, was eigentlich damit gemeint ist. Da wird wahrscheinlich auf Uran angespielt, das höhere Halbwertszeiten hat; aber stabile Isotope haben noch höhere Halbwertszeiten. Also, ich weiß nicht, was das aussagen soll. Deshalb würde ich es lieber streichen; denn das kann man eigentlich nicht verstehen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Was sagt da der Mitautor?

Vorsitzender Michael Sailer: Es ist meiner Kompromissuche geschuldet, dass das zusätzlich hineinkam. Wir können es in eckige Klammern setzen. Für das Streichen würden wir hier keinen Konsens hinbekommen. Den Mechanismus haben wir ja jetzt in den letzten zehn Minuten ein paar Mal durchprobiert.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Okay. Heute vermehren wir die eckigen Klammern stark.

(Dr. h. c. Bernhard Fischer: 17 hatten Sie!)

Vorsitzender Michael Sailer: Pro Dokument.

(Heiterkeit)

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Nicht, dass wir, wenn wir sie alle verbraucht haben, die Sitzung abrechnen müssen, weil wir anders nicht mehr weiterkommen. - Nein, so ist es nicht. Das ist für heute damit durch.

Jetzt habe ich es nicht mehr im Kopf, Michael:
Wie ist der weitere Fortgang mit 6.5.1 (neu)?

Vorsitzender Michael Sailer: Mein Vorschlag wäre: Wir geben das in die Kommission - also, für den 4. April kriege ich es gerade noch hin, die eckigen Klammern zu setzen -, und wir lassen es auch in der Kommission. Die Punkte, die wir jetzt strittig gestellt haben, werden wir hier nicht lösen können. Also lassen wir es in der Kommission.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, das würde ich unterstützen, und ich denke, wenn die Kommission am 4. April sowieso nicht so viel zu tun hat, dann ist es sinnvoller, die Kommission gleich damit zu belasten, als wenn wir uns noch einmal damit befassen und es dann später zur Kommission ginge. - Einverstanden? Da wir ja auch Kommissionsmitglieder sind, geht uns auch nichts verloren. - Gut, das wird so gemacht. Vielen Dank.

Das war der Punkt 8. Damit kommen wir zu Punkt 9:

Tagesordnungspunkt 9 **Prozess- und Endlagermonitoring** **(Kapitel 6.4.6 Endbericht)**

Das ist zurzeit die Drucksache K-Drs./AG 3-97a, die - nicht überraschend - auf Drs./AG 3-97 zurückgeht. Der Urtext geht zurück auf alte Zeiten unserer Arbeitsgruppe - das mag mittlerweile über ein halbes Jahr her sein - und ist dann durch verschiedene Erweiterungsvorschläge und verschiedene Diskussionsprozesse gelaufen. Das, was Ihnen mit der Drucksache K-Drs./AG 3-97a vorliegt, ist der aktuelle Stand, und er ist damit zur Diskussion gestellt. Sie sehen, es hat eine ganze

Reihe von Einfügungen gegeben. Es gibt Kommentare. Das ist ein wirkliches Baustellenunterkapitel.

Zur Erinnerung: Es gibt diese grobe Unterscheidung zwischen Prozessmonitoring und Endlagermonitoring, wobei das Prozessmonitoring sehr viele Schnittstellen zu Themen hat, die auch an anderer Stelle im Bericht behandelt werden - zum Beispiel kommt das, was wir eben mit Herrn Sträter hatten, natürlich auch mit hinein -, während Endlagermonitoring sehr viel stärker auf den speziellen Standort und die dortigen geologischen und technischen Bedingungen abzielt. Das sind zwei wirklich sehr unterschiedliche Aspekte von Monitoring.

Jetzt bitte ich dazu um Rückmeldungen. - Ja, Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Bei mir ist die erste Frage aufgetaucht bei dem Punkt 6.4.6.1, Prozessmonitoring, und zwar auf Seite 2 der dritte Bulletpoint, Zeile 6. Da steht jetzt drin:

regelmäßige Erhebung der Haltung
in der Bevölkerung zum Prozess
der Endlagerung zur möglichst
frühzeitigen Aufdeckung von
Vertrauensproblemen und von
Schwachstellen in der Beteiligung

Das ist erst einmal ein schöner Satz. Ich frage mich natürlich: Wie soll so etwas praktisch aussehen? Sind wir da wieder beim Thema Volksbefragung, oder wie machen wir das am Ende? Denn ob wir in diesem Prozess am Ende eben etwas Belastbares hinbekommen, erschließt sich mir momentan, ehrlich gesagt, noch nicht.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Im Prinzip gehört das natürlich in diesen ganzen Komplex Öffentlichkeitsbeteiligung hinein. Dieses Prozessmonitoring ist ja nicht einfach unsere Sache als AG 3; das betrifft auch die AG 1 und die AG 2. So, wie es hier steht, lässt das erst

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

einmal alles offen. Das müsste im Prinzip später einmal - deswegen sind dort eckige Klammern angesagt -, wenn wir von der AG 1 ein ordentliches Konzept haben, durch einen Verweis dorthin irgendwo ergänzt bzw. auch ersetzt werden. In der Tat, im Moment ist es faktisch ein Platzhalter, dass man so etwas braucht. - Also geben wir wieder eine eckige Klammer aus, um das dann vielleicht noch durch den Hinweis auf die AG 1 zu ergänzen.

Vorsitzender Michael Sailer: Rein organisatorisch finde ich die Hinweise auf die AG 1 nicht besonders zielführend, weil wir das dort nicht bearbeitet kriegen.

(Heiterkeit)

Das heißt, Verweise ins Nirwana sind ein bisschen schwierig. - Das wollte ich jetzt nicht ganz so scharf sagen, wie ich es gesagt habe.

Die Frage wäre, ob man an dieser Stelle eine etwas allgemeinere Formulierung hinkriegt, weil es ja zum Monitoring gehört. An dieser Stelle müsste also ein solches Thema angesprochen sein. Ich glaube auch nicht, dass wir jetzt bestimmen können, wie man 2025 ein Monitoring der Haltung der Bevölkerung macht. Das wird man mit den dann zur Verfügung stehenden politischen oder demoskopischen Mitteln machen müssen. Also, wir müssen nur den Anstoß geben, dass man das an dieser Stelle nicht vergisst.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Ja. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich verfolge ja auch immer durchaus interessiert das, was in der AG 1 so alles passiert, und habe dort wahrgenommen, dass man sich momentan gerade zu diesem Punkt, ob es eben denn in irgendeiner Art und Weise eine Befragung oder Meinungsbildung innerhalb der Bevölkerung auch in Regionen geben soll, durchaus sehr kritisch äußert und sagt, das bringt uns eigentlich nicht viel weiter,

es kann uns eigentlich nur irgendwo ein Stück weit blockieren.

Wenn wir hierbei eher so in den Bereich von Demoskopie gehen oder mehr in die wissenschaftliche Betrachtung, dann kann ich mir da vielleicht auch noch etwas anderes vorstellen. Nur kann ich mir schlechterdings vorstellen, dass wir hier tatsächlich dahinter eine Volksbefragung sehen, die uns dann eben eine Aussage geben soll: Ist denn der Prozess noch irgendwo akzeptiert, oder ist er nicht mehr akzeptiert? Das erscheint mir als Monitoringmaßnahme nicht geeignet.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Also, dazu kann ich sagen - ich glaube, diese Zeile ist irgendwann einmal von mir geschrieben worden -: Das war auch nicht intendiert, sondern es ist wirklich nur der Merkposten, dass zu einem Monitoring dies auch dazugehört. Wenn die Kommunikation mit der Zivilgesellschaft, mit der Öffentlichkeit ordentlich betrieben wird, wird man in dem Prozess quasi automatisch bemerken, wenn Vertrauensverlust eintritt - das kann gar nicht anders sein -; dazu braucht man nicht noch Umfragen zu machen. - Herr Appel.

Dr. Detlef Appel: Unabhängig von der Zielsetzung ist es meiner Ansicht nach unerlässlich, regelmäßig oder unregelmäßig die Außenwahrnehmung dessen, was da abläuft, zu erheben. Wie man das macht, sei einmal dahingestellt. Deswegen finde ich es auch richtig, dass ein solcher Punkt hier steht.

Dass man Vertrauen nicht unmittelbar messen kann oder dass dies relativ schwierig ist, das ist eine andere Geschichte. Aber ich denke nur an die Ergebnisse von Eurobarometer, die seit 15 Jahren zeigen, dass die Bevölkerung etwas ganz anderes denkt als das, was in den Ländern verfolgt wird. Das sagt unter Umständen auch etwas darüber aus, wenn man das konkreter formuliert und nicht über Eurobarometer, sondern regional oder wie auch immer abfragt, wie denn dieser Prozess wahrgenommen wird

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

und ob er überhaupt wahrgenommen wird, und das ist meiner Ansicht nach wichtig. Wie man das dann hier an dieser Stelle genau formuliert, sei einmal dahingestellt. Mir wäre nur wichtig, dass der Gedanke erhalten bleibt.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:

Ja. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich mache mir halt nur insofern etwas Sorgen, wenn wir hier jetzt eben Monitoring während des Prozesses einfordern oder es beschreiben, dann geben wir das ja irgendwie als Aufgabenstellung an den Vorhabenträger, der sich anschließend etwas darunter vorstellen muss.

Also, wenn wir das so allgemein, wie es hier steht, stehen lassen, ist theoretisch die Interpretation bis hin zu einer Volksbefragung möglich, und das empfinde ich an dieser Stelle ein Stück weit kritisch, weil letztendlich, wenn überhaupt so etwas gemacht wird, es dann von der Öffentlichkeitsbeteiligung her kommen müsste.

Ich denke, man könnte hier sicherlich auch noch den Versuch unternehmen, eine etwas andere Formulierung zu suchen, um da diese praktische Umsetzung am Ende möglicherweise etwas konkreter zu fassen und jetzt hier nicht eben das so weit aufzumachen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das ist vor ungefähr einem halben Jahr geschrieben worden, vielleicht auch schon vor einem Dreivierteljahr, und damals war diese Offenheit Absicht, -

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ja.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: - in der Erwartung, dass all das passiert, was nicht passiert ist. Darauf müssen wir natürlich eingehen.

Ich meine, wenn die Leute in zehn Jahren eine Umfrage machen wollen, Herr Fischer, können wir ihnen das heute eh nicht verbieten. Aber es soll natürlich nicht automatisch in diese Richtung suggeriert werden. So ist das auch nicht gemeint, und da müssten wir über eine Formulierung nachdenken. - Herr Backmann.

Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann (Schleswig-Holstein): Ich will einen Vorschlag machen, der beides aufgreift. Meines Erachtens wäre eine Umfrage auch deshalb schräg, weil wir ja zu Beginn des Prozesses keine machen. Bei Veränderungen, dann mehr zu verlangen als beim Grundsätzlichen, da ist irgendwie ein Bruch drin, und „Bevölkerung“ klingt nun einmal zunächst nach Gesamtbevölkerung.

Der Vorschlag wäre, dass wir als Merkposten formulieren, dass das in dem Bericht existierende Bürgerbeteiligungsverfahren, das Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit, in das Monitoring einbezogen wird und es auch seinerseits regelmäßig zur Überprüfung gestellt wird. Wenn man das so offen formuliert - Einbeziehung des im Bericht vorgesehenen Bürgerbeteiligungsverfahrens in das Monitoring -, dann würde dies als Merkposten das Intendierte abdecken, aber gleichzeitig nicht diese unendliche Weite mit sich bringen, die hier befürchtet wurde.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Vielen Dank. Das könnte ein sehr schöner Vorschlag sein, ist es, glaube ich, sogar auch. - Herr Pick.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Schönen Dank. - Ich habe eine grundsätzliche Frage zu dem Prozess der Erstellung dieses Berichtsteils. Es gibt eine ganze Menge Studien zum Monitoring; die letzte ist, glaube ich, das MoDeRn Project gewesen. Die Frage ist: Inwieweit hat sie den Text beeinflusst? Oder anders herum gefragt: Hat man bewusst darauf verzichtet, das eben hier zu referenzieren?

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Sie meinen jetzt den Punkt Endlagermonitoring, also 6.4.6.2?

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Nein, es gibt auch etwas zu Prozessmonitoring, zu Daten und so etwas.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Also, wenn es da Materialien gibt, die referenziert werden sollten, aber nicht wurden, dann bin ich da einfach für Hinweise dankbar; dann machen wir das noch.

(Zuruf von Dr. Thomas Pick
[Niedersachsen])

- Absicht steckt nicht dahinter, wenn etwas nicht erwähnt ist. - Ja, prima. Das wird dann ergänzt, genau. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich habe einen weiteren Punkt, den ich hier gerne anbringen möchte, und zwar auch auf der Seite 2, Zeile 21. Da steht schon etwas in eckigen Klammern:

Die institutionelle Ausgestaltung
des Prozessmonitoring (z. B. über
eine Begleitkommission mit einem
klar definierten Mandat ...

Diese mögliche neue Institution einer Begleitkommission erscheint mir momentan zumindest noch nicht ausdiskutiert. Vor dem Hintergrund der Institutionen, die wir insgesamt in der Kommission schon geschaffen haben, halte ich zumindest erst einmal für fragwürdig, dass wir da noch eine neue Begleitkommission für den Monitoringprozess brauchen. Das müsste irgendwo in eine Begleitkommission oder in einen Kreis mit eingebunden werden, den wir schon an anderer Stelle konzipiert haben. Hier noch etwas Neues irgendwo zu schaffen, kann doch nicht der Sinn und Zweck sein. Oder habe ich das missverstanden?

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Nach meiner Erinnerung stammt das aus einer Zeit, als das alles noch sehr vage war, und es müsste heute auf das sich allmählich herausbildende Gerüst an Kommissionen, Begleitgruppe, Institutionen usw. abgebildet werden. In der Tat, das muss passieren, und ob man hier etwas Eigenes braucht, das ist, glaube ich, gar nicht intendiert. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Im weiteren Sinn bezieht sich das ja nicht nur auf die Zeilen 21 bis 23, sondern geht eigentlich bis in die Zeile 40 hinein.

(Zustimmung)

Das ist ja bewusst auch als eckige Klammern dargestellt worden.

Wenn wir uns als AG 3 trauen, den gordischen Knoten zu durchschlagen, dann müssen wir uns die Traute nehmen und nicht immer sagen, AG 1 macht es. Dann wäre mein Vorschlag, dass wir aus diesem ganzen Riesenzoo sagen: Es gibt das gesellschaftliche Begleitgremium; das ist sozusagen das oberste Wächtergremium, das keine direkte Rolle als Operator oder Regulator spielt, und die müssen den Prozess bewachen. Das heißt, sie müssen eigentlich dafür sorgen, dass das Monitoring installiert wird. Das heißt, dass wir uns da klar in die Aussage begeben, das gesellschaftliche Begleitgremium soll den Monitoringprozess beobachten. Davon unbenommen haben das BfE und der Vorhabenträger sich auch Teilaufgaben vom Monitoring zu nehmen.

Um es noch einmal zu erklären: Ich würde diesen ganzen „Gremienzoo“ gern total reduzieren, weil es sonst auch nicht handhabbar ist: Es gibt einen Schwerpunkt gesellschaftliches Begleitgremium, und dahin gehören alle Wächteraufgaben im weitesten Sinne, die man irgendwo anhängt - -

(Dr. Ulrich Kleemann: Auch die
Wissenschaft!)

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

- Das, was wir vorhin diskutiert haben, das müssen wir in irgendeiner Form auch an das gesellschaftliche Begleitgremium dranhängen, obwohl es kein wissenschaftliches sein wird. Aber Prozesse anstoßen ist etwas anderes als Prozesse durchführen. Dass sich das gesellschaftliche Begleitgremium dann an vielen Stellen zuarbeiten lässt, ist etwas anderes. Aber diese Anstoßfunktion unabhängig von den eigentlichen Verwaltungsverfahren kriegen wir nur an einer Stelle hingehängt.

Das wäre sozusagen mein Grundkonstrukt. Sonst haben wir irgendwo die Regionalkonferenz; sie brauchen wir aber bei unseren Themen nicht, weil sie eher bei den reinen AG 1-Themen ist.

Wir können nicht weitere Gremien schaffen; sonst müssten wir in den weiteren Gremien auch genau definieren, wie sie mit den anderen gehen, und deswegen wäre mir immer lieber, wenn wir eine Funktion definieren - und hier definieren wir eine -, dass wir die irgendwo relativ direkt als Aufgabe an das gesellschaftliche Begleitgremium anhängen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Ja. - Herr Kleemann, Herr Appel.

Dr. Ulrich Kleemann: Ich möchte etwas widersprechen. Ich bin durchaus für eine starke Stellung dieses gesellschaftlichen Begleitgremiums, aber schon der Auffassung, dass das wissenschaftliche Kontrollgremium unabhängig davon agieren sollte; denn es gibt ja auch diese Konstruktion bei der Asse-Begleitgruppe, die sich letztendlich auch noch eine Arbeitsgruppe „Wissenschaftliche Zuarbeit“ leistet. Das ist aber von der Stellung der Wissenschaft her nach außen hin nicht so stark wie ein eigenständiges Gremium. Da will ich dafür plädieren, dass wir dieses wissenschaftliche Kontrollgremium als eigenständiges Gremium dann auch mit in diesen Prozess implementieren.

Vorsitzender Michael Sailer: Für das, was wir hier behandeln, nämlich das Prozessmonitoring -

Dr. Ulrich Kleemann: Ja.

Vorsitzender Michael Sailer: - soll da das gesellschaftliche Begleitgremium hingucken, oder soll da das wissenschaftliche hingucken?

Dr. Ulrich Kleemann: Nein. - Wenn es jetzt nur darum geht, dann bin ich auch dafür, dass das Prozessmonitoring von dem gesellschaftlichen Begleitgremium gemacht werden soll. Aber wir haben ja auch noch in dieser eckigen Klammer das wissenschaftliche Kontrollgremium. Deshalb habe ich das angesprochen, dass es also nicht in dem gesellschaftlichen Begleitgremium aufgeht.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Appel.

Dr. Detlef Appel: Ich denke auch eher in die Richtung des gesellschaftlichen Begleitgremiums, weil es ein Gremium geben muss, das aus einer relativ allgemeinen Ebene darauf achtet, dass erstens die Regeln eingehalten und weiterhin die Ziele auf den vorher vereinbarten Grundlagen angestrebt werden. Dieses gesellschaftliche oder wie auch immer zu benennende Begleitgremium wird sich selber inhaltlich mit den Fragen nur amtlich beschäftigen, um sich zu vergewissern, ob da tatsächlich ein Problem erkannt worden ist, wenn ein kritischer Punkt identifiziert worden ist.

Die eigentliche technische oder wissenschaftliche Arbeit, die damit verbunden ist, muss dann delegiert werden. Ob das dann ein Ad-hoc-Gremium ist oder ob das ein bestehendes wissenschaftliches Gremium ist, sei einmal dahingestellt.

Was dieses Gremium, Begleitgremium oder wie auch immer, das den Prozess monitort, auf keinen Fall machen wird, ist das, was - ich weiß jetzt nicht, welcher Ausdruck das ist - von Zeile 42 auf Seite 2 bis Zeile 19 auf Seite 3

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

beschrieben wird. Da wird darauf hingewiesen, dass sich in Zukunft der Stand von Wissenschaft und Technik auch im Bereich der Erkundung ändern wird, weiterentwickeln wird. Das wird er zweifellos; aber es ist keine Aufgabe des gesellschaftlichen Begleitgremiums, sich inhaltlich damit auseinanderzusetzen.

(Zustimmung des Vorsitzenden Prof. Dr. Armin Grunwald)

Es muss lediglich prüfen, ob die Verfahrensverantwortlichen sich dieses Problems bewusst sind und sich damit auseinandergesetzt haben.

Ich empfinde es als sehr wichtig, dass genau auf den verschiedenen Ebenen, auf denen die einzelnen Institutionen aktiv werden werden - wie auch immer sie dann heißen werden und welche es geben wird, die daran beteiligt sein werden -, diese Gremien auf den entsprechenden Ebenen die richtige Arbeit machen, während oben darüber dann ein Gremium etabliert ist, das dies koordinierend beobachtet und den Finger hebt oder laut ruft, wenn ihm etwas auffällt oder ihm etwas zugetragen wird.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Wenn wir Ihnen folgen und mit Michael Sailer gesprochen, den gordischen Knoten durchschlagen wollen, dann wäre sozusagen eine Verantwortungszuschreibung an das gesellschaftliche Begleitgremium, den Prozess zu beaufsichtigen, darauf zu achten, dass alle relevanten Parameter gemonitort werden usw. Aber die Ausführung könnte dann auch an anderer Stelle erfolgen, je nach den Ebenen, auf denen man sich da bewegt, und abhängig davon, welche Aufgaben da im Einzelnen zu leisten sind.

Dr. Detlef Appel: Meiner Ansicht nach kann das gar nicht anders gehen; denn das gesellschaftliche Begleitgremium kann Probleme erkennen, aber es kann nicht Verfahrensabläufe,

die von Untersuchungsergebnissen usw. bestimmt werden, selber gestalten. Das kann nur zufällig sein, weil es in einem solchen Gremium nicht die Fachkompetenz geben wird, die alle Problembereiche abdecken kann. Vielmehr muss dann Wachsamkeit auf einer allgemeinen Ebene vorhanden sein, um die Defizite oder sich abzeichnende Defizite zu erkennen und dann zu sagen: Macht ihr das mal!

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja. Das ist für mich plausibel. - Michael, wie ist es bei dir?

Vorsitzender Michael Sailer: Bei mir wäre der Vorschlag eigentlich, dass wir das auf der ersten Seite und auf der zweiten Seite das, was da bis Zeile 20 oder bis Zeile 18 steht, so stehen lassen, dass wir dann darunter schreiben, dass wir sehen, dass das gesellschaftliche Begleitgremium der Oberwächter dieses Prozesses ist, also in einer Wachfunktion und auch in einer Veranlasserfunktion, wenn etwas zu machen ist - das können wir ein bisschen weiter ausführen -, dass wir dann auf die Zeilen 21 bis 23 verzichten, weil sie aus einer Zeit sind, als die Gremien noch gar nicht sortiert waren, und dass wir auf die Zeilen 25 und 26 verzichten - nicht, weil ich es mit Herrn Kleemann nicht ausdiskutieren will, sondern weil wir hier über Sachen reden, bei denen das wissenschaftliche Kontrollgremium, wenn es dies denn dann gibt, gar nicht angesprochen ist. Das muss woanders mit „Wenn ..., dann ...“ angehängt werden.

(Dr. Ulrich Kleemann: In einem Unterkapitel!)

Die Zeile 27 brauchen wir eigentlich auch nicht. In Bezug auf die Zeilen 28 bis 36 erhoffe ich mir stark - das gehört eigentlich nicht zum Monitoring, sondern das ist das Thema Forschung -, dass dies in dem niedersächsischen Entwurf aufgegriffen wird. Wenn nicht, bitte da noch einmal ein paar Zeilen ergänzen. Ich glaube, es gehört eher in die Forschungspolitik - wie macht man eine

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Forschungspolitik und Forschung für
Endlagerung so, dass alles bedacht wird? -, als
das jetzt ins Prozessmonitoring zu bringen.

Dann wäre mein Vorschlag, dass man den Text in
den Zeilen 37 bis 40 ein Stück weit daran
anpasst, weil die ersten zweieinhalb oder zwei
Zeilen ja eigentlich Aufgabenzuschreibungen an
das gesellschaftliche Begleitgremium sind. Das
kann man in den Sätzen unterbringen.

Ob man noch einen Satz zu internationalen Peer
Reviews und regelmäßigen Statuskolloquien
sagt? Da kann man vielleicht noch einmal
andeuten, dass das noch andere Tools wären,
aber auch da wäre aus meiner Sicht erst einmal
das gesellschaftliche Begleitgremium gefordert,
dass es sagt, macht das mal gefälligst. Das kann
natürlich auch ein anderer Spieler machen. Also,
wenn das BfE das jährliche Statuskolloquium
machen will, ist es auch recht. Das müssen wir
aber, glaube ich, hier nicht zuordnen; wir haben
ja vor dem Mittagessen über Statuskolloquien
gesprochen.

Das wäre also ein deutlich kürzerer Text. Oben in
den Zeilen 19 und 20 würde ich hinter den
Worten „relevanten Daten“ einen Punkt machen.
Es wäre nahezu peinlich, das hier
aufzuschreiben, mindestens im Zuge der
Akteneinsicht. Wir konstruieren jetzt gerade ein
Verfahren, bei dem das gesellschaftliche
Begleitgremium eine zentrale Rolle hat, und da
geht es nicht an, nun darum zu betteln, dass sie
Akteneinsicht nach dem
Umweltinformationsgesetz oder so bekommen.
Diesen Satz würde ich wirklich streichen. Bis zu
„Daten“ ist das ja okay; aber das brauchen wir
sowieso.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, das
ist klar. Da könnte man dann vielleicht einen
Verweis auf das Dokumentationskapitel einfügen,
worin ja ein paar Sachen über Zugriffsrechte
stehen.

Vorsitzender Michael Sailer: Ja.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, da
liegt jetzt ein Vorschlag auf dem Tisch. - Herr
Kleemann.

Dr. Ulrich Kleemann: Ich bin mit den
Streichungen einverstanden, wenn es eben dann
in diesem Kapitel zu dem selbsthinterfragenden
System aufgegriffen wird, per Review usw.

Vorsitzender Michael Sailer: Und
Forschungskapitel.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Genau. - Herr Pick.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Ich muss
gerade mit meinem Computer kämpfen; einen
kleinen Moment.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Mal
gucken, wer gewinnt.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Niedersachsen
gewinnt immer, entweder der niedersächsische
Computer oder der niedersächsische Mitarbeiter.

(Heiterkeit)

Spaß beiseite. - Ich möchte mir jetzt nicht
einbilden, dass ich den Kapitelentwurf genau
genug gelesen habe. Deswegen ist das Folgende
als Frage formuliert. In den internationalen
Papieren kommt auch immer wieder vor, dass
Monitoring von geologischen Endlagern auch
dazu beitragen könnte, die öffentliche Akzeptanz
solcher Vorhaben zu erhöhen. Wenn das noch
nicht drin ist, wenn ich das nicht nur überlesen
haben sollte, dann wäre meine Bitte, da noch
einen Satz zu spendieren.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Wenn
wir vielleicht mit diesem Punkt zu 6.4.6.2
kommen; da ist ja das eigentliche
Endlagermonitoring gemeint, und ob da jetzt die
Geschichte mit dem Vertrauen im Text steht,
habe ich im Moment selber nicht im Kopf. Auf
jeden Fall ist das ein relevanter Aspekt.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Vorsitzender Michael Sailer: Aber für das Kapitel, an dem wir noch nicht sind. - Auf der Seite 1, ganz vorne.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, stimmt.

Dr. Ulrich Kleemann: Ja, auf der Seite 1 bei der Einleitung ab Zeile 33, da müsste im Prinzip dieser Hinweis auf die Akzeptanz hinein.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Na ja, man kann es auch noch weiter vorne, wirklich in den Vortext, schreiben und es in den Kontext dieses lernenden Verfahrens stellen. Lernend geht ja nur, wenn man sozusagen dauernd selbst weiß, wo man steht, und das beinhaltet eine Monitoring-Verpflichtung, und dieses Lernen hat ja eben auch mit dem Vertrauen zu tun. Das wäre auch ganz vorne möglich. Stünde es am Anfang von 6.4.6.1, würde es wieder nur dafür gelten; es gilt aber für beide Arten des Monitoring. Deswegen sollte es vielleicht ganz vorne stehen. - Herr Pick.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Ich bin über den Beteiligungsprozess darauf gekommen. Der Textteil in dem Bericht der Europäischen Kommission lautet in diesem Zusammenhang:

International guidance documents on monitoring of geological repositories ... suggest that monitoring can potentially contribute to public acceptance by building confidence in the behavior of a facility and can play a role in structured participatory processes for decision making.

Deshalb kam ich jetzt gerade bei dem Aufruf dazu.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das wäre fast schon ein schönes Zitat.

(Zuruf von Dr. Thomas Pick
[Niedersachsen])

- Sehr gut, ja. Prima.

Dann die Frage, wenn wir weiter nach hinten gehen, also 6.4.6.2.

(Dr. h. c. Bernhard Fischer: Darf ich noch einmal?)

- Ja, Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Lassen Sie mich einen ganz kleinen Moment bei 6.4.6.1 verharren. Da gibt es noch den letzten Satz, Zeilen 18/19:

Die Entwicklung des Standes der Technik bei der Erkundung von Endlagerstandorten birgt erhebliches Potenzial, den gesamten Prozess zu beschleunigen.

Ich finde das grundsätzlich okay, frage mich nur, ob das an dieser Stelle richtig ist.

Vorsitzender Michael Sailer: We hope so.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich hätte diesen Satz eher an einer anderen Stelle verortet; denn hier haben wir jetzt gerade das Prozessmonitoring abgearbeitet, und insofern ist das für mich eigentlich eher etwas Grundlegendes, was meiner Meinung nach entweder weiter vorne abgearbeitet werden müsste oder hier quasi entfallen kann.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, da haben Sie völlig recht. An dieser Stelle macht das schon gar keinen Sinn; wenn, dann eher in 6.4.6.2.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ja.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Oder es ist eben sowieso an anderer Stelle schon mit erledigt oder wird dort mit erledigt.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich erachte das, was da steht, von der Sache her als grundsätzlich richtig, würde es hier an dieser Stelle nur nicht verorten wollen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, stimmt; völlig berechtigt. - Herr Appel.

Dr. Detlef Appel: Ich möchte noch einmal auf das zurückkommen, was ich vorhin gesagt habe. Das beginnt auf der Seite 2, bei mir Zeile 42, und endet dann im Grunde mit den Zeilen 18 und 19. Auch das, was davor steht, gehört letztlich nicht hierher, weil es eine technische Frage ist. Man kann es höchstens beispielhaft anführen. Aber es ist nicht die Aufgabe des Begleitgremiums, sich tatsächlich mit der Weiterentwicklung des Standes von Wissenschaft und Technik in Bezug auf den Erkundungssektor auseinanderzusetzen; dies ist vielmehr die Aufgabe der dafür verantwortlichen Institutionen. Aber das Begleitgremium soll darauf achten, ob sie das auch tun.

Also, so gesehen, wird hier ein Zusammenhang sozusagen zur realen Arbeit hergestellt, und damit wäre ich etwas vorsichtig. Die Frage, wie man ein Erkundungsprogramm umsetzt, kann auch irgendwo formuliert werden; das ist ja eine andere Geschichte. Aber es ist nicht die Aufgabe des Begleitgremiums, sich selber damit auseinanderzusetzen, und dieser Eindruck entsteht hier.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Ja. - Herr Kleemann.

Dr. Ulrich Kleemann: Mir ist gerade jetzt bei der Diskussion, als wir noch einmal in die Einleitung zurückgesprungen sind, aufgefallen, dass wir im Prinzip die Struktur jetzt etwas geändert haben.

Wir haben aus zwei
Kapiteln - Prozessmonitoring,
Endlagermonitoring - haben wir im Prinzip jetzt
drei Kapitel gemacht, indem am Ende noch
dieser Wissenschaftsaspekt hinzukommt.

Vielleicht muss man das auch noch einmal von der Struktur her diskutieren.

Im Grunde genommen haben wir ja ein Prozessmonitoring, wir haben ein Endlagermonitoring, und wir haben so etwas wie ein Forschungsmonitoring. Da würden dann solche technischen Fragen auch hineingehören. Ich meine, dass man die Weiterentwicklung von Forschung und Entwicklung betrachtet, dass wir dieses selbsthinterfragende System haben wollen mit dem Wissenschaftskontrollgremium, das ist ja in der derzeitigen Struktur gar nicht richtig erfasst.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Was natürlich auch die Frage aufwirft, was in dem Kapitel über Forschung und Technologieentwicklung einmal stehen wird - nicht, dass wir dann die Sachen doppelt und dreifach haben.

(Zustimmung)

- Ja, genau. Im Moment können wir an dieser Stelle, weil wir das Kapitel noch nicht haben, nur sozusagen einen Merkposten setzen, dass wir das in einer nächsten Phase dann bereinigen. - Ja, danke.

Jetzt aber wirklich zum Endlagermonitoring als solchem. - Dort gibt es keine Bemerkungen. - Das wird noch geprüft. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ja, wird immer alles geprüft. - Zeile 35 ff.

(Zuruf: Welche Seite?)

- Seite 3.

Für das Monitoring muss festgelegt werden, welche Parameter an welchem Ort zu beobachten sind, da dies Auswirkungen auf die Auslegung der Technologien für das

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Monitoring (Sensoren und Datenübertragung an die Oberfläche) hat.

„Auslegung von Technologien“ ist aus meiner Sicht ein schräger Begriff. Ich meine, wenn man etwas hier an dieser Stelle auslegt, dann sind es die konkreten Anwendungstechniken.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ach so. - Ah, ich verstehe.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich würde an dieser Stelle - - Unter Technologien verstehe ich in dem Sinne etwas anderes als das, was wir hier meinen. Wir meinen die Sensoren usw.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Das ist also das, worüber ich hier gestolpert bin. - Sekunde! Das ist okay. Jetzt gucke ich mal, ob da noch etwas kommt.

(Der Redner sucht in seinen Unterlagen)

Das Kapitel geht ja noch deutlich weiter. - Nein, das ist eigentlich soweit okay, denke ich.

Vorsitzender Michael Sailer: Auf der Seite 4 kommt es.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Es sind noch eckige Klammern auf der Seite 4, Standorte für die untertägige Erkundung. Gibt es Möglichkeiten, sie vielleicht wegzubekommen? - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Von der Logik her ist es so, dass man es, wenn man so detailliert sein will, nicht wegbekommt, weil Standorte für die oberirdische Erkundung sind mehr Standorte und früherer Zeitpunkt, und Standort für die unterirdische Erkundung ist weniger Zeitpunkt.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja.

Vorsitzender Michael Sailer: Man kann nicht irgendetwas neutral formulieren. Wir können uns auch entscheiden, ob wir sagen, man muss bei der oberirdischen Erkundung schon über das Monitoring nachdenken. Ich halte es ein bisschen für schwierig. Realistischer wäre schon, zu sagen, beim Unterirdischen, weil viele früher gesagt hätten: In der Endphase der Einlagerung ins Endlager überlege ich mir einmal das Monitoring. Jetzt will man bitte heute schon im Genehmigungsverfahren das Monitoring haben, weil man bestimmte Sachverhalte vorne abklären muss, damit man sich darauf einstellt, und hier sagen wir jetzt, noch eine Stufe früher untertägige Erkundung. Da sind wir ja schon relativ genau an der Stelle, wo wir später landen. Also, ich würde die untertägige Erkundung da schon mit hineinnehmen, weil ich mir technisch und systemtechnisch nicht so genau vorstellen kann, wie man für das Monitoring schon vorspuren soll außer mit allgemeinen Forschungsarbeiten: Was ist die Monitoring-Kunst für oberirdische Standorterkundung?

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich würde Ihnen absolut zustimmen und könnte jetzt böswillig an dieser Stelle sagen, das war genau der Grund, warum wir gesagt haben, wir sollten in Gorleben weiter erkunden und das Monitoring aufrechterhalten. - Aber das nur als etwas lustige Nebenbemerkung.

Vorsitzender Michael Sailer: Das diskutieren wir nicht heute aus.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das hätten Sie an dieser Stelle böswillig sagen können; aber da Sie ja nicht böswillig sind, haben Sie es auch nicht gesagt.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Aber das ist genau der Punkt. Das wäre auch richtig gewesen

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:

Gut. - Gibt es dazu noch andere Meinungen? - Ja, tatsächlich: Herr Trautmannsheimer, Herr Pick.

Dr. Markus Trautmannsheimer (Bayern): Ich habe nur eine kleine Anregung. In Zeile 27 bei Endlagermonitoring halte ich „kontinuierliche Beobachtung“ für etwas zu stark. Es würde „ständige Beobachtung“ ausreichen, während man bei „kontinuierlich“ darunter schon verstehen kann, dass es wirklich immerwährend ist, zu jedem Zeitpunkt, und das empfinde ich als etwas zu stark. Ich würde das eher abgeschwächt haben wollen.

(Prof. Dr. Georg Milbradt: Wie bei der Asse!)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:

Ja. - Herr Pick.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Das bezieht sich jetzt auf den vorletzten Absatz ab Zeile 37.

Vorsitzender Michael Sailer: Auf welcher Seite? Wir sind auf zwei Seiten.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Ich dachte, wir wären jetzt schon auf Seite 4. Sonst stelle ich das noch einmal zurück. - Nein, ist richtig? - Gut. Da steht:

Ein aktives Endlagermonitoring ist mindestens zu dem Zeitpunkt erforderlich, zu dem Bergbarkeit der Behälter auslegungstechnisch endet.

Da schreibt man das weiter sehr defensiv, dass es keinen definierten Endpunkt der Überwachung geben kann, man aber erwartet, dass die dann existierende Gesellschaft dazu anhält, langfristig den Endlagerstandort zu beobachten.

Da stellt sich mir ja die Frage: Das müsste ja dann eigentlich so angelegt sein, dass sie das auch können? Man muss das zumindest im Gedanken

haben. Es ist ja nicht so, dass man es 500 Jahre auslaufen lässt und dann hofft, dass es übergeben wird. Da muss ja auch irgendetwas vorhanden sein, womit die Leute dann weiterkommen.

Vorsitzender Michael Sailer: Das ist aber in Richtung Dokumentationskapitel.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Der Gedanke ist: Ich weiß nicht, wie man sich das vorstellt; vielleicht einfach nur zur Erläuterung.

(Zuruf von Dr. h. c. Bernhard Fischer)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Zum einen - Michael Sailer sagt das mit Recht - geht es natürlich in die Richtung Dokumentation, dass das Wissen darüber erhalten bleibt; zum anderen verliert sich natürlich in die Zukunft hinein irgendwo auch das, was wir so mit gutem Grund sagen können. Es wird einfach immer dünner, je weiter man da in die Zukunft schaut. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich stelle mir das nur rein praktisch vor. Ich meine, wir haben nach circa 100 Jahren das Endlager verschlossen. Dann haben wir zwischen 100 und 500 Jahren dort unten nichts getan, sind nicht hingekommen und glauben immer noch, dort unten etwas messen zu können? Ich würde es jetzt momentan rein praktisch zunächst erst einmal als eher sehr unwahrscheinlich betrachten, dass das funktioniert. Dafür haben wir zumindest nach heutiger Vorstellung keine Techniken, mit denen ich mir das vorstellen könnte.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Ja. - Herr Pick.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Vielleicht kann man es ja einfach mit dem Verweis auf die Dokumentation lösen und es umdrehen, dass die Dokumentation so zu gestalten ist, dass man dem zumindest nicht entgegensteht, dass die da weiter bohren.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Dass man sozusagen die Bedingungen mit der Möglichkeit schafft, dass so etwas realisiert werden kann.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Damit hat man es dann auch positiv und zukunftsweisend formuliert.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Ja. - Herr Milbradt.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Wir zerbrechen uns den Kopf, was in 100 oder 500 Jahren geschehen soll. Die Gesellschaft selber definiert dann doch das Interesse, das sie daran hat. Es kann sein, dass sie sehr interessiert sind; dann werden sie viel tun. Wir haben doch keinerlei Möglichkeiten, mit guten Ratschlägen die dritte Generation nach uns zu ermahnen, sie sollten doch etwas Bestimmtes tun. Ich glaube, wir überschätzen uns völlig.

Deswegen würde ich sagen: Hinsichtlich all dieser Dinge, die jetzt mit der Endlagersuche im engeren Sinne nichts zu tun haben, kann man vielleicht einmal einen Hinweis geben, aber mehr auch nicht.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ich glaube, das war aber auch schon so in dem Sinne, wie Herr Pick es jetzt zum Schluss gewendet hatte: Es geht nicht darum, uns Gedanken zu machen, was sie tun sollen, tun werden, was auch immer, aber darum, die Bedingungen zu schaffen, damit sie etwas tun können, wenn sie es wollen würden; nur so. Alles andere ist natürlich denjenigen dann selbst überlassen. Dokumentation ist ja geradezu eine Vorsorge, damit zukünftige Generationen irgendwie das Material in der Hand haben, wenn sie da irgendetwas machen wollen, mehr nicht.

Jetzt gibt es gerade Kaffee. - Herr Appel.

Dr. Detlef Appel: Ja, den will ich natürlich auch haben.

(Heiterkeit)

Vielleicht kann ich den Gedanken vorher loswerden. - Ich habe jetzt eben versucht, noch einmal querzulesen, und es ist mir nicht aufgefallen, dass ein Punkt, der meiner Ansicht nach erwähnt werden sollte, aufgeführt ist, nämlich ein weiteres Ziel von Endlagermonitoring.

Hier wird ausschließlich der Zusammenhang zur Fehlererkennung und der Einleitung von entsprechenden Maßnahmen angesprochen. Ich glaube, dass kurzfristig oder auch mittelfristig ein noch viel wichtigeres Ziel ist, dass Vertrauen in die Funktionstüchtigkeit des Endlagersystems im Hinblick auf den angedachten Zweck deutlich werden kann. Ich glaube, dass dies in der Wahrnehmung viel wichtiger ist als das Warten auf etwas wie Godot.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, herzlichen Dank. Ich glaube, das ist ganz wichtig, und das ist wirklich auch noch einmal ein besonderer Punkt. Eben hatten wir ja den allgemeinen Punkt Vertrauen schon einmal für den Text vorne; aber hier bei dem Endlagermonitoring ist es noch einmal besonders, weil es ja um das Vertrauen in die Barrierefunktion der geologischen Formation letztlich auch geht. Das sollten wir unbedingt dort noch hinzufügen. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Über das hinausgehend, was wir hier gerade diskutiert haben - ich denke, da haben wir jetzt weitgehend Konsens erzielt -, hat mich der Einwand von Herrn Appel gerade noch einmal auf folgende Frage gebracht: Wenn wir das Monitoring benutzen, um möglicherweise später einmal auch Fehlerkorrekturen vorzunehmen - das ist ja sicherlich auch ein Grund neben dem der Vertrauensbildung -, dann müssen wir uns ja an irgendeiner Stelle auch noch einmal dazu einlassen, was man denn eigentlich als Kriterien heranzieht, um aus dem Monitoring heraus etwas abzuleiten, zumindest einmal, wie das qualitativ

aussehen sollte. Denn jetzt einfach zu sagen, wir machen ein Monitoring und sagen nicht, welche Schlüsse man möglicherweise daraus zieht, ist ja nur der halbe Weg.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Klar: Wann ist eine Abweichung vom erwarteten Verlauf ein Fehler? Wo ist da eine Grenze zum Tolerierbaren usw.? - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich würde bei dem Thema, so spannend es ist, davor warnen, es so tief anzugehen. Also, wir beginnen mit dem Endlagermonitoring mit der Errichtung des Endlagers oder vielleicht mit dem Gucken. Das heißt, wir überlegen uns im Jahr 2035: Was könnte die Leute im Jahr 2150 interessieren? Da müssen wir die Auslegung für Monitoringsmöglichkeiten machen, so wie wir es vorhin besprochen haben.

Die Festlegung zum Endlagermonitoring erfolgt, wenn es ganz schnell geht, im Jahr 2080 oder 2090, wenn es langsamer geht und somit länger dauert, im Jahr 2150. Da kann man einen ganzen Science Fiction schreiben.

Ich habe ja meine technischen Hobbys und gucke ab und zu in die Fachliteratur zum Eisenbahnbrückenbau aus den 1860ern. Ich stelle mir immer vor, wenn die damaligen Techniker sich so überlegt hätten, was die Leute 2010 so alles gucken werden, um die Tragfähigkeit einer Eisenbahnbrücke zu betrachten, dann fühle ich mich da irgendwie im gleichen Film, wenn wir das so vertiefen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ich denke, als Problem muss es irgendwo stehen. Aber die Lösung ist dann für die Zukunft zu erwarten. - Es wäre jetzt auch eine gute Gelegenheit für eine kleine Pause.

Vorsitzender Michael Sailer: Wo finalisieren?

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Deswegen die Frage: Sind wir jetzt soweit durch,

oder hat jemand noch einen Punkt? Denn ansonsten könnten wir jetzt, glaube ich, auf dieser Basis sehr gut die nächste Version erstellen. Ich meine, es gibt sicherlich immer noch hier und da Wünsche und Formulierungsfragen usw.; aber inhaltlich sind wir da wohl doch auf sehr gutem Wege in Richtung Konsens.

Vorsitzender Michael Sailer: Kommission oder wieder hier?

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Die Frage ist dann dieselbe wie eben: Soll es gleich in die Kommission oder noch einmal hier behandelt werden?

Dr. Ulrich Kleemann: Noch einmal hier!

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, wir haben doch einige umfangreichere Änderungen besprochen. In diesem Fall wäre ich jetzt doch auch dafür, hier noch einmal eine Schleife zu drehen.

Okay, Dann machen wir jetzt zehn Minuten Pause bis Viertel vor vier. Insgesamt erwartet Sie heute noch Folgendes: Wir haben bis Viertel vor sechs Zeit und nehmen uns gleich den Tagesordnungspunkt 11 vor und dann noch die Punkte 10 und 13, soweit wir eben kommen. - Bis gleich!

(Kurze Unterbrechung)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Interesse derer, die gerade sogar schon gewünscht haben, nicht erst um Viertel vor sechs, sondern schon um 20 vor sechs fertig zu werden, bitte ich Sie, jetzt zu ihrem Platz zu kommen. Ich fange auch einfach schon einmal an.

Es gibt zunächst eine in der Pause entstandene Idee, die noch mit dem Tagesordnungspunkt zu dem Monitoring zu tun hat. Wir sind zum Prozessmonitoring und zum Endlagermonitoring

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

im Prinzip hier in gutem Konsens ausgekommen, wenn es auch textlich noch einiges zu tun gibt.

Was wir noch nicht haben, ist das Kapitel zu Forschung und Wissenschaft sowie zu dem selbsthinterfragenden System, wohin es ja dann auch einen Übergang hat. Es ist im Moment der Vorschlag der Vorsitzenden, das Kapitel über ein selbsthinterfragendes System sozusagen durch eine zweistellige Kapitelnummer aufzuwerten, es also eine Etage höher zu ziehen. Wenn wir das auf diese Weise regeln - den Text müssen wir eh noch diskutieren; er liegt ja noch gar nicht vor -, dann könnten wir aber jetzt doch schon das Monitoring-Kapitel für sich genommen in den beiden Teilen, Prozessmonitoring und Endlagermonitoring, für die Kommissionssitzung zur Verfügung stellen. Wären Sie mit diesem Vorgehen einverstanden?

Auch das geht nicht ganz ohne Vertrauen, weil ja auch noch einiges an Arbeit am Text gemacht werden muss. Frau Franke hat da schon eine Menge geschickt - danke schön -, eine dicke Datei, die meinen Computer gerade ein Weilchen blockiert hat. Aber jetzt ist sie da; vielen Dank. Das können wir dann, wenn Sie einverstanden sind, so machen, dass wir es für den 4. April zur Verfügung stellen. - Okay, danke; wir riskieren das.

Dann noch eine kleine organisatorische Mitteilung: Es ist im Moment in Überlegung, statt der Doppeltagung der Kommission vom 4./5. April nur den 4. April zu nutzen, weil für den 5. April möglicherweise gar nicht genug Material da ist. Wenn das so kommt, würden wir Sie bitten, sich den 5. April trotzdem noch nicht gleich für andere Dinge vorzunehmen. Es könnte sich dann anbieten, die AG 3-Sitzung vom 6. April auf den 5. April zu ziehen, sodass Sie nicht dauernd hin- und herreisen müssen.

Vorsitzender Michael Sailer: Für 5. und 6. April!

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Oder 5. und 6. April - jetzt kommt gerade eine ganz

radikale Idee -, und dann räumen wir mal so richtig ab. - Ernsthaft, daran hatte ich noch gar nicht gedacht. Ja, das ist eine gute Idee.

(Zuruf: Wenn alles in der Kommission ist, ist hier auch nichts mehr! - Heiterkeit)

- Noch haben wir einiges. Bitte halten Sie sich also auch für den Fall, dass der 5. April freigegeben wird, diesen Tag frei, und dann sehen wir, wie wir uns damit optimieren. - Ja, Herr Landsmann.

Olaf Landsmann (BT): Dies vorbehaltlich der Bedingungen, dass die Bundestagsverwaltung einen geeigneten Saal, Konferenztechnik und Stenografen zur Verfügung stellen kann. Das müssten wir von unserer Seite noch prüfen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Es würde doch dann der Raum frei, den bisher die Kommission blockiert hat. - Aber gut, ich weiß nicht, wie die Verwaltung intern funktioniert. Sie regeln das schon. Gleitende Vorbehalte gibt es zunächst. - Danke.

Dann steigen wir jetzt wie besprochen in den Tagesordnungspunkt 11 ein:

Tagesordnungspunkt 11 **Sozioökonomische Potenzialanalyse** **(Kapitel 6.5.7 Endbericht)**

Mit der Drucksache K-Drs./AG 3-100 liegt ein Entwurf vor, der konzeptionell im Wesentlichen eine Fortschreibung und Aktualisierung der AkEnd-Vorarbeiten ist. - Michael, willst du dazu noch etwas sagen?

Vorsitzender Michael Sailer: Damit der Überblick nicht ganz verloren geht: Ich hatte ja schon zu früheren Zeitpunkten das Kapitel zur sozioökonomischen Potenzialanalyse eins zu eins eingespielt, so wie es im AkEnd-Bericht steht. Das Kapitel, das Sie jetzt als Drucksache AG 3-100 haben, ist praktisch durch eine Einleitung ergänzt, die das noch einmal klar macht, wobei

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

wir in Bezug auf einen Punkt in den Zeilen 6 und 7 überlegen müssen: Fängt die sozioökonomische Potenzialanalyse an den Standortregionen mit Beginn der Phase 2 an oder möglicherweise, nachdem der Vorhabenträger in der Phase 1 seine Auswahl der Standorte bekannt gegeben hat, was ja ein, zwei Jahre früher ist? Das könnten wir noch einmal überlegen.

Dann haben wir ab Zeile 18 auf der ersten Seite AkEnd-Text. Da haben wir nur, was auf dem Workshop und an anderen Stellen öfters kam, den regionalen Tourismus noch mit hineingenommen. Er wäre implizit dabei gewesen; aber wir können innerhalb auch noch einmal explizit benennen. Sie sehen an ein paar Stellen, dass kleine Änderungen vorgenommen wurden. Das Bürgerforum vom AkEnd ist jetzt in die Regionalkonferenz umgewandelt worden, in dem Bestreben, den Zoo der verschiedenen Gremien klein zu halten.

Wir haben ansonsten den Text weitgehend unverändert gelassen. Wenn wir dann bis Seite 3 gehen, so stehen dort noch ein paar Entscheidungen an, die man treffen muss. Da brauchen wir sozusagen den Oberschiedsrichter, wenn die verschiedenen Bewertungen so weit voneinander entfernt sind, dass man sich nicht finden kann. Dafür hatte der AkEnd einen Oberschiedsrichter vorgeschlagen, der jetzt aber - - [obsolet geworden ist.] Ein Kontrollgremium gibt es in dem, was wir jetzt diskutieren, natürlich nicht mehr. Da ist zum ersten die Frage: Oberschiedsrichter, ja oder nein? Zum zweiten ist, wenn ja, die Frage: Wo hängen wir das jetzt hin, an das gesellschaftliche Begleitgremium oder an den Rat der Regionen, falls es ihn gibt? Das ist mit den änderungsmarkierten Stellen in den Zeilen 8 bis 11 auf der dritten Seite gemeint. In Zeile 15 muss man noch das Kontrollgremium herausnehmen; das hatte ich ursprünglich übersehen.

In Bezug auf die Zeilen 17 bis 30 ist meine persönliche Auffassung, wir sollten sie streichen, weil das in ein ganz anderes Setting

hineingehört. Ich wollte es nur hier amtlich zur Diskussion anbieten, weil es im AkEnd-Text so steht. Aber, wie gesagt, in inhaltlicher Hinsicht würde ich sagen, das passt jetzt nicht mehr zu dem Verfahren, das wir überlegt haben. - Soweit meine Einführung, und jetzt müssten wir es halt einmal durchdiskutieren.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, dann fangen wir das doch gleich an. Herr Sailer hat ja bereits einige Diskussionspunkte benannt; andere mögen von Ihnen noch hinzukommen. - Herr Fischer und Herr von Nicolai.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Weitgehend Konsens. Ich habe in der Einleitung eine Anmerkung zu dem Träger der Potenzialanalyse; denn ich kann mir schlechterdings vorstellen, dass der Träger der Potenzialanalyse tatsächlich schon die Regionalkonferenz selber ist. Also, aus meiner Sicht ist derjenige, der die Potenzialanalyse durchführt, der Vorhabenträger. Er muss natürlich die Regionalkonferenzen mit einbeziehen; denn sie sind natürlich im Wesentlichen davon betroffen. Aber unter „Träger“ stelle ich mir den Vorhabenträger vor, und das ist dann hier nicht die Regionalkonferenz. Das wäre meine Anmerkung, und mit dem Rest kann ich soweit leben.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke, Herr Fischer. - Herr von Nicolai.

MR Helmuth von Nicolai (Mecklenburg-Vorpommern): Zum Ersten rege ich an, nach der sehr langen Diskussion auch in der Kommission über die planungswissenschaftlichen Kriterien vielleicht noch einmal die Tabelle ein bisschen zu überprüfen. Also, ich habe jetzt am Schluss dann auch den Überblick verloren; man sollte das noch einmal gegeneinander legen, damit es keine Dopplungen gibt.

Zum Zweiten möchte ich Herrn Sailer zustimmen, auf jeden Fall diese beiden letzten Absätze, also ab Zeile 17 auf Seite 3, zu

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

streichen, weil das wirklich nicht hierhin passt. Ich habe mir sagen lassen, dass sich in Finnland die Gemeinden darum beworben haben. Aber ich halte es für illusorisch, dass man in Deutschland ernsthaft eine Ausschreibung macht, bei der Gemeinden sich bewerben. Ich hätte fast gesagt: Wenn das der Fall wäre, würden wir hier nicht sitzen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Okay, vielen Dank. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Zum Letzten, Herr Nicolai, was Sie gesagt haben: Die zwei Länder, die noch ernsthaft auf einem Ausschreibungsverfahren sitzen, UK und Japan, sitzen da auch drauf. In Finnland und in Schweden war es ein Stück anders, weil es keine Kraftwerksstandorte waren, die kerntechnische Anlagen länger behalten wollten - so ist meine Interpretation - bzw. in einem Fall lieber ein Endlager als ein ewiges Zwischenlager haben wollten; das war dann die Alternative. Aber diese Situation haben wir hier in unserem Land definitiv nicht. Daher brauchen wir diese Zeilen klar nicht.

Zum Abgleich mit den planungswissenschaftlichen Kriterien: Ich halte an dieser Stelle nicht für notwendig, weil das ein anderer Abwägungsvorgang zu einem anderen Zeitpunkt und auch mit einer anderen Zielgröße ist.

Bei der Frage der planungswissenschaftlichen Kriterien beißt sich aus raumordnerischer Sicht oder Planungssicht irgendetwas. Hingegen haben wir die sozioökonomische Potenzialanalyse damals beim AkEnd mit Experten aus der Raumentwicklung mit dem Argument hineingebracht, dass immer die Frage kommt: Schadet es unserer Region wirtschaftlich, oder schadet es nicht?

Das kriegen wir in der planungsmäßigen Abwägung nicht hin, weil da im Planungsrecht oder in der Planungswissenschaft überhaupt kein

Hintergrund ist. Vielmehr brauchen wir auf jeden Fall eine breite Erfassung, was es wirtschaftlich ausmacht, was natürlich prognostisch ein Problem ist, weil sich manche Sachen so herum oder anders herum auswirken können, also als Flucht der Bevölkerung aus Angst vor einem Endlager oder als Kommen neuer Arbeitskräfte und Stärkung der Orte; beide Argumente gibt es.

Deswegen ist auch die Erstellung der Potenzialanalyse so wichtig. Es geht mir jetzt nicht um den Träger, Herr Fischer. Da haben wir damals schöne Diagramme gemalt, wie das auch diskutiert werden muss. Natürlich müssen die Gutachten gemacht werden, welches wirtschaftliche Plus- und Minuspotenzial es hat.

Es gehören aber auch Diskussionsrunden in der Region dazu, weil angefangen von der IHK über die politischen Vertreter bis zu den Vertretern der normalen Bevölkerung alle über solche Bewertungen mit diskutieren müssen. Insofern ist das dann auch keine Dopplung, sondern das ist ein ganz anderer Diskussionshorizont und auch ein anderer Zielhorizont, nämlich die Angst, Vermögensverluste zu haben, oder die Hoffnung, da einen wirtschaftlichen Push nach oben zu kriegen.

Um das richtig aufzunehmen, würde ich die Tabelle schon so lassen. Wir haben sie damals überprüft; wir hatten den Tourismus, wie gesagt, implizit drin. Aber wenn jeder sagt, Tourismus fehlt, dann schreiben wir ihn halt lieber da hinein, obwohl er schon drin war.

Herr Fischer, zur Verortung: Da müssten wir eigentlich noch einmal das System klarer kriegen, wann es Regionalkonferenzen gibt und was sie tragen. Dass der Vorhabenträger die Prüfung anstoßen muss, würde ich möglicherweise auch als richtig ansehen. Allerdings sind dadurch, dass das einerseits eine Begutachtung ist, mit der man also ganz normal irgendwelche Wirtschaftsgutachter beauftragt, aber in der Auswertung bei den Diskussionsrunden zwischen den Verschiedenen

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

dann die Frage, ob da der Vorhabenträger der richtige Träger ist oder ob das die Regionalkonferenz macht. - Dazu habe ich mir jetzt seit dem AkEnd nicht beliebig Gedanken gemacht; ich blättere einfach einmal auf, was da so im Raum von damals steht.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:

Danke. - Herr Kleemann, Herr Pick und Herr Backmann.

Dr. Ulrich Kleemann: Ich habe gerade noch einmal über die planungswissenschaftlichen Kriterien nachgedacht und bin der Auffassung, dass wir einen Aspekt noch einmal in diese Tabelle aufnehmen sollten, und zwar ist das die Landwirtschaft. Dieses Kriterium haben wir in der letzten Kommissionssitzung herausgenommen. Das war beim AkEnd eines der planungswissenschaftlichen Kriterien; wir haben aber in der Kommission beschlossen, dass wir es nicht als planungswissenschaftliches Kriterium werten sollen; dann gehört es hier hinein. Denn es kann ja zum Beispiel ein wichtiges Spargelanbaugebiet oder Weinbaugebiet oder was weiß ich sehr betroffen sein, und dann hat das natürlich Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Potenziale. Deswegen würde ich Herrn Nicolai darin recht geben, dass wir das noch in die Tabelle aufnehmen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke sehr. - Herr Pick und Herr Backmann.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Ich habe noch einmal in den Gesetzestext und in die Begründung geguckt. Im Gesetzestext selbst steht die sozioökonomische Potenzialanalyse nicht drin. In der Begründung wird zwar gerade auch im Eingangstext unter „B) Lösung“ gesagt, dass sozioökonomische Belange bei der Abwägung zu berücksichtigen sind. Das heißt also als Hinweis: Da müsste noch etwas an die AG 2 kommen, entweder aus der Arbeit an diesem Berichtskapitel oder sonst, dass sie sich da etwas überlegen müssen, wie das im Gesetzestext gewürdigt wird.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:

Danke. - Herr Backmann.

Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann (Schleswig-Holstein): Für mich ist das durchaus nachvollziehbar. Ich hatte mich ja dafür ausgesprochen, dass man Tourismus eigentlich bei den planungswissenschaftlichen Kriterien mit hineinzieht; aber hier, sozusagen in der Zusammenschau aller Wirtschaftsfaktoren, bezogen auf einen Standort, passt es wohl in der Tat besser hin. Das leuchtet mir ein.

Aber vom Verständnis her möchte ich noch eine Frage aufwerfen: Ich verstehe es im Moment so, dass die sozioökonomische Potenzialanalyse sich im Ergebnis nicht anders auswirkt als die planungswissenschaftlichen Kriterien. Das heißt also, wenn man feststellen sollte, an einem Standort gibt es einen großen Vorteil - was weiß ich, der Standort blüht auf, die Gegend hat sonst nichts -, während es an einem anderen Standort ein Riesenloch in eine funktionierende lokale Infrastruktur reißt, dann würde das für den einen und gegen den anderen Standort sprechen. Nicht anders wirken sich ja auch die planungswissenschaftlichen Kriterien aus, sodass es hier eigentlich nach meinem Verständnis lediglich eine unterschiedliche Methodik der Feststellung und der Herangehensweise ist, aber im Ergebnis - so ist es ja auch in dem Phasenmodell abgebildet - sich beides im Rahmen der Abwägung auswirkt.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:

Michael, dann Herr Fischer.

Vorsitzender Michael Sailer: Ob wir zu dem, was gesagt worden ist, noch einmal etwas im Gesetz brauchen, hängt von der Interpretation ab. Aber man kann gern der AG 2 noch sagen, sie soll da eine halbe Seite schreiben; das wäre nicht das Problem.

Aber der AkEnd hat diese Kombination planungswissenschaftliche Kriterien im engeren Sinne, sozioökonomische Potenzialanalyse und

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

die Abfrage der Beteiligungsbereitschaft unter die Hauptüberschrift - - Ich weiß es nicht mehr genau, aber das war alles als Kriterien gedacht.

(Dr. Thomas Pick [Niedersachsen]:
Auswahl von Standortregionen!)

Das heißt, die sozioökonomische Potenzialanalyse ist der Teil der Kriterien, indem die ökonomischen Potenziale in positiver wie in negativer Richtung angeguckt werden sollen. Da haben wir eben gerade keinen Prozess gefunden - im Gegensatz zu dem, was wir in den planungswissenschaftlichen Prozessen hatten, wo man einfach normal abwägen kann -, sondern da muss man breiter ausholen. Das ist nach meinem Verständnis immer ein Bestandteil der nichtgeologischen Kriterien gewesen. - Das ist Punkt eins.

Punkt zwei zu den Funktionen. Es hat aus meiner Sicht drei Funktionen. Es hat a) die Funktion, irgendwo in der Abwägung eine Rolle zu spielen. Das ist das, was Sie gemeint haben.

Es hat aber b) die Rolle in der Interaktion mit der Bevölkerung und den Kreisen vor Ort, die wirtschaftliche Lage oder die wirtschaftlichen Auswirkungen zu eruieren. Das ist eine andere Funktion, als wenn Sie jetzt über Siedlungsnähe als ein planungswissenschaftliches Kriterium nachdenken. Das ist im Verfahren von der Wirkung her etwas massiv Zweites.

Das massiv Dritte unter c) ist: Der AkEnd war ja damals der Auffassung, dass wir in Bezug auf Orte, die halt die nationale Aufgabe schultern - notgedrungen, weil es freiwillig nicht gehen wird; das ist ein Teil einer nationalen Geschichte, die irgendein Ort schlicht schultern muss -, dann auch gesagt haben: Gebt dann als Ausgleich Zuschüsse für die regionalen Entwicklungspotenziale.

Für diesen dritten Punkt ist die sozioökonomische Potenzialanalyse der Ausgangspunkt, um zu sehen, wo man da

sinnvoll Geld gibt; denn wir wollten im AkEnd absichtlich nicht nach der Methode verfahren, ihr kriegt jedes Jahr 50 Millionen in den Haushalt des Kreises oder der Standortgemeinde. Vielmehr wollten wir zum Ausdruck bringen, dass sie die Mittel zweckgebunden kriegen: Wenn ihr sagt, ihr erleidet einen Nachteil in euren Entwicklungsmöglichkeiten, dann kriegt ihr eben über die Finanzierung konkreter Entwicklungsmöglichkeiten einen Push dazu.

Deswegen würde ich das auch gern von den planungswissenschaftlichen Kriterien fernhalten, weil da nur die erste Kategorie gleich ist. Aber diese zweite Kategorie „wirtschaftliche Befürchtungen“ in der Bevölkerung breit und auf einer qualifizierten Basis diskutieren zu können, ebenso die Frage, welche konkreten Sachen als Unterstützung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region fließen, kriegen Sie nur hier angehängt.

Noch zu der Frage, die Landwirtschaft aufzunehmen oder nicht: Jetzt haben wir vier Zeilen darin. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir außer den logischen Punkten einfach eine fünfte Zeile aufnehmen und „erwartete Entwicklung der Landwirtschaft auch unter Berücksichtigung des Anbauspektrums“ hinschreiben könnten, und dann schreiben wir halt „erwartete Schwächung oder Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion“. Es wäre also kein Problem, dass man einfach eine fünfte Zeile in die Tabelle einfügt.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:

Gut. - Dann habe ich noch Herrn Fischer auf der Liste.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Es war nur eine Ergänzung.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, okay. - Herr Milbradt.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Aus meiner beruflichen Erfahrung bin ich außerordentlich skeptisch

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

gegenüber Zweckzuweisungen für regionale Entwicklung. All das, was man bisher gemacht hat, ob EU oder anderes, beruhte auf guten Absichten und hatte geringen Erfolg und war oft wegen der hohen Kofinanzierung Verschwendung von Mitteln. Ich würde denen das einfach bar auf die Hand geben, Punkt, Ende der Durchsage.

(Heiterkeit und vereinzelt Widerspruch)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Eine klare Aussage.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Bargeld würde wahrscheinlich mehr wirken, als wenn jemand Drittes sagt, du musst dieses Programm und jenes Programm machen. Da werden dann goldene Fahrradwege und Ähnliches gebaut, nur um irgendwelche Auflagen zu erfüllen. Gute Absichten, überall; das Ergebnis ist Krampf. Ich weiß, warum möglicherweise bereits im AkEnd und jetzt hier so großer Wert darauf gelegt wird, dass nicht Bargeld gezahlt werden soll: weil das dann nach Bestechung aussieht. Natürlich kann man es so sehen, aber man kann auch sagen, es ist eine irgendwie geartete Kompensation.

Aber wenn ich von Kompensation spreche, so wird sie normalerweise in Geld bezahlt, ohne Zweckbindung. Wenn ich dem Staat gegenüber irgendwie etwas leiste, was überdurchschnittlich ist, dann bekomme ich auch keine Sachgeschenke, sondern Geld.

Deswegen will ich hier einfach einmal die Gegenposition vertreten. Ich weiß, dass es schwierig ist, weil das nicht die Denke hier ist, einfach zu sagen, gebt ihnen das Geld. Aber dann brauchen wir uns über die Verteilung nicht weiter zu unterhalten; wir müssen nur sehen, dass es nicht in private Taschen geht.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Zum Thema Bestechung: Das liegt in der Tat in Deutschland relativ nah; so wird es jedenfalls oft

empfundener. Für mich ist es einfach irgendwo ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit.

(Prof. Dr. Georg Milbradt: Ja!)

Ein Ort nimmt Belastungen auf sich, die im nationalen Interesse liegen, und hat dann ein Recht darauf, dass das irgendwie auch ein bisschen anerkannt und kompensiert wird. Da sehe ich moralisch überhaupt kein Problem.

Die Frage der Zweckbindung ist natürlich jetzt ein schöner Punkt. Ich kann das unmittelbar nachvollziehen und denke, die Leute vor Ort wissen am besten, was sie mit dem Geld dann machen sollen. Wie sehen die anderen das? - Herr Pick, Herr Kleemann.

Dr. Ulrich Kleemann: Haben wir denn dazu bisher überhaupt eine Aussage im Bericht vorgesehen? Ich bin jetzt etwas überrascht über diese Diskussion.

Ich denke, natürlich kann man darüber diskutieren. Aber das wirft eine ganze Reihe von Fragen auf: Welchen Stichtag nimmt man dann? Richtet man das nach Köpfen oder nach Quadratmetern Grundfläche? Was ist dann mit Mietern? - Ich weiß nicht, da hat man doch dann zahlreiche Fragen, die sich damit verbinden.

Ich würde das eigentlich in dem Bericht gerne offenlassen wollen. Die sozioökonomische Potenzialanalyse soll erstellt werden, und dann werden die wirtschaftlichen Potenziale erfasst. Wie das Geld dann letztendlich mit der Region vereinbart wird, das ist meines Erachtens eine Sache, die dann im Rat der Regionen oder in der Regionalkonferenz Thema sein wird, könnte ich mir vorstellen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ich meine, hier gilt auch ein bisschen das, was Herr Milbradt vor einiger Zeit sagte, dass wir uns nicht zu sehr die Gedanken zukünftiger Generationen schon heute machen sollen, weil es vielleicht irgendwo auch ridiculous ist. - Herr

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Pick, Michael Sailer, Herr von Nicolai und Herr Fischer.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Ja, schönen Dank. - Vielleicht gibt es ja auch noch unterschiedliche Auffassungen zu der Funktion dieses Instruments. Ich habe das jetzt auf der Basis des AkEnd ganz klar als im Schritt 3 durchzuführendes Hilfsmittel zur Identifizierung und Auswahl von Standorten für die übertägige Erkundung eingeordnet. Das ist jetzt nicht mehr Thema, nicht?

(Dr. Ulrich Kleemann: Phase 2!)

- Phase 2. Selbst dann ist das ja immer noch ein Auswahlinstrument und nicht ein Befriedungsinstrument dergestalt, dass man sagt, ich habe jetzt eine Entscheidung in der Auswahl getroffen, und diejenigen, die von dieser Auswahl dann betroffen sind, erhalten Kompensation. - Insofern vielleicht noch eine Klärung dazu!

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, ich glaube, da muss, weil ja Sicherheit ganz oben stehen soll, auch noch etwas geklärt werden - nicht, dass da etwas in Konkurrenz gerät, was nicht in Konkurrenz geraten sollte. - Herr Pick.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Nein, das war ich schon.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ach ja, genau. - Ich hatte Sie nicht durchgestrichen; das war mein Fehler.

(Zuruf: Noch einmal! - Heiterkeit)

Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich bin jetzt ein bisschen in der gespaltenen Rolle, dass ich AkEnd verteidigen muss und gleichzeitig mich natürlich um das bemühen muss, was wir hier in der Kommission erreichen.

Beim AkEnd war das in der breiten Denke drin, die ich dargestellt habe, und da war eben auch diese Doppel- oder Dreifachfunktion voll mitgedacht, weil einfach die Erkenntnis aus der damaligen Regionalforschung war - sie ist es, glaube ich, heute immer noch; wir hatten ja einen Kollegen, der in der Regionalforschung sehr aktiv war -, dass es bei der Einschätzung ökonomischer Potenziale ganz viele widerstreitende Einschätzungen gibt und man deswegen nicht mit dem platten Gutachten oder einer platten Behördeneinschätzung hinkommt. Deswegen hängt auch an dem, was wir jetzt hier übernommen haben, durchaus, dass man a) die Gutachten macht, aber auch b) über die Gutachten in den regionalen Gremien diskutiert und sie bewertet. Das bleibt auf jeden Fall hängen.

Was jetzt daraus folgen soll, das haben wir hier im Bericht noch nirgends angelegt. Aus meiner Sicht wäre ich auch eher dabei, zu sagen, das legen wir hier nicht an.

Aber es ist auf jeden Fall klar, dass wir nicht die ganze Republik mit solchen sozioökonomischen Potenzialanalysen durchfahren können, gerade dann, wenn wir da auch die regionalen Gremien mit befassen müssen oder sie aufbauen müssen. Deswegen war ja jetzt der konkrete Vorschlag, so wie er da formuliert ist: in der zweiten Phase.

Also, da sind wir genau an der Stelle, dass am Ende der ersten Phase festgelegt worden ist: Diese sechs oder acht Standorte sind diejenigen, die in der zweiten Phase oberirdisch erkundet werden. Dahinter steckt auch der Gedanke: Sicherheit hat erste Priorität. Also, wir reden jetzt nur über Standorte, die mit der Kenntnis Schluss erste Phase ein Potenzial haben, geeignete Standorte zu sein. Also ist das auf jeden Fall nachrangig, schon durch das Setting im Ablauf.

(Dr. Thomas Pick [Niedersachsen]: Okay!)

Insofern ist die Frage, die ich beim Vorstellung gestellt habe: Bleiben wir dabei, Beginn zweite

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Phase, weil am Ende der ersten Phase der Bundestag und der Bundesrat erst festgelegt haben werden, welche Standorte es sind - das ist in der reinen Lehre das Bessere -, oder sagen wir, wenn der Vorhabenträger anderthalb oder zwei Jahre vor Ende der ersten Phase seine eigene Einschätzung schon einmal gegeben hat, fangen wir damit an? Das wäre aber ein Stück weit systemwidrig, wäre aber unter dem Gesichtspunkt, dass man in der Region über ökonomische Folgen redet, aus dem Zeiteffekt heraus angebracht. Deswegen habe ich die Frage bei der Vorstellung noch einmal aufgeworfen.

Es wird sowieso beliebig schwierig. Ich sage immer: In Wyhl war der Gesamtaufstand wegen des Kaiserstuhl-Weins und des Neckarwestheimer-Weins. Es gibt ja viel Wein, bei dem auf dem Etikett steht, Neckarwestheimer sowieso. Der verkauft sich bis heute gut. Also, man weiß nicht, was jetzt richtig war.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr von Nicolai.

MR Helmuth von Nicolai (Mecklenburg-Vorpommern): Ich möchte auf jeden Fall hundertprozentig Herrn Kleemann zustimmen, bei der Frage der wirtschaftlichen Effekte - ich nenne das einmal als Überschrift so - äußerst zurückhaltend zu sein. Hier geht es ja wirklich darum, ein Verfahren zu formulieren, wie man zu einem bestmöglichen Standort kommt.

Was dann quasi an sonstigen wirtschaftlichen wie auch immer gearteten Effekten damit verbunden ist, das, glaube ich, kann in der Phase, in der wir jetzt sind, also zeitlich gesehen ja früh im Hinblick auf den Zeitpunkt, zu dem dann tatsächlich dort ein Effekt eintritt - er tritt ja im Prinzip erst dann in der Region ein, wenn ein Standort benannt wird, der es dann sein soll -, nicht vorausgesehen werden.

Von daher glaube ich, da versteigen wir uns, und ich befürchte auch, dass es allenfalls zu negativen Ergebnissen in der weiteren Diskussion führt. Also, ich sehe gar nicht, wo der Vollständigkeit halber ein solches Kapitel da hinein muss und wo das irgendetwas für die Standortsuche Positives bringt, weil es ja so ein bisschen den Anschein hat, die Standortauswahl erfolge so nach dem Motto, na, wenn die Region denn arm genug ist und sich noch freut, ein bisschen Geld zu kriegen, dann legen wir das lieber dahin, und dann ist es gut.

Insofern kann ich dem in keiner Art und Weise für das Ziel, am Schluss einen Standort zu finden, der bestgeeignet ist, irgendetwas abgewinnen, und es gibt auch keine Notwendigkeit. Deshalb meine herzliche Bitte, hier den Ball möglichst flach zu halten!

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke, Herr von Nicolai. - Kurze Nachfrage, Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: „Ball flach halten“ ist mir jetzt zu unspezifisch. Heißt das, das Problem nicht so aufzuladen, oder heißt es gar nichts machen?

MR Helmuth von Nicolai (Mecklenburg-Vorpommern): Ja, das Problem möglichst stehenlassen, ob es eine arme oder reiche Region sein soll und was es für Effekte hat, wenn sie beispielsweise, weil sie arm ist, ein bisschen mehr Geld kriegt, und wenn es ihr eh wirtschaftlich gut geht, kriegt sie ein bisschen weniger, und da müssen sie sich einen Kopf - -

(Zuruf: Nein, umgekehrt!)

- Umgekehrt, gut, ja. Dann müssen sie sich den Kopf darüber zerbrechen, sage ich jetzt einmal ganz doof, wenn es so weit ist.

Noch einmal: Das ist ja, von heute aus gesehen, so weit, dass sich Historiker in 25 Jahren totlachen, was Sailer da im Jahre 2016 hineingeschrieben hat, weil er irgendwie dachte

usw. Insofern will ich sagen: Das muss da nicht hinein, und deshalb sollten wir es auch sein lassen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke, Herr von Nicolai. - Jetzt habe ich Herrn Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ja, ich sehe das ein bisschen anders. Ich muss sagen, wir haben uns ja nun auch die Prozesse bei anderen angesehen. Die Darstellung, so wie Sie das eingangs dargelegt haben, was die Potenzialanalyse bringen soll, kann ich durchaus mittragen. Aber sie hat eben auch die zwei Aspekte, zum einen zu ermitteln, was momentan möglicherweise an wirtschaftlicher Entwicklung in der Region zu erwarten ist, und zum anderen, was man möglicherweise tun kann, um das noch zu fördern. Sie gehören eben einfach mit dazu.

Bei unseren internationalen Besuchen haben wir gesehen, dass das in anderen Ländern gut funktioniert, und insofern ist es meines Erachtens ein Stück weit auch nicht ganz ehrlich, wenn man jetzt sagt, okay, nein, darüber reden wir nicht, weil wir damit hier in Deutschland schlechte Erfahrungen gemacht haben oder an dieser Stelle zu sensibel sind.

Ich bin Herrn Milbradt für diese sehr pragmatische Darstellung und Einschätzung dankbar. Wir sollten an dieser Stelle durchaus einmal den Mut haben, zu sagen: So etwas kommt mit einem solchen Projekt daher.

Insofern glaube ich, dass eine nicht zu offensive, aber durchaus offene Kommunikation, dass das eben ein Aspekt bei der Standortauswahl nachher am Ende sein kann, durchaus da mit hineinkommen darf. Daher würde ich befürworten, die beiden Punkte Stärkung der Wirtschaftskraft und möglicherweise auch Förderung der Wirtschaftskraft durchaus mit aufzunehmen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke, Herr Fischer. - Herr Backmann.

Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann (Schleswig-Holstein): Ich würde zum einen darum bitten, dass wir die Funktion der wirtschaftlichen Potenzialanalyse dann auch so deutlich, wie Herr Sailer es eben hier dargestellt hat, am Anfang einmal hineinschreiben; denn dann wird das noch viel deutlicher. Im Moment ist es noch gar nicht so genau klar. Sie kommt ja nicht bei den Kriterien, sie kommt an anderer Stelle, wirkt sich aber an verschiedenen Stellen aus. Ich finde, dann sollte man diese drei Boller dort auch einmal klar nennen. Dann, meine ich, wird es sehr deutlich.

Wenn man das so macht, dann wird mit diesem dritten Boller eigentlich dem Gesichtspunkt, den Herr Fischer gerade angesprochen hat, auch schon ein Stück weit Rechnung getragen. Die Funktionen sind ja: Sie spielt im Rahmen der Abwägung eine Rolle. Sie soll der örtlichen Bevölkerung eine klare Kenntnis verschaffen, was eigentlich die Auswirkungen wirtschaftlicher Art für sie sind. Das Dritte wäre dann ja: Sie ist eine geeignete Grundlage für mögliche Kompensationsleistungen. Wenn man das so hineinschreibt, einerseits in dieser Bestimmtheit - ja, kann es geben -, aber andererseits noch offenlässt, in welcher Form, dann ist, glaube ich, im jetzigen Stadium auch das richtige Maß getroffen.

Man hätte damit zugleich dem Anliegen der Kommunen, die sich ja schon an die Kommission gewendet haben und genau dies gefordert haben, Rechnung getragen; darauf muss man ja auch an irgendeiner Stelle im Prozess einmal eingehen. Dann könnte man hier deutlich machen, dass man das gesehen hat. Ob es dann im Ergebnis aber im konkreten Fall zu einer Kompensationszahlung kommt und wie sie dann sinnvollerweise aussieht - da spricht sicherlich einiges für eine offene Zahlung -, das sollte man dann ja letztlich vom Ergebnis der Potenzialanalyse und davon abhängig machen, was vor Ort letztlich den größten Nutzen bringt. Ich glaube, wenn wir das Thema hier so verankern, dann wäre das passend.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke sehr, Herr Backmann. - Herr Milbradt.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Ich verstehe ja, dass wir das alles noch in die Abwägung hineinnehmen wollen, so in der Hoffnung, dann könnte sich noch etwas Besseres ergeben. Ich glaube, die Realität wird schlicht und einfach sein: Wir werden nach den anderen Kriterien mehr oder minder den Standort festlegen, und dann muss man irgendwie eine Summe festlegen, die bezahlt wird, wie man sie auch immer begründet. Man kann sagen, das sind die Nachteile, die ihr dadurch erleidet, dass ihr einen unpopulären Standort akzeptieren müsst, oder wie auch immer, und ich glaube, erst dann wird die Sache konkret.

Wichtig ist, dass wir uns darüber im Klaren sind, dass wir etwas bezahlen müssen. Das ist genau das, was die Gemeinden erwarten. Sie denken: Wenn wir schon die Niete in der Lotterie ziehen - aus deren Sicht -, dann möchten wir eine Art Kompensation haben, denn wir vermuten, ob zu Recht oder zu Unrecht, dass das ein Standortnachteil ist, und den möchten wir irgendwie ausgeglichen haben, was ja auch verständlich ist. Wenn wir etwas bezahlen, ist möglicherweise auch der Prozess dahin etwas einfacher.

Wie man das dann formuliert, ist mir letztendlich egal, weil ich glaube, dass das, was wir meinen vorher machen zu können, letztlich eine schöne Übung ist, um den eigentlichen Zweck ein bisschen zu verschleiern, dass wir nämlich am Ende des Tages eine Summe X bezahlen.

In Bezug auf die Frage, ob wir nun in einer reichen Region oder in einer armen Region mehr bezahlen sollen, kann man viele Gründe finden. Bei der armen Region kann man sagen, die brauchen nur wenig, um einen entsprechenden Wirtschaftsaufschwung zu bekommen; man kann sagen, die reiche Region hat ja viel zu verlieren, deswegen muss sie mehr kompensiert werden. Also, welche Summe das nachher ist - -

Vorsitzender Michael Sailer: Das ist wie im Lotto gewonnen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Prof. Dr. Georg Milbradt: Ja, völlig richtig. Das ist eine Verhandlungssache, und die sollten wir jetzt nicht über Gebühr versuchen zu rationalisieren. Das war nur meine Bitte. - Ich glaube, es ist egal, was wir hineinschreiben; darüber wird die Politik weggehen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Vielen Dank. - Ich glaube, das ist immer eine ganz wichtige Bremse auch unserer selbst. Man neigt ein bisschen dazu, zumal es ein spannendes Thema ist, sich zu viele Gedanken zu machen, die aber dann vielleicht in fünf oder zehn oder auch 15 Jahren völlig der Vergessenheit anheimgefallen sind, weil dann auch ganz andere Dinge eine Rolle spielen. - Herr Kleemann.

Dr. Ulrich Kleemann: Ja, ich sehe es so wie Herr Milbradt auch. Also, es ist letztendlich eine Verhandlungssache, und insofern sollte man das in dieser entsprechenden Phase 2 dann auch den Gremien überlassen, die dann dafür zuständig sind.

Ich bin ja selber auch mal Kommunalpolitiker gewesen, und ich weiß halt eben, wie das dann ist, und dann sitzt man da in so einer Regionalkonferenz drin, und dann kann man das hinterher in der Region als Erfolg verkaufen, wenn man da entsprechende Kompensationszahlungen wie auch immer ausgehandelt hat. Insofern sollten wir das auch wirklich auf dieser Ebene der Regionalkonferenzen dann in der Phase 2 regeln.

Ich habe den Beitrag von Herrn Fischer natürlich jetzt so verstanden, dass er in der Parallelkommission, die ja auch noch tagt, gerne noch ein paar Milliarden drauflegen möchte, um jetzt schon einen Betrag festzulegen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Wenn das so gemeint ist, dann können Sie natürlich damit punkten und können da jetzt schon einmal - was weiß ich - zehn Milliarden für den Fonds noch einmal drauflegen, und dann kann man das vielleicht auch in dem Bericht erfassen.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Herzlichen Dank.

(Dr. h. c. Bernhard Fischer: Das kommentiere ich jetzt nicht! - Prof. Dr. Georg Milbradt: Das war jetzt ein bisschen gemein!)

Es zeichnet sich eine gewisse pragmatische Linie ab. Sowohl das Stichwort Verhandlungssache als auch den Hinweis fand ich wichtig, dass am Anfang des Kapitels sehr klar - also klarer als jetzt - gesagt werden muss, welche Funktion diese Art der Analysen haben soll. Es gab einige detailliertere Bemerkungen. - Michael, kannst du jetzt damit in die nächste Runde starten?

Vorsitzender Michael Sailer: Ja; ich stelle mir auch an dieser Stelle vor, dass wir das am 4. April in der Kommission vorlegen. Ich würde gegenüber dem Text, so wie er jetzt da steht, die kräftigen Bullets - Herr Backmann, wenn ich Sie richtig verstanden habe -, also die drei Funktionen, die die sozioökonomische Potenzialanalyse hat, hineinschreiben, irgendwo, wo jetzt Zeile 17 ist; da ist ja noch Platz. Dann würde ich in der Tabelle, die jetzt oben auf der Seite 2 steht, eine fünfte Zeile Landwirtschaft - hatte ich ja vorhin einmal grob skizziert - in der gleichen Logik wie die vier anderen Zeilen hinschreiben.

Dann würde ich als eckige Klammer in den Zeilen 9 und 10 den Schiedsrichter bei unterschiedlichen Bewertungen offenlassen, weil wir dafür erst einmal das Beteiligungsmodell brauchen - das schadet dann nichts -, und dann würde ich in der Zeile 15 nicht mit dem Wort

„Kontrollgremium“ enden, weil das wieder das Gleiche sein muss, was in den Zeilen 9 und 10 angedeutet ist.

Wenn das auf Zustimmung stößt, dass wir das praktisch an diesen zwei Punkten verändern und die Streichung vornehmen - - Es waren ja alle, die dazu gesprochen haben, dafür, dass wir am Schluss streichen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ich würde es unterstützen, das am 4. April in die Kommission zu geben, weil die Fragen, um die es hier geht, solche sind, die nicht nur uns als AG 3 betreffen. Ich glaube, dass da letztlich auch relativ schnell die Kommissionsebene erreicht ist, und daher müssen wir nicht noch eine Zwischenrunde drehen, meine ich. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Nur noch ein Hinweis: Ich würde vorschlagen, noch einmal die Formulierung in Zeile 14 anzuschauen, wo es um den Träger ging. Ich glaube, wir haben an dieser Stelle gar keinen Dissens, Träger des Prozesses. Daran, dass das eben ein Thema für die Regionalkonferenzen ist, dass das dort diskutiert werden muss, gibt es überhaupt keinen Zweifel; nur muss es irgendjemand treiben, und das ist für mich der Träger. Deswegen würde ich dort eine etwas andere Formulierung wählen und dann schreiben, dass der Träger natürlich der Vorhabenträger ist, aber dass die Betroffenen, die Regionalkonferenzen, da selbstverständlich einzubeziehen sind oder so etwas in der Richtung. Das würde ich an dieser Stelle ergänzen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Kleemann.

Dr. Ulrich Kleemann: Genau in die gleiche Richtung: Ich würde es auch noch einmal überprüfen wollen, was die Begriffe angeht. Im letzten Absatz vor dieser Streichung steht noch etwas vom Bürgerforum; außerdem steht hier immer Verfahrensbetreiber - da muss dann

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Vorhabenträger übertragen werden -, und die Regionalkonferenz sollte hier erwähnt werden.

Vorsitzender Michael Sailer: Ja, das nehme ich dann mit, und ich würde auch, nachdem ich jetzt keinen Widerspruch zu den beiden Kommentaren gehört habe, die Trägerschaft dann umswitchen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Gut, dann haben wir wieder einen kleinen Baustein eine Etappe weiter geschafft. Vielen Dank.

Laut Plan rufe ich jetzt auf:

Tagesordnungspunkt 10
Umgang mit Gebieten, für die in der Phase 1 des Standortauswahlverfahrens nicht ausreichend geowissenschaftliche Daten vorliegen

Es geht also um Gebiete, für die die geowissenschaftlichen Daten nicht in der Fülle vorliegen, in der man sie gerne hätte. Die Unterlagen, die es dazu gibt, stehen in der Liste. Es gibt unter anderem von Herrn Kudla die Drucksache K-Drs./AG 3-94, es gibt aus Niedersachsen das Material „Kapitel 6.4.1 Geowissenschaftliche Datengrundlagen“, die Drucksache K-Drs./AG 3-115. Daneben gibt es einen sehr umfangreichen Sachstandsbericht der Staatlichen Geologischen Dienste Deutschlands.

Wir werden heute jetzt und hier sicherlich nicht Textarbeit betreiben können, weil Herr Kudla nicht da ist. Wir bräuchten eine Diskussion, die Herr Sailer und mir erlaubt, in dem Papier die Prozesswege dann auch das entsprechend darzustellen. Wir sind von den Vorsitzenden - aber das solltest du vielleicht besser erläutern - verdonnert worden, ein Papier relativ schnell bereitzustellen. Wir sind in diesen ganzen Prozessschritten längst relativ gut aufgestellt; aber an dieser Stelle fehlt uns noch etwas, und dafür wäre die Diskussion hier wichtig. - Michael, das solltest du vielleicht noch einmal sagen, weil du vorgestern dabei warst.

Vorsitzender Michael Sailer: Da muss ich noch einmal etwas einspiegeln; das ist irgendwie furchtbar.

Wir waren ja in der Kommission bei den Prozessen hängen geblieben: Wie geht eigentlich die Phase 1 genau? Da haben wir von hier aus das fortentwickelte Kleemann-Papier als Kommissionsdrucksache eingespeist - das war die Sitzung der Kommission im Januar, wenn Sie sich erinnern -, und wir hatten das Gaßner-Papier, bei dem wir an ganz vielen Stellen mehrheitlich gesagt haben, so nicht.

Die Vorsitzenden, also Frau Heinen-Esser und Herr Müller, haben uns am Montag in der Vorsitzendenrunde darum gebeten, dass die AG 1 in Form der beiden Vorsitzenden dort ein Vorsitzendenpapier hineingibt - wahrscheinlich nicht bis zum 4. April, also kurz nach dem 4. April -, in dem steht, wie die AG 1 sich den ganzen Prozess vorstellt, und dass die Vorsitzenden der AG 3, also Herr Grunwald und ich, ein Papier hineingeben, wie das jetzt bei uns aussieht.

Mein Vorschlag war dann: Wir haben sowieso das Kapitel 6.4, das den detaillierten Prozessablauf in der Planung enthält. Das werden wir auch machen müssen; ansonsten kriegen wir Ärger. Ich hatte gesagt, das haben wir eigentlich eh vor, in der AG 3-Sitzung am 6. April vorzulegen. Das war auch akzeptiert worden. Das heißt, Herr Grunwald und ich schreiben das als Unterlage für den 6. April. Aber die Vorsitzenden wollen, dass dann anschließend praktisch die beiden Vorsitzendenpapiere, AG 1-Vorsitzendenpapier einerseits, AG 3-Vorsitzendenpapier andererseits, zur Strukturierung der Lösung herangezogen werden, wie der Prozess eigentlich aussieht.

(Prof. Dr. Georg Milbradt: Es wird also ein Oberschiedsrichter gesucht?)

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

- Ja, Oberschiedsrichter,
Überoberschiedsrichter - - Das kann man stapeln,
wie man will.

Wir haben fest vor, das aufzuschreiben, was wir
hier diskutiert haben und was wir an
verschiedenen Stellen auch schon an Details
mündlich hier oder an verschiedenen Stellen
diskutiert haben, wie Phase 1, Phase 2 und
Phase 3 genau gehen. Jetzt brauchen wir eben an
diesem Punkt den Input, weil die Debatte in
der - -

Wenn Sie sich erinnern, wie wir es hier
diskutiert haben - ich diskutiere also nur auf
Basis dessen, was hier Beschlusslage ist -, ist es
in Phase 1 ja so, dass in den ersten Schritten der
Vorhabenträger die Ausschlüsse vornehmen und
die Mindestkriterien anwenden wird, und dann
kommt der Schritt an das Abwägungskriterium.

Da sind wir ja auch in der Diskussion über
unterschiedliche Auffassungen zum Thema
Datenlage. Der Entwurf aus Niedersachsen dazu
ist halt ein Entwurf, um einen Stand darzulegen.
Das, was Herr Katzschmann und seine Kollegen
erarbeitet haben, soll noch ergänzt werden. - Herr
Katzschmann, Sie haben mir vorhin gesagt, wir
kriegern dann möglicherweise zum 6. April eine
vervollständigte und vereinheitlichte Tabelle. Ich
erinnere Sie alle an die große Excel-Tabelle;
damals waren ja nur 14 Tage Zeit.

Wir müssen in den Prozess jetzt hineinbringen,
wie wir mit der Datenlage umgehen - das ist der
eine Aspekt -, wobei es zu folgender Frage ja
stark unterschiedliche Einschätzungen gibt:
Haben wir alle Daten, die wir für die Abwägung
brauchen, die wir in der Phase 1 machen, haben
wir einen Teil der Daten, haben wir es nicht?
Dazu müssen wir in dem Kapitel etwas
schreiben. Insofern würden wir für das, was Herr
Grunwald und ich schreiben müssen, den
niedersächsischen Text zumindest einmal als
Anregung verwenden.

Aber wir brauchen die mentale
Weiterentwicklung der Anregungen aus dem
Papier von Herrn Kudla, das wir das letzte Mal
diskutiert haben, um Klarheit zu haben, was wir
damit machen. Wir haben beim letzten Mal
gesagt, eine Nacherfassung von Daten kann es in
Phase 1 nicht geben; das wäre absolut
vorgangswidrig. Wir hatten in der Kommission
diskutiert: Dann sind die Gebiete mit zu wenig
Daten endgültig draußen. Da haben auch ganz
viele gesagt, das geht von der Logik her nicht.
Also kann es nur die Variante geben, dass die
Gebiete, zu denen zu wenige Daten vorliegen,
irgendwie im Topf bleiben.

Auf dem Hintergrund, dass es zwischen dem,
Herr Bräuer, was die BGR meint, und dem, Herr
Katzschmann, was die Direktorenkonferenz sagt,
wie genau man die Sachen weiß, im Trend auch
gewisse Unterschiede gibt, brauchen wir jetzt,
um es abzuschließen, für das, was Herr Grunwald
und ich aufschreiben müssen - wahrscheinlich
bis Freitag in acht Tagen, egal, wie wir es trotz
Urlaub und Feiertagen hinkriegen -, hier ein
bisschen Input für das Vorsitzendenpapier, den
wir mitnehmen können, bei dem eben diese
Fragen eine Rolle spielen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: So ist
es. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Eine entscheidende
Frage in diesem Zusammenhang ist: Gelingt es
uns, trotz nicht vollständiger Datenlage - darüber
sind wir uns, glaube ich, alle im Klaren, dass wir
sie eben in der Phase 1 nicht haben - zu einer
handhabbaren Anzahl an Regionen bzw. an
Standorten zu kommen, für die wir dann eben
die obertägige Erkundung vorschlagen?

Ich meine, wenn wir da jetzt aus dieser Phase 1
herauskommen und dann noch 20 oder
30 Regionen haben, so ist das unrealistisch.
Damit können wir keine obertägige Erkundung
beginnen. Insofern ist es die Frage: Gelingt es uns
eben mit den Daten, die wir haben, zu einer
Reduzierung zu kommen, zu einer Einengung zu

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

kommen, die es uns hinterher auch erlaubt, handhabbar eine obertägige Erkundung vorzuschlagen?

Ich habe es bisher so verstanden, dass da durchaus Mittel gibt, dies zu tun, sowohl durch die Anwendung unserer Kriterien unter Zuhilfenahme möglicherweise auch vorläufiger Sicherheitsbetrachtungen, aber auch unter Zuhilfenahme von Instrumenten, die aus der Geologie heraus kommen, sodass man im Grunde genommen nicht nur auf konkrete Daten durch Bohrkerne oder wie auch immer zurückgreift, sondern dass man eben auch Extrapolationen und Analogien nutzt. Wir haben das beim letzten Mal diskutiert. Ich weiß, Herr Bräuer hat auch unterstützt, dass dies durchaus ein probates Mittel ist, zu einer weiteren Einengung zu kommen.

Wenn wir glauben, dass es möglich ist, dann eben auch eine handhabbare Anzahl an Vorschlägen für die obertägig zu erkundenden Regionen zu ermitteln, dann hätten wir einen guten Vorschlag. Wenn uns dies jedoch nicht gelingt, dann werden wir den Prozess an dieser Stelle nicht handhabbar halten können. Das ist meines Erachtens das Problem, das wir da haben.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke sehr. - Herr von Nicolai.

MR Helmuth von Nicolai (Mecklenburg-Vorpommern): Wenn man sich als Nichtgeologe mit Bergbau beschäftigt - damit rede ich jetzt von mir -, dann ist sozusagen der erste Satz, den man lernt: Vor der Hacke ist es dunkel.

Ich muss sagen, wenn man jetzt mit den Staatlichen Geologischen Diensten spricht, dann bekommt man manchmal etwas kalte Füße, ob das, was wir an Schema hier entwickelt haben, wie wir den weiteren Prozess führen, an der Realität scheitert und gar nicht machbar ist. Sie erinnern sich ja an die Idee, einmal sozusagen einen Probelauf zu machen, wozu man natürlich eine konkrete Region nehmen muss, und daran

scheitert es dann eben, weil am nächsten Tag in der *BILD*-Zeitung steht, Standort gefunden, die Studenten arbeiten schon daran. Man kriegt das ja nicht unter den Deckel. Allerdings muss ich eben sagen: Das wäre es genau gewesen, um einmal zu testen, ob mit dem vorhandenen Datenmaterial etwas zu machen ist.

Außerdem habe ich eben gelernt: Es gibt sehr viele Daten in Deutschland, die aber natürlich unter völlig anderen Aspekten als dem einer Endlagersuche gesammelt worden sind, was irgendwie logisch ist, sodass dann noch der dritte Aspekt hinzukommt. Sie wissen, da sind wir ja auch mit den Staatlichen Diensten nur insofern zu einem Konsens gekommen, als dass sie festgestellt haben, dass die Datenlage eben sehr unterschiedlich ist.

Für mich stellt sich an dieser Stelle dann die Frage: Kann man in dieser Situation mit dem, was de facto vor Ort vorhanden ist, tatsächlich guten Gewissens so weitermachen, oder muss man doch irgendwie noch einmal deutlich die Frage stellen, dass vielleicht auf einer früheren Ebene, als es bisher angedacht worden ist, tatsächlich Untersuchungen im Feld durchgeführt werden müssen? Oder, wenn man das eben nicht machen will: Gibt es ein Ersatzverfahren, wie man zu Ergebnissen kommt?

Deshalb glaube ich, dass in dem, was jetzt als Bericht hier im Papier 3-115 vorliegt, der wesentliche Satz derjenige ist, zu dem jetzt noch einmal die Frage an die Runde wäre, ob das Axiom ist oder ob es irgendwann wieder rausfliegt, dass fehlende Daten jedenfalls nicht dazu führen dürfen, dass dann ein Standort herausfällt; denn wenn dieser Standort herausfällt, so muss jetzt ich ehrlich sagen - ich will jetzt hier niemandem zu nahe treten -, und wenn ich da Behördenleiter wäre, würde ich dem Archiv sofort sagen, was sie zu tun haben.

(Vereinzelt Heiterkeit - Zuruf)

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Aus diesem Grunde - - Ich weiß nicht; das kann ja ein Wasserschaden sein.

(Heiterkeit)

Insofern denke ich, dass wir in der Tat noch einmal darüber sprechen müssen, ob es sozusagen wirklich belastbar ist, dass wir so, wie wir uns das jetzt vorstellen, de facto erfolgreich vorgehen können.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke sehr, Herr von Nicolai. - Herr Kleemann.

Dr. Ulrich Kleemann: Ich bin auch der Auffassung, dass dieser Satz auf jeden Fall bestehen bleiben muss. Das heißt also, dass das Fehlen von Daten nicht dazu führen kann, dass ein Standort herausfliegt. Ich denke, das ist klar.

Aber ich habe es ja auch in der Kommission beim letzten Mal gesagt: Wir sollten wirklich aufpassen, dass wir nicht jetzt hier eine Diskussion führen, dass wir keine Daten haben. Ich habe schon entsprechende Publikationen gelesen - es wird ja alles beobachtet, was wir hier diskutieren -, wo dann genau diese Stellungnahme der Staatlichen Geologischen Dienste so interpretiert wird, dass man ja gar nicht genug Daten habe und deshalb ein Auswahlverfahren gar nicht durchführen könne. Insofern muss man da sehr vorsichtig sein.

Ich empfehle wirklich allen die BGR-Tonstudie, die sehr schön zeigt, wie man in einem solchen Auswahlverfahren vorgeht. Bei der BGR-Tonstudie sind halt eben schon sehr viele Bohrungen ausgewertet worden, und man hat da quasi im Hinblick auf das Auswahlverfahren im Prinzip schon Vorarbeiten gemacht. Was Ton angeht, sind wir also schon sehr weit.

Im Hinblick auf die Salzstöcke hat man durch all diese Erdöl- und Erdgasbohrungen auch sehr große Kenntnisse. Da liegen haufenweise Informationen vor; sie muss man nur sinnvoll anwenden.

Ich habe es in der Kommission ja schon gesagt: Wo wir derzeit Defizite haben, ist Kristallin.

(Prof. Dr. Georg Milbradt: Da wird es sowieso nicht sein!)

Da ist halt eben nicht so viel an Fakten vorhanden. Insofern muss man da noch einmal etwas genauer hinschauen. Aber es ist schon eine Fülle von Daten da, die auf jeden Fall diese Phase 1 ermöglichen, eine Auswahl vorzunehmen, so wie es Herr Fischer gesagt hat, dass wir also wirklich dann mit sechs oder acht Standorten in die übertägige Erkundung gehen können.

Wir sollten das immer wieder so festhalten und da nicht diese Zweifel säen. Denn was wäre die Alternative? Die Alternative wäre ein flächendeckendes Bohrprogramm in Deutschland, und das können wir uns überhaupt nicht vorstellen. Insofern muss man halt auch damit leben, dass man teilweise mit Analogieschlüssen arbeitet.

Ich meine, die Geologen machen das ja immer, wenn sie Karten erstellen: Vor der Hacke ist es dunkel. Man hat ja nicht überall in Deutschland Aufschlüsse; vieles ist eben mit Vegetation überwachsen. Man lernt im Studium, dass man aus den wenigen Aufschlüssen, die man hat, dann ein geologisches Modell baut, wenn man zu bestimmten Kriterien nicht an jeder Stelle wirklich Informationen hat. Man kann aber aus Analogieschlüssen, aus fasziellen Aspekten usw. die entsprechenden Informationen holen.

Um das zu verifizieren, muss man halt eben weiter erkunden. Deshalb gibt es dann die Phase 2 mit der obertägigen Erkundung, und da man danach auch immer noch nicht alle Kenntnisse hat, braucht man dann noch eine dritte Phase, und das ist die untertägige Erkundung, wo man genau gucken muss, ob die Annahmen, die man getroffen hat, auch zutreffen.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Also, insofern ist dieses Vorgehen logisch, und wir sollten also in der Diskussion keine Zweifel aufkommen lassen, die Daten könnten nicht ausreichend sein.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke sehr, Herr Kleemann. - Herr Backmann.

Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann (Schleswig-Holstein): Wir haben hier aus gutem Grund ein Votum der Geologischen Landesdienste erbeten und in der letzten Veranstaltung auch bekommen, und das war ja sehr deutlich. Es hat nämlich gesagt, Phase 1, man kann sich auf den Weg machen, aber man wird nicht bis zum Ende kommen, sondern im dritten Schritt wird es kritisch. Die ersten beiden Schritte sind machbar.

Wenn jetzt die Tonstudie zitiert wird, dann bestätigt das eigentlich auch ein Stück weit; denn da sind ja gerade keine Abwägungskriterien mit in den Blick genommen worden, sondern nur Ausschluss- und Mindestkriterien. Gerade bei der Abwägung ist es natürlich wichtig, dass man individuelle Kriterien hat, das heißt, die konkrete Formation oder den konkreten Suchraum bewerten kann und eben keine extrapolierten Daten, von anderen Räumen übertragene Daten hat, die dann letztlich auch zu einer Gleichförmigkeit führen. Vielmehr müssen Sie da sehr genau begründen, warum der eine rausfliegt und der andere eben weiter im Topf bleibt.

Ich glaube, wenn wir das jetzt hier so übergehen, indem wir sagen, ja, es sind schon genug Daten da, irgendetwas wird man daraus machen können, dann ist das eine der größten Gefahren für das gesamte Verfahren, weil es das angreifbar macht. Da werden nachher sofort - - Es lässt sich auch instrumentalisieren.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Aber was ist die Alternative?

Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann (Schleswig-Holstein): Darauf komme ich gleich. - Selbst wenn das Ergebnis richtig sein könnte, wird man

immer, wenn man anderer Auffassung ist, sagen können, ihr habt einfach hier viel weniger Daten gehabt, und das schleppt sich dann durch den gesamten weiteren Prozess, weil es sehr früh im Verfahren ist.

Eine Alternative hat uns Herr Kudla hier vorgeschlagen; er hat ein Papier dazu gemacht. Das ist bisher aus meiner Sicht auch die einzig taugliche Alternative, die hier überhaupt im Raum steht; denn die Alternative nationales Bohrprogramm, um sozusagen flächendeckend über die Republik eine gleiche Bohrlochdichte herzustellen, ist in der Tat nicht praktikabel. Das haben wir hier gehört, dem sind wir auch alle gefolgt.

Die Alternative aber, es einfach zu übergehen und mal zu gucken, ist auch zu wenig. Deswegen glaube ich, darum, das in die Verantwortung des nationalen Begleitgremiums zu legen und am Ende zu sagen, möglicherweise kommt man dann dahin, dass es eine Phase 1* oder 1+ geben muss und in einzelnen Regionen noch einzelne Erhebungen erforderlich sind, kommen wir nicht herum.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Ja. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich sehe nicht, dass wir das StandAG soweit ändern können, dass wir Daten erheben, bevor wir die oberirdisch zu erkundenden Standorte festlegen.

Wir haben beim letzten Mal auch diskutiert, dass die Phase 1* nicht machbar ist. Das Ende der letzten Sitzung an diesem Tagesordnungspunkt war: Wir betrachten nur noch die Frage, ob diese Variante rausfliegt oder nicht rausfliegt.

Ich überlege mir jetzt einmal mit ähnlich spaßigen Überlegungen wie Herr von Nicolai es vorhin bei den Archiven gemacht hat: Wie läuft das denn dann? Es läuft doch dann so, dass an den Standorten, wo nacherkundet wird, dann

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

auch wieder die Vermutung ist, dass genau die vorab ausgewählt sind.

(Dr. Markus Trautmannsheimer [Bayern]:
Genau!)

Man kann sich dann vorstellen, was da von gerichtlichen bis körperlichen Aktionen alles los ist. Da müssten wir hier im Verfahren wieder entscheiden: Sind alle die, die entweder ihr Archiv unter Wasser gesetzt oder die Bohrungen verhindert haben, aus dem Topf raus, oder bleiben sie als Bestrafung drin, wenn sie solche Tricks probieren?

Also, wir kommen aus dem Grundproblem nicht heraus, dass wir am Ende von Phase 1 die sechs oder acht Standorte - 50 Standorte sind nicht handhabbar, 30 auch nicht, sechs oder acht oder vielleicht zehn, aber dann hört es ganz schnell auf - aus der vorhandenen Datenlage begründen, auch wenn dann das Problem da ist, dass in der Datenaufbereitung bei Ländern Stellen oder Arbeitskapazitäten fehlen. Ich habe von einigen Kollegen aus den Geologischen Diensten gelernt, dass die Personalausstattung immer weiter heruntergefahren worden ist. Deutschland ist ja kein Bergbauland mehr, dann muss man auch nicht mehr hingucken, was im Untergrund ist; so wird wahrscheinlich an den Sparstellen gedacht. Es könnte also sein, dass wir das Problem haben, das wir ja schon angesprochen haben: Sind die Daten zugänglich? Das ist in anderen Staaten anders geregelt, bedarf aber in Deutschland erst noch einer Regelung; darüber hatten wir ja auch schon geredet dann stellt sich die Frage nach der Aufbereitung vorhandener Daten, und dann müssen wir halt für das StandAG empfehlen, dass die Bundesregierung in Unterstützung der Länder bitte dafür sorgt, dass da in der Datenaufbereitung mehr gemacht wird. Aber wir können nicht sagen, weil Länder jetzt Handkarteien haben und sie natürlich nicht mit heutigen Mitteln auslesbar sind, dass das dann das Verfahren kippt. Das ist das eine.

Das andere ist die Sache mit dem Spruch: Vor der Hacke ist es duster. Ich habe ein Jahr lang überlegt. Also, das ist ein Spruch aus dem Mittelalter, und er war wahrscheinlich auch in den 1920ern oder 1950ern noch richtig. Aber das Ganze, was heute an Prospektion weltweit läuft, würde nicht laufen, wenn man sagen würde, vor der Hacke ist es duster.

Ich habe mir konkret überlegt - ich habe einen Kollegen, der bei einem Bergbauunternehmen in einem Bergbauforschungsbereich für die ganzen Erkundungsmethoden zuständig ist -, dass wir hier einmal eine Anhörung machen, was da zum heutigen Stand vorhanden ist. Diesen Spruch mit der dusteren Hacke, den man in der Jugend gelernt hat,

(Heiterkeit)

den sollten wir in einem Land, das sich 50 Jahre technisch weiterentwickelt hat und auf dem internationalen Stand ist, nicht immer und überall sagen. Das heißt aber auch, dass man da andere Erkundungsmöglichkeiten hat.

Also, wir kommen aus dem System nicht heraus, dass wir aus den Daten, die wir haben und die wir aus vorhandenen Daten noch aufbereiten können, die Entscheidung für die erst einmal oberirdisch zu erkundenden Standorte generieren müssen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:

Ja. - Herr Appel.

Dr. Detlef Appel: Ich möchte doch noch einmal darauf hinweisen, dass es ja nicht allein um die Existenz von Daten geht; vielmehr geht es um die Zielsetzung oder um den Anspruch, dass für einen bestimmten Entscheidungsschritt innerhalb des Verfahrens bei denjenigen Standorten, die in Erwägung gezogen werden, im Hinblick auf die Entscheidung gleichwertige Informationen vorliegen.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Das heißt, das Problem liegt in der Ungewissheit, wie qualitativ zuverlässig oder weniger zuverlässig die Informationen sind. Dazu nur der Hinweis, dass es in der Vergangenheit auch Modelle gegeben hat, die vorausgesetzt worden sind und die sich dann bei der Erkundung als falsch erwiesen haben.

Im Hinblick auf die Fragestellung 1+ oder nicht 1+ - denn das ist dann die nächste Entscheidung; wenn man 1+ haben will, stellt sich wieder die Frage: Was ist denn dafür die Grundlage, ob ich denn 1+ durchführe? Dann muss ich Standorte eindeutig im Hinblick auf die geringere Ungewissheit abgrenzen können, die mit den Daten und ihrer Bewertung vielleicht verbunden ist, oder mit anderen irgendwie gearteten Vorteilen; denn ich muss ja auch eine Entscheidung treffen oder begründen können, warum ich denn den einen Standort nun noch einmal nacherheben und untersuchen will, während ich es bei den anderen nicht tue.

Also, ich muss Indikatoren dafür haben, und es werden dieselben sein, die „eigentlich“ ohne zusätzliche Erkundung auch zur Anwendung kommen würden und kommen müssten. Das heißt also, man löst das Problem mit einer zusätzlichen Erkundung im Vorfeld so ohne Weiteres auch nicht, weil man die Ungewissheit, ob denn dann, was vorher an Entscheidung getroffen wurde, auf einer geeigneten Datenbasis stattgefunden hat, ob das alles richtig gewesen ist, auch nicht wird auflösen können.

Mir liegt daran, darauf hinzuweisen, dass man die Ungewissheit in der Interpretation dessen, was da ist, im Hinblick auf die Entscheidung in jedem Fall hat. Dabei geht es nicht nur einfach darum, dass da flächendeckende Daten da sind, sondern dass qualitativ ausreichende oder geeignete Informationen vorliegen, um eine konkrete Entscheidung zu treffen.

Ein Punkt ist weniger der, ob man eine solche Entscheidung vor dem Hintergrund der vorhandenen Informationen überhaupt treffen

kann; vielmehr wird sich im Hinblick auf die Anwendung von Abwägungskriterien ein Problem von zusätzlicher Ungewissheit schon daraus ergeben, dass mit Sicherheit nicht für alle Abwägungskriterien Informationen da sind. Darüber haben wir uns in der Vergangenheit nicht mokiert, weil das einfach nicht sein kann, weil viele Informationen eben erst in weiteren Untersuchungen erhoben werden, und wir haben uns auch „damit abgefunden“ oder halten es für selbstverständlich, dass, wenn solche zusätzlichen Informationen kommen, unter Umständen eben Entscheidungen kassiert werden müssen.

Ich würde das auch im Hinblick auf das so sehen, was in Deutschland schon geschehen ist. Man hat zum Beispiel Karten zeichnen können, wo - Herr Backmann hat vorhin gesagt, ja, das waren ja nur die Mindestanforderungen und Ausschlusskriterien. Dieselben Informationen, die dazu führen, einen Tonsteinkomplex im Hinblick auf das Vorhandensein von 100 m Mächtigkeit zu identifizieren, könnte man auch weiter fassen und sagen, na, dann wird es für 150 m auch ausreichen, und dann hätte man einen möglicherweise entscheidungsrelevanten Unterschied, nämlich den zwischen 100 m und 150 m Mächtigkeit, und könnte sich fragen - ja, das ist dann eine Abwägung -: Geht das denn in die richtige Richtung? So ähnlich kann man das mit anderen Dingen auch machen.

Wir werden keinen idealen Zustand haben, dass wir aus dem Vollen schöpfen können. Wir werden uns, wie gesagt, mit Ungewissheiten auseinandersetzen müssen, und ich glaube, der geschickte Umgang mit diesen Ungewissheiten ist das, worum es geht.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ich glaube, das macht einen guten Punkt. Also, das ist hier eine Dilemma-Situation, aus der man auch nicht herauskommt, in der man nur mehr oder weniger vernünftige, pragmatische Wege finden kann, damit so umzugehen, dass eben das

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Verfahren selbst nicht irgendwie in Misskredit gerät. - Herr Backmann.

Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann (Schleswig-Holstein): Ich glaube, da sind jetzt ein paar Diskussionen miteinander vermischt worden. Dass selbstverständlich all diejenigen, die nachher die Datenaufbereitung machen, vernünftig personell ausgestattet sein müssen, um das tun zu können, gehört zu den Basics. Dass im Übrigen die Daten in unterschiedlicher Form vorliegen und aufbereitet werden müssen, ist auch klar. Es ist für mich auch eine Selbstverständlichkeit, dass sie alle in eine äußere Form gebracht werden müssen.

Im Übrigen ist es auch eine Selbstverständlichkeit, dass die Standorte, die nachher in die Abwägung gehen, auch sauber abgegrenzt sein müssen. Das muss sowieso der Fall sein; denn Sie müssen, um abzuwägen zu können, wissen, was Sie gegeneinander abwägen. Das müssen Sie ganz zu Beginn des Abwägungsprozesses einmal sehr genau beschreiben. Das ist ja dann das, was aus den Ausschluss- und Mindestkriterien herauskommt.

Das alles ist selbstverständlich; es ändert aber nichts daran, dass es auch Daten gibt, die schlicht nicht vorliegen. Ich rede jetzt von dem qualifizierten Mindestmaß, das man eben braucht. An einem Standort hat man es dann, möglicherweise sogar übererfüllt - vielleicht hat man dort sogar mehr Daten, als mal eigentlich bräuchte -, am anderen hat man aber dieses Mindestmaß nicht.

Wenn man damit nicht sehr sauber umgeht, dann hat man, glaube ich, die Abwägung fehlerhaft gemacht. Das führt zu einem Abwägungsdefizit. Das ist auch rechtlich ein Problem, und ich bitte das auch vor dem Hintergrund ernst zu nehmen, dass dort ja zusätzlicher Rechtsschutz gegen diese Standortentscheidung vorgesehen werden soll und das also alles auch gerichtlich überprüfbar und belastbar sein muss.

Wenn uns die Geologischen Landesdienste hierzu auf unsere Bitte hin dezidiert sagen - ich würde da einmal so heraushören, dass das noch diplomatisch formuliert war -, dass dieser dritte Schritt möglicherweise kritisch sein könnte, dann müssen wir sehr genau überlegen, wie man damit umgeht. In der Tat darf es nicht dazu führen, dass man das Ganze im Ergebnis verunmöglicht.

Wir wissen ja jetzt noch nicht genau, wie viele Regionen betroffen sind, wie viele Informationen dort wirklich fehlen, damit man eine saubere Abwägung machen kann. Da müsste man jetzt schon einmal ein Stück weit eingestiegen sein. Wie Herr von Nicolai gesagt hat: Da müsste man das eigentlich einmal anhand einer Region sozusagen mustermäßig getestet haben. Das haben wir aber nicht, auch bewusst nicht, um jetzt keine Diskussionen über einzelne Gegenden zu führen.

Aber dann macht es aus meiner Sicht Sinn, dass sich das Begleitgremium oder irgendein anderes, so wie es hier vorgeschlagen war, mit dieser Frage dann noch einmal auseinandersetzt und die Frage beantwortet: Ist es noch ein faires Verfahren, mit den Erkenntnissen, die wir jetzt haben, oder leidet das Verfahren jetzt Not und gehen wir hier ein Risiko ein? Diesen Schritt bitte ich aufzunehmen. Wir tun uns keinen Gefallen damit, wenn wir das an dieser Stelle überspringen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke. Ich glaube, das war ein sehr wichtiger Punkt. - Herr Trautmannsheimer und Herr Klemann.

Dr. Markus Trautmannsheimer (Bayern): Ich will noch einmal unterstützen, was Herr Appel gesagt hat: dass es genau der Punkt ist, dass man mehr das Augenmerk darauf legen soll, wie man mit den Unsicherheiten umgeht; denn ich glaube, es ist wirklich gesetzt, dass wir in dieser ersten Phase keine Nacherhebungen bzw.

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Nachuntersuchungen machen können. Das liegt schon darin, wie diese Phase angelegt ist.

Herr Kleemann hat ja gesagt, es gibt ja auch keine Alternative dazu. Wir können ja auch nicht flächendeckend untersuchen, und man wird, wie Sie auch schon gesagt haben, Herr Appel, wenn man Standorte für die obertägigen Untersuchungen, die man jetzt so zusätzlich macht, auswählt, ja auch keine Datenlagen haben, um sie mit unendlich großer Gerechtigkeit auszuwählen; das wird ja auch nicht der Fall sein.

Also, man ist da meiner Meinung nach tatsächlich in einem Dilemma. Auch wenn ich das verstehe, was Sie sagen, Herr Backmann, aber rein von der Praktikabilität, denke ich, muss man sich ja damit abfinden, dass man keine Nacherhebung von Daten machen kann. In der ersten Phase muss man mit dem zufrieden sein, was da ist. Ich halte das für einen ganz wichtigen Punkt, bezüglich dessen wir uns einigen sollten. Den Schwerpunkt müsste man darauf legen, wie man dann in dieser Phase zu einem nachvollziehbaren, transparenten Auswahlverfahren kommt, das jeder nachvollziehen und auch jeder verstehen kann und das natürlich auch rechtssicher ist. Das ist vielleicht die schwierigste Frage, dass man das dann auch rechtssicher gestaltet. Eine andere Möglichkeit besteht doch eigentlich gar nicht, zumindest aus meiner Sicht.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Kleemann.

Dr. Ulrich Kleemann: Ich habe mich auf den Beitrag von Herrn Backmann gemeldet. Wir sollten wirklich aufpassen, dass wir hier nicht solche Hürden aufbauen und auch von rechtlichen Problemen reden.

Im Grunde genommen haben wir zwei Aussagen. Wir haben die Aussage der BGR, das Material reicht aus, die Informationen reichen aus, und wir haben die Aussage der Staatlichen

Geologischen Dienste, die gesagt haben, na ja, wir haben also hier auf Grundlage einer Kurzerhebung, die, glaube ich, 14 Tage war, nicht zu allen Kriterien umfassende Informationen; ich bringe es einmal so auf den Punkt. Das ist das, was ich da herauslese. Ich vertraue - das passiert ja nicht allzu oft - hier der BGR deutlich mehr.

Vorsitzender Michael Sailer: Das müssen Sie im Protokoll unterstreichen! Das habe ich noch nie gehört.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dr. Ulrich Kleemann: Das können Sie rot anstreichen, ja. - Nein, also, ganz einfach deshalb, weil die BGR sich natürlich schon viel länger mit dieser Fragestellung befasst.

Ich kenne auch ein bisschen die Situation der Geologischen Dienste in den Ländern, und ich bin ein bisschen stutzig geworden, als Herr Backmann von der personellen Ausstattung gesprochen hat. Es ist natürlich ein Problem, dass die Geologischen Landesämter, die vor Jahren noch eigenständige Behörden waren und auch entsprechende Wertschätzung erfahren haben, in vielen Bundesländern aufgelöst wurden. Sie sind teilweise in Regierungspräsidien integriert worden und sind dort nur noch Abteilungen, sie sind natürlich auch personell geschrumpft.

In diesen Geologischen Landesämtern hat es doch erhebliche Einsparungen gegeben. Insofern kann ich es natürlich durchaus verstehen, dass man jetzt hier an dieser Stelle versucht, auf sich aufmerksam zu machen und zu sagen, wir brauchen hier noch weitergehende Untersuchungen. Das kann ich nachvollziehen. Aber das gehört hier eigentlich nicht hin. Wenn wir darüber so offen reden, dann sollte man das auch so ansprechen.

(Widerspruch)

- Doch, wirklich. Ich weiß, dass sie viele Informationen haben, und wenn sie erst einmal

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

richtig danach suchen, dann sind diese Informationen auch da. Solche Pauschalaussagen, wir haben flächendeckend zu bestimmten Kriterien keine Informationen, sind natürlich sehr schnell gemacht, werden in eine Excel-Tabelle eingetragen, und dann sagt man, wir haben die Daten nicht. Aber wenn man danach sucht, dann hat man die Daten; da bin ich ziemlich sicher.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Da gibt es vielleicht einen großen Keller. - Herr Bräuer.

Dr. Volkmar Bräuer (BGR): Vielen Dank. - Die BGR ist ja schon häufiger angesprochen worden. Ich wollte zwei Dinge sagen.

Zum einen ist wichtig, dass man den Unterschied zwischen harten Daten nach Maß und Zahl sowie Informationen macht. Nach meiner Meinung gibt es in Deutschland keine Region, kein Gebiet, wozu es keine Informationen geologischer Art gibt. Das heißt also, die dreidimensionalen geologischen Modelle, die auch von den Ländern erstellt worden sind, müssen auf irgendeiner Grundlage erstellt worden sein, auf der Basis von Informationen, die man an Daten nicht überall mit Maß und Zahl hat ermitteln können; vielmehr waren es Informationen, die man über Extrapolation, Analogieschlüsse usw. ermittelt hat.

Der zweite Punkt, Herr Backmann: Wenn man diese Verantwortung einer zusätzlichen Erkundungsphase - ich meine jetzt, im Feld, nach Schritt 2 - auf das Kontrollgremium oder auf die Begleitgruppe überträgt, dann ist es eine riesige Verantwortung, die Sie damit übertragen; denn Sie müssen überlegen: Der Aufwand ist erheblich, die Zahl der vorher noch zu erkundenden Gebiete oder Regionen muss festgelegt werden - wer macht das? -, und der zeitliche Verzug innerhalb eines Auswahlverfahrens ist erheblich, wenn man diese Prozedur durchläuft.

Ich kann mir vorstellen - da sind Sie Fachmann -, dass da noch einige rechtliche Fragen geklärt werden müssen, gerade hinsichtlich der Rechtssicherheit, der Einklagbarkeit usw.; das ist nicht mein Metier. Aber man sollte schon überlegen, welche Konsequenz diese Forderung mit sich bringt, eine zusätzliche Erkundungsphase im Feld nach Schritt 2 zu fordern. Nach meiner Meinung ist das nicht mit der Möglichkeit gerechtfertigt, dass man mit den Informationen - ich betone hier einmal, mit Informationen, die man hat - einen Schritt 2 vollenden kann und eine vernünftige Basis für den Schritt 3 hat, was dann auch zu einer allgemein anerkannten Abwägung führen kann.

Also, ich meine - da wiederhole ich mich im Vergleich zu dem, was ich vorher in einer anderen Sitzung schon einmal gesagt habe -, der Schritt 3 ist mit den vorhandenen Informationen und harten Daten möglich, und ich bleibe auch dabei.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke schön. - Ich habe jetzt Michael Sailer auf der Liste, danach noch Herrn Backmann und Herrn Trautmannsheimer, und dann müssen wir für heute mit dem Thema auch Schluss machen. Wir brauchen den Rest der Zeit dann noch, um das Thema „Geowissenschaftliche Kriterien“ zumindest daraufhin zu besprechen, wie wir da beim nächsten Mal einsteigen. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Wir müssen aufpassen, wo wir in welchem Verfahren sind, jetzt egal, wann die Entscheidung für Justiziabilität da ist. Sie ist nach dem StandAG nicht nach dem Schritt 1, und ich glaube auch nicht, dass die Kommission beschließen wird, dass sie nach dem Schritt 1 ist. Es muss dann, wenn man vor Gericht geht, dargelegt werden, dass die Verwaltung, in welcher Form auch immer, in hinreichender Tiefe geprüft hat.

Das ist nicht anders. Wir sind nicht im rechtsfreien Raum, wo völlig anders entschieden wird als in anderen Rechtsverfahren, bei denen

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

es auch um Abwägung geht, und da gibt es auch Maßstäbe, die nicht auf den spitzesten aller Bleistifte gehen. - Das zum einen. Deswegen muss man da nicht beliebig viel Angst haben; man muss ein anständiges Verfahren machen, aber man darf die Angst vor dem Gericht nicht übertreiben.

Das Zweite ist: Wenn das absolute Maß der Bekanntheit eine Rolle spielt, dann können wir uns jetzt hier hinsetzen und sagen, wir lassen das ganze komplizierte Verfahren sein. Es gibt einen Standort, der bis zum Anschlag bekannt ist. - Ich sage das vor allem, um sich einmal bewusst zu machen, was man in Hinsicht auf diesen Standort bewirkt, wenn man die Maßstäbe über das gebührende Maß nach außen steckt. Dann geht es nämlich gar nicht mehr darum, ob wir einen guten Standort haben, sondern nur noch darum, ob wir einen bekannten Standort haben, und das war, glaube ich, nicht die Intention des Prozesses, an dem wir jetzt sind, um das auch noch einmal klarzumachen.

Wir haben einen Prozess, und ich denke auch, dass er durchführbar ist. Ich greife an dieser Stelle das auf, was Sie, Herr Backmann, vorhin vorgeschlagen haben. - Ich denke schon, Armin, wir sollten das in das Papier mit hineinschreiben; du hattest ja vorhin auch schon so reagiert.

Wir haben einen Untersuchungsprozess, in dem wir auch die Phase 3 mit den Daten, die dann vorhanden sind, durchführen müssen. In diesem Untersuchungsprozess ist das gesellschaftliche Begleitgremium ist jetzt schon nach dem StandAG sozusagen das einzige Gremium, das während des Untersuchungsprozesses in die Aktivitäten des Vorhabenträgers hineingucken darf.

Das heißt, wenn wir da eine vernünftige Interaktion definieren, dass der Vorhabenträger eben auch genau informieren muss, wie gut die Daten waren, und das Begleitgremium dann hingehen kann und überlegen muss, ob das für

die Gesamtverhältnisse angemessen tief ist, dann hat man da die Wächterfunktion des Begleitgremiums genau richtig adressiert. Aber es kommt dann darauf an, ob wir überhaupt an diesen Punkt kommen, dass wir im Wesentlichen keine Daten haben. Wenn wir an diesen Punkt kämen, dann müsste das Begleitgremium zuschlagen. Das ist das, was ich persönlich eher erwarte; aber auch da, in der Voraussage, wie Prozesse laufen, könnte man sagen, vor der Hacke ist es duster.

Wenn jetzt herauskommt, von den Gebieten, die überhaupt infrage kommen, wissen wir - ich greife jetzt einfach einmal Zahlen; das mache ich ja gern -, bei 15 Prozent haben wir keine Daten, mit denen wir einschätzen können, ob sie hinreichend konkret gebrauchbar sind, und bei den anderen können wir entweder sagen, nicht brauchbar auf den ersten Anlauf, oder, kommen in den Topf „potenzielle Standorterkundung“.

Bei den 15 Prozent - das war die Ausgangsfrage - müssen wir beide etwas dazu schreiben. Was sollen wir zu den 15 Prozent schreiben? Wie gehen wir mit den 15 Prozent um, wo die Daten nicht hinreichend sind, die also durchaus passen könnten, die aber auch nicht passen können, aber wo die Daten wirklich nicht ausreichend sind? Dazu würde ich gern noch einmal etwas hören. Ansonsten müssen wir es frei Hand erfinden.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Es gibt nur noch wenige Minuten, um etwas zu hören; ich hoffe, es klappt noch. - Herr Trautmannsheimer, Sie sind jetzt sowieso dran.

(Widerspruch des Dr. Dr. Jan Leonhard
Backmann [Schleswig-Holstein])

- Ach so, stimmt, Sie beide; ich weiß bloß nicht, in welcher Reihenfolge.

Dr. Markus Trautmannsheimer (Bayern): Herr Kleemann, ich finde, Ihre Kritik an den Landesämtern ist sehr unangemessen und

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

unangebracht. Das möchte ich hier schon einmal zum Ausdruck bringen. Genauso finde ich nicht zielführend - -

(Dr. Ulrich Kleemann: In Bayern gibt es ja noch eines!)

- Ja, ja. Aber ich finde es auch - - Ich glaube, da spreche ich für alle Bundesländer.

Ich finde es auch nicht zielführend, die BGR und die Landesämter hier gegeneinander abzuwägen. Die BGR, wie ich auch von Herrn Bräuer gehört habe, arbeitet sehr gut mit den Landesbehörden zusammen; da gibt es überhaupt keine Probleme. Deshalb finde ich so etwas unangemessen.

Ich glaube eher, dass die unterschiedliche Einschätzung daher kommt, dass der Blickwinkel auf die Daten vielleicht ein anderer war. Sie haben es ja vorhin erläutert. Sie sprechen von Informationen und Analogien, und die Landesämter haben eher die harten Daten und Fakten geprüft. Vielleicht ist dadurch der Unterschied entstanden, aber sicherlich nicht dadurch, dass sie irgendwelche Daten vielleicht zurückgehalten oder jetzt nicht ausgewertet haben.

Ich glaube, so brauchen wir jetzt nicht vorzugehen. Ich denke, man kann noch einmal diskutieren, wie die Datenlage ist; aber, wie gesagt, ich glaube, dass wir in der ersten Phase keine Erhebungen brauchen - dieser Ansicht bin auch ich -, dass wir einfach mit diesen Daten zurechtkommen müssen, wie auch immer. Aber, wie gesagt, die BGR und die Landesämter sollen zusammenarbeiten. Da braucht man sie jetzt nicht gegeneinander aufzuwiegen; ich bitte darum, dass das unterbleibt.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Danke. - Herr Backmann.

Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann (Schleswig-Holstein): Erst einmal: Wie es nachher mit dem

Rechtsschutz aussieht, das wissen wir gerade alle noch nicht; das wird ja gerade parallel erarbeitet.

Mein Petitum lautet: Wir müssen ein sehr sauberes, faires, rechtssicheres, aber auch der Öffentlichkeit vermittelbares und das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung ansprechendes Verfahren machen. Das kann man jedenfalls jetzt schon einmal sagen.

(Zustimmung von Dr. Detlef Appel)

Zweitens. Das hat jetzt Herr Trautmannsheimer schon wunderbar gesagt. Das muss ich auch sagen: Diese Kritik an den Landesämtern war völlig unangemessen. Die Frist war von uns vorgegeben. Ich weiß nicht nur von unserem Landesamt, dass sie sich sehr große Mühe gegeben, sich das sehr genau angesehen und es sorgfältig ausgewertet haben.

Es ist so: Ja, es gibt da eine ganze Menge Daten. Aber es sind Daten, die sich mit ganz anderen Fragestellungen befasst haben, mit ganz anderen Gesteinstypen, nämlich gerade nicht mit diesem Gestein, sondern mit porösen Gesteinen, die man aus irgendwelchen anderen Gründen, wegen Bodenschätzen usw., für interessant hielt, die zentralen Daten, also beispielsweise um die Salzstöcke herum, in den Randzonen oder Ähnliches, aber eben gerade nicht mittendrin usw. Das kann ich jetzt im Detail nicht genauer sagen; aber jedenfalls wurde mir das sehr detailliert und sehr nachvollziehbar erklärt, und das kann man auch nicht einfach so wegwischen.

Zum Vorschlag: Der Vorschlag ist gerade der, dass wir im Moment zahlenmäßig ja alle im Nebel stochern. Das gilt für die Suchräume, das gilt für die Standorte, die am Ende dabei herauskommen. Wir wurden ja auch schon einmal gebeten, doch endlich einmal eine Zahl zu nennen und einmal in den Raum zu stellen: Was erwartet ihr denn, was da herauskommt? Das weiß im Moment aber niemand.

Deswegen ist es aus meiner Sicht die einzige Möglichkeit, so damit umzugehen, dass man nachher guckt: Um wie viele Standorte geht es denn eigentlich, oder um wie viele Regionen geht es denn eigentlich, und wie viele Daten fehlen uns denn eigentlich, zu wie vielen Kriterien?

Möglicherweise sind es am Ende dann drei Räume, bei denen uns zu einzelnen Kriterien irgendwelche Angaben fehlen, die sich relativ leicht ermitteln lassen. Dann, würde ich sagen, ist es den Aufwand wert, das noch nachzuermitteln, um das Verfahren möglichst sicher und sauber zu haben.

Wenn sich dann herausstellt, da fehlt ganz flächendeckend zu dem einen oder anderen Kriterium eine Aussage, dann muss man sich vielleicht sogar die Frage stellen: Ist dieses Kriterium an dieser Stelle zu kleinteilig definiert, und muss man da noch einmal heran? Das würde das Verfahren auch wieder sicher machen.

Fakt ist: Man kann das alles erst sicher sagen, wenn man sich einmal mit einer ersten Anwendung dieser Kriterien befasst hat; aber das ist nicht jetzt, sondern das ist dann, wenn die Suche begonnen hat. Ob das jetzt das Begleitgremium ist oder ob man das an einer anderen Stelle andockt, diese Frage haben wir ja an anderen Stellen auch. Aber Fakt ist, dass man sich im Prozess noch einmal in der Phase 1 mit dieser Frage anhand konkreter Erkenntnisse auseinandersetzen muss.

Vorsitzender Michael Sailer: Da sind wir uns ja einig.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke sehr, Herr Backmann. - Herr Milbradt.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Nur eine Frage, weil hier immer mit dem Wort „rechtssicher“ gearbeitet wird. Soll denn jede dieser Stufen sozusagen rechtsmittelfähig sein? Da können wir doch sofort aufhören.

Vorsitzender Michael Sailer: Ja.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Ich kann doch nur am Schluss klagen, wenn ich also ausgewählt worden bin und sage, ich bin zu Unrecht ausgewählt worden; Klammer auf, dann liegen aber die Daten vor. Das ist eine reine Frage des Gesetzes, inwieweit also diese Positivformulierung hineinkommt, dass ich dann nicht rausfliege, wenn ich keine Daten habe. Dann ist mir ja noch kein Schaden in dem Sinne entstanden, dass ich genommen worden bin, obwohl ich ungeeignet war. Die Ungeeignetheit wird dann eine Prozessstufe oder zwei Prozessstufen später festgestellt.

Deswegen ist für mich diese Frage mit dieser rechtlichen Sauberkeit nur dann von Relevanz - aber so hatte ich bisher die AG 2 nicht verstanden -, wenn wir überall wieder neue Rechtsmittel einführen. Natürlich, dann wird es relevant. Oder habe ich da irgendwo einen Fehlschluss gemacht? Ich war bisher davon ausgegangen, dass das zwar Stufen sind, dass sie aber für sich sozusagen nicht irgendwie einen rechtsmittelfähigen Bescheid oder ein rechtsmittelfähiges oder angreifbares Ergebnis haben, sondern dass das alles noch (interne) Untersuchungen der Verwaltung sind, die sozusagen zur Vorbereitung der endgültigen Entscheidung dienen und nicht mehr.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: So war unser Ansatz. Aber die AG 1 würde das ja gerne so ein bisschen aufweichen.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Ja, da müsste man doch genau mit diesem Punkt darauf hinweisen, dass, je mehr rechtsmittelfähige Bescheide oder Schritte, die man also beklagen kann, eingebaut werden, desto schwieriger wird es.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald:
Ja. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ja, ich bin ja nun auch Mitglied der AG 2. Die Diskussion führen

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

wir da wirklich sehr intensiv. Ich bin da vollkommen bei Ihnen. Aber es gibt tatsächlich intensive Bestrebungen, zusätzliche rechtsmittelfähige Schritte dort einzufügen. Also, da gibt es mittlerweile Klarheit darüber, dass wir aus europarechtlichen Gründen wahrscheinlich eben vor der endgültigen Bestimmung des Standortes ein Rechtsmittel einpflegen müssen oder dass es da möglich sein muss, das zu überprüfen.

Der Auswahlschritt hin zu den untertägigen Erkundungen soll überprüfbar sein, und - momentan ist das durchaus noch ein bisschen diffus - möglicherweise steht sogar noch eine Forderung im Raum, auch schon die Auswahl der obertägigen Erkundung überprüfbar zu machen.

Insofern befinden wir uns dort momentan noch nicht in der abschließenden Stufe der Diskussion. Aber das ist auf jeden Fall momentan dort in einer intensiven Diskussion, und ich wäre froh, wenn jetzt durchaus auch aus unserer Arbeitsgruppe heraus, damit das Ganze auch pragmatisch bleibt, vielleicht noch ein Input käme, dass wir an dieser Stelle nicht das ganze System so blockieren sollten, dass es am Ende nicht mehr handhabbar bleibt ist.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Ja, die logische Konsequenz ist: Wenn ich all diese Schritte rechtsmittelfähig mache, brauche ich dann wirklich vorher eine gleichmäßige flächendeckende Erkundung der ganzen Bundesrepublik, weil ich es sonst rechtlich nie hinkriege.

(Dr. Ulrich Kleemann: Ja, richtig!)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Darüber muss man sich im Klaren sein. Das heißt natürlich dann Verschiebung dieser ganzen Prozesse auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja; ich glaube, das ist einfach dann so.

Wir kommen jetzt an dieser Stelle nicht weiter. - Michael, hast du noch einen Punkt? - Damit müssen wir jetzt in das Schreiben dieses Papiers hineingehen, und dann werden wir sehen, was als Nächstes passiert und wie wir dann da weiterkommen. Es ist ja für uns jetzt selbst auch so ein allmähliches Herantasten an dieses Feld. Den gordischen Knoten haben wir hier jetzt noch nicht durchschlagen; aber das ist vielleicht auch gar nicht möglich. Da bleibt vermutlich nur die pragmatische Annäherung.

Jetzt haben wir noch eine Viertelstunde und das Thema geowissenschaftliche Kriterien. Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 13 **Geologische Abwägungskriterien sowie** **Ausschluss- und Mindestkriterien** **(Kapitel 6.5.7 Endbericht)**

Das ist das Thema mit der größten Komplexität, das ist das Thema, mit dem wir hier in der AG die meiste Zeit verbracht haben, und es ist das Thema, das die längsten Texte und die meisten Kommentare provoziert hat. Deswegen ist es auch am schwierigsten, da jetzt hindurch zu navigieren.

Das wird der Hauptpunkt - das kann ich schon ankündigen - in der nächsten Sitzung, also am 6. April, sein, damit wir das für die Kommissionssitzung am 18. April einspeisen können, und das ist auch nicht mehr vertagbar. Dann müssen einfach diese ganz zentralen Dinge auch entschieden werden. Das heißt, wir brauchen ein Verfahren, wie wir in zwei Wochen dann durch dieses umfangreiche Material, die vielen Drucksachen, die Kommentare, die vorliegen - allein die Liste der Bezeichnungen der Drucksachen nimmt ja schon eine ganze Seite ein -, durchkommen.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Wir haben einen Vortext. Wir haben dann die drei Kriterienarten, die dann natürlich in sich in die Kriterien zerfallen. Das Ganze liegt in Form einer Synopse in Drucksache K-Drs./AG3-91c in einem Dokument vor. Vieles ist jedenfalls in einem Dokument verfügbar, was die Durchsicht einfacher macht, aber nicht weniger komplex.

Ich bin jetzt nicht so vom Fach. Ich meine, Herr Appel, Sie haben schon mehrfach uns durch dieses Thema navigiert. Was mir nur einfiel, ist, dies von vorne nach hinten durchzugehen. Vielleicht gibt es aber eine effizientere Form des Einstiegs dort. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich muss eines noch einmal bemerken: Wir sind jetzt nach der Besprechungsrunde nach dem Workshop und nach der Online-Beteiligung, und in dieser Runde haben wir zu den Ausschlusskriterien und Mindestkriterien mit Ausnahme dort, wo wir keinen Kompromiss gefunden haben, schon einen Durchgang gehabt. Das heißt, wir stehen jetzt vor dem Durchgang durch die Abwägungskriterien. Wenn wir jetzt zwei Stunden früher wären, wäre der Vorschlag, den du gemacht hast, lass uns mit der Besetzung durch die weniger strittigen Abwägungskriterien gehen, der richtige.

Also, wir müssen jetzt an der einen Stelle noch einmal darum bitten, dass Niedersachsen und Detlef Appel und Herr Fischer sich wirklich zusammensetzen und an den richtig streitigen Punkten, also Deckgebirge, 100 Grad - das sind, glaube ich, die beiden im Wesentlichen strittigen -, sich irgendetwas suchen. Das brauchen wir als Input von außen, sozusagen von der kleinen Gruppe in die große Gruppe. Außerdem können wir das nächste Mal, wenn wir es dann durchgehen, mit den Abwägungskriterien anfangen, es sei denn, wir hätten finalen weißen Rauch aus der Deckgebirgsarbeitsgruppe.

(Dr. Detlef Appel: Ohne mich! Bei der Temperatur bin ich nicht dabei!)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Die Vorgehensweise zu der Unterarbeitsgruppe ist klar. Wir sind da in der Pflicht oder wir müssen da noch etwas zuliefern.

Ich bekam gestern von Herrn Wenzel eine E-Mail, dass wir jetzt versuchen, Anfang April noch einmal einen neuen Termin zu suchen, damit wir uns da zusammensetzen. Wir haben das vorhin miteinander besprochen; das wird hoffentlich auch jetzt zügig gelingen.

Aber wir sind in der Unterarbeitsgruppe mit den zwei Themen Mindestteufe und Deckgebirge unterwegs, nicht aber mit der Temperatur. Hinsichtlich der Temperatur hatten wir in der ursprünglichen Diskussion eine andere Aufgabenverteilung gewählt. Da haben sich nämlich Niedersachsen und BGR mit einer Stellungnahme geäußert. Dazu hatte Herr Weber von BGR etwas eingereicht; das liegt auch vor - nicht, dass wir dazu ein falsches Verständnis haben. Dazu gibt es aus dieser Unterarbeitsgruppe, die wir da haben, keinen Input.

Aber vom Grundsatz her stimme ich Ihnen zu: Wir sollten versuchen, die weniger kritischen Abwägungskriterien einmal so zügig wie möglich durchzugehen und den Input aus unserer Gruppe dann eben dort einzubringen versuchen. Ob wir da zu einer Konsenslösung kommen, vermag ich momentan auch noch nicht einzuschätzen. Aber es ist auch nicht chancenlos, würde ich einmal sagen.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Gut, vielen Dank. Das ist mir jetzt auch erst wieder gekommen, wie das im Detail mit den Arbeitsgruppen war.

Ich habe auch noch einmal eine Frage zu den Mindestbedingungen. Da waren jetzt im Text, wenn ich mich recht erinnere, jede Menge

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Kommentare und Wünsche noch drin. Vielleicht ist also auf der oberen Ebene schon ein Konsens da, aber im Kleingedruckten nicht unbedingt, und da müssen wir ja auch heran. - Michael.

Vorsitzender Michael Sailer: Wir haben drei Ebenen, auch in den Kommentaren. Wir haben die Dinge darin, die wir von den eigenen Mitgliedern haben. Da haben wir jetzt sozusagen außerhalb der Kommentare, die darin sind, noch einmal die neuesten Sachen gekriegt, in denen sich noch Vorschläge für die Lösung an bestimmten Stellen finden. Es steht die Frage im Raum, ob wir das jetzt noch implementieren oder ob wir die drei oder vier Dokumente, um die es insgesamt geht, nebeneinander legen können; ich wäre eher für nebeneinander,

(Dr. h. c. Bernhard Fischer: Das ist schon komplex genug!)

weil wir die Zuarbeit auch noch für andere Texte brauchen, als jetzt den auf Zwischenstände zu bearbeiten.

Zudem haben wir Kommentare, die aus der Online-Beteiligung und aus dem Workshop kommen, und da haben wir auch klar gesagt, wir behandeln sie, aber wir behandeln sie nicht so, als wenn es Kommentare aus der Arbeitsgruppe oder aus der Kommission wären. Das ist einfach ein Unterschied, weil die Kommission da erst einmal die Kommission ist.

Etwas Weiteres können wir auch nicht leisten; das hatten wir das letzte oder vorletzte Mal diskutiert: Wir schaffen es nicht, die Online-Kommentare und die schriftlichen Kommentare vom Workshop noch beliebig einzeln zu beantworten, also im Sinne einer Bescheidung. Das werden wir nicht hinkriegen. Ich meine, wir sehen, wo wir jetzt sind; es ist unmöglich, jetzt noch 160 Kommentare zu bescheiden.

Wir müssen sie anständig berücksichtigen, wenn wir sie für berücksichtigungswert halten, also Einzelentscheidungen treffen. Das Dokument ist

nur deswegen so aufgemacht, weil wir in dem Dokument nichts verlieren wollten. Wenn wir 160 Online-Kommentare - das war, glaube ich, die Zahl - haben, dann müssen ja 160 Bemerkungen darin stehen. Aber das heißt nicht, dass wir 160 Textdebatten führen müssen. Deswegen ist es für die Transparenz so kompliziert; aber wir müssen uns immer wieder in den Kopf zurückrufen, dass wir da jetzt manche Sachen auch im Trend behandeln können und nicht im Satzdetail, weil das etwas anderes ist als Vorschläge, die aus der Kommission kommen.

Ich hätte noch eine Frage an Detlef Appel. - Bei den zwei oder drei Papieren, die du jetzt nach der Konsolidierung eingereicht hast - ich habe es jetzt nicht genau im Kopf -, war mein Eindruck, sie zielen immer auf ein Kriterium. Geht es, dass wir sie jetzt nicht implementieren, sondern bei der Diskussion nebendran legen?

Dr. Detlef Appel: Ich bin jetzt nicht sicher, welche Papiere du meinst. Ich war an mehreren Papieren beteiligt, -

Vorsitzender Michael Sailer: Ja.

Dr. Detlef Appel: - und eines ist zum Beispiel Grundwasseralter. Da hat es eine Abstimmung mit Niedersachsen bzw. den Kolleginnen und Kollegen im LBEG gegeben. Da liegt ein Vorschlag vor, und man sollte sich dann auch damit auseinandersetzen, ob man ihn so übernehmen kann. Ich bin jedenfalls nicht bereit, da nun noch wieder eine Runde zu drehen, oder sehr mühsam dazu zu bringen. Also, wenn das gemeint ist - -

Vorsitzender Michael Sailer: Entschuldigung, ich habe mich da ungeschickt ausgedrückt. - Nein, es geht jetzt nur ums Arbeitstechnische.

Dr. Detlef Appel: Ja.

Vorsitzender Michael Sailer: Können wir - es war ja die Aufforderung, solche Vorschläge zu machen, und das war ja auch die Abarbeitung solcher Aufforderungen. Können wir mit dem Hauptpapier leben, in dem wir diese Vorschläge nebendran legen, wenn das entsprechende Kriterium an der Reihe ist, oder müssen wir das vorher noch zusammenschreiben?

Dr. Detlef Appel: Nein. Jetzt, glaube ich, habe ich das richtig verstanden.

Vorsitzender Michael Sailer: Mehr wollte ich nicht wissen.

Dr. Detlef Appel: Also, um das noch kurz mit zwei Sätzen zu erläutern: Die Papiere, die ich vorgelegt habe, sind auch mit denjenigen, die ebenfalls aufgefordert waren, sich an der Diskussion zu beteiligen, abgestimmt, weitgehend jedenfalls, sodass das dann auch funktionieren sollte. Das kann weitgehende Änderungen in der existierenden Drucksache 91c bedeuten, weil die Diskussion da weitergegangen ist; aber das ist egal; das geht.

Vorsitzender Michael Sailer: Die Frage war, ob wir eine Drucksache 91d machen müssen, bevor wir diskutieren. Also, mein Vorschlag wäre, wir lassen es bei der 91c und legen die Papiere beim betreffenden Kriterium nebendran.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich halte das auch für die richtige Vorgehensweise, weil wir uns sonst zu viel Mühe machen, das jetzt noch einmal zu überarbeiten. Da, wo es möglicherweise noch Differenzen gibt, könnte man sich meines Erachtens auch im Vorfeld noch einmal auf dem kurzen Wege austauschen und sagen, ist das jetzt schon die finale Lösung, oder gibt es da noch irgendwo einen Diskussionsbedarf? Ich habe da noch einen Punkt oder zwei, die ich da noch einmal einbringen wollte. Aber ich denke, das lässt sich auf der Ebene prima machen, und dann

brauchen wir keine neue Version für dieses Papier.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Gut, vielen Dank. - Herr Kleemann.

Dr. Ulrich Kleemann: Dann machen wir das auch mit meinen Ergänzungen. Ich hatte da ja noch zwei Erläuterungen geschrieben, zum einen zu Kristallin und zum anderen zu den Vulkanregionen, auch anhand dieses einzelnen Papiers, und dann wird das am Ende eingearbeitet.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Gut. Das ist, glaube ich, der pragmatisch sinnvolle Weg. Damit sind wir vermutlich so weit aufgestellt, dass wir am 6. oder auch am 5. April - je nachdem, welchen es denn nun trifft - direkt starten können.

Vorsitzender Michael Sailer: Es trifft beide.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Es trifft beide; er ist streng, aber er hat recht. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich denke einmal, was natürlich jetzt neu für alle und noch nicht diskutiert ist, ist der einleitende Text, den Sie uns jetzt geschickt haben. Er bedarf meines Erachtens noch einer sehr grundlegenden Diskussion.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Er ist ja auch wirklich wichtig, weil er ja das Verständnis anleitet, wie man danach die Sachen aufnimmt. - Herr Pick.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Ich habe noch eine Nachfrage zu den Kommentaren und Einwüfen aus der Online-Kommentierung, aus der Online-Konsultation.

Ich habe Sie jetzt so verstanden, Herr Sailer, dass man da mit einer Ampelfunktion vorgeht und dass man quasi alle würdigt, aber nicht in dem

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

Sinne, dass alles in den Text kommt, sondern dass man sich dazu verhält und dass man das meinetwegen in einer Tabelle nachlesen kann, wie die Kommission oder die Arbeitsgruppe sich dazu verhalten hat; denn irgendwie muss man ja auch für diejenigen, die Kommentare geliefert haben, eine Nachvollziehbarkeit herstellen.

Vorsitzender Michael Sailer: Bis auf die letzten zwei Halbsätze habe ich ja genickt; aber bei Letzterem sehe ich nicht, wie eine Bescheidung der Kommentare passieren soll, egal, wie wünschenswert das ist.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Pick und Herr Milbradt.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Vielleicht kann man sich ja eine Klassifizierung ausdenken, von wegen „Thema verfehlt“ oder „passt ins Thema, muss woanders hin“ oder so etwas, dass man das wenigstens einordnet, oder „wurde berücksichtigt“/„wurde nicht berücksichtigt, weil es nicht ins Thema passt“.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich überspitze es jetzt einmal: Wir schicken an alle, die etwas geschrieben haben, teilweise mit viel Mühe, ein Schreiben: Dein Ding war nicht platziert oder war nur vier minus?

(Heiterkeit - Dr. Thomas Pick
[Niedersachsen]: Warum nicht?)

- Da hätte ich auch Probleme.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Milbradt.

Prof. Dr. Georg Milbradt: An sich ist doch das Verfahren - so habe ich mir das vorgestellt -, dass dann, wenn einer aus der Kommission eine gewisse Anregung - so will ich das einmal formulieren - aufgreifen will, das ja geschehen kann; dann wird das intensiver geprüft. Dort, wo es von uns keinen Aufgriff gegeben hat, ist die Angelegenheit dadurch erledigt. Ich würde das

zwar schon dokumentieren, aber nicht groß kommunizieren. Ich gehe davon aus, dass jeder, der uns etwas geschrieben hat, eine Eingangsbestätigung bekommen hat. Damit ist, glaube ich, der Sache Genüge getan. Über Ergebnisse werden diejenigen sich ja nachher informieren können, wenn sie das Endgutachten lesen. Dann sehen sie ja, ob ihre Anregung aufgegriffen wurde oder nicht.

Das andere führt nur dazu, dass die Anreger sich veranlasst fühlen, erneut zu schreiben, um zu sagen: Ihr habt das aber falsch gesehen. Das gibt irgendwie einen endlosen Schriftwechsel, ohne dass wir in der Sache weiterkommen. Wenn genügend Bürokapazität da ist, kann man das anfangen. Aber ich würde das wirklich unterlassen.

(Dr. Detlef Appel: Ja!)

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ich glaube, das ist hier trotz der Wünsche, die man natürlich berechtigterweise auch sonst haben kann, als pragmatisches Vorgehen mit weitgehendem Kopfnicken akzeptiert, weitgehend. Ich verstehe das; da bleiben Wünsche unerfüllt. - Herr Pick.

Dr. Thomas Pick (Niedersachsen): Schon gut; aber man muss sich auch einmal vergegenwärtigen: Man tritt so eine riesige Nummer wie eine Online-Konsultation los, und die verschwindet dann im Orkus. Also, das kann es ja nicht sein, Entschuldigung.

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Nein, das ist aber auch eine ganz falsche Wahrnehmung. Ich würde Sie bitten,

(Dr. Thomas Pick [Niedersachsen]: Es ist alles vorgelegt worden!)

das nicht so zu kommunizieren. Es geht um Kenntnisnahme, und wo die Kenntnisnahme bei uns zum Nachdenken und zu Veränderungen führt, da gibt es Impact im Bericht, und an

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 3
Entscheidungen sowie Kriterien
für Fehlerkorrekturen

anderer Stelle gibt es keinen Impact im Bericht.
Aber Orkus würde ich das nicht nennen.

(Prof. Dr. Georg Milbradt: Es hat vorgelegen
bei der Beratung!)

- Ja, genau; Kenntnisnahme und Beratung. - Gut.
Es ist 17:49 Uhr. - Herr Fischer, Sie sind doch
sportlich.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Herr Trautmannsheimer.

Dr. Markus Trautmannsheimer (Bayern): Ich
hätte noch eine Detailfrage. Bei den Tabellen 5.3
und 5.4 auf Seite 27 des Dokuments AG3-91c gibt
es noch keinen Inhalt. Wann und wie werden sie
gefüllt?

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Da
stehen noch keine Werte drin?

(Dr. h. c. Bernhard Fischer: Das wird durch
das Zusatzpapier erledigt!)

- Okay.

Dr. Detlef Appel: Dafür gibt es eine Lösung. Sie
lautet nicht, dass da Zahlen eingefügt werden,
sondern dass die Tabellen gestrichen werden,
einfach weil die Zahlen nicht lieferbar sind, -

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Das ist
doch eine klare Auflösung dieses Rätsels. - Danke
schön, Herr Appel.

Dr. Detlef Appel: - wenn jetzt nicht noch
irgendwann irgendwelche E-Mails eingehen, die
sagen, so geht es aber nicht, um alles sind eckige
Klammern, auch um das Loch, dann - -

Vorsitzender Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, gut,
danke sehr. - Damit machen wir Schluss. Ich
danke Ihnen ganz herzlich wieder für die acht,
neun oder zehn Stunden, die wir hier waren. Wir
haben eine Menge geschafft, nicht alles; aber wir
haben ja noch ein paar Treffen vor uns.

Bis dahin wünsche ich gute Heimfahrt, schöne
Ostertage, und dann bis zum 4., 5. und 6. April.
Tschüss!

(Beifall - Schluss: 17:50 Uhr)

Die Vorsitzenden

Michael Sailer

Prof. Dr. Armin Grunwald